

Preußische Allgemeine



Nr. 16 · 22. April 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Probleme einer Zeitenwende

Die Bundeswehr soll kräftig aufgerüstet werden. Doch schon jetzt zeigt sich, dass die dafür zur Verfügung gestellten Mittel kaum ausreichen werden Seite 3



Bonner Republik Vor 50 Jahren scheiterte die Abwahl Willy Brandts Seite 10



Ellingen Das Kulturzentrum Ostpreußen feiert verspätet 40. Geburtstag Seite 23

FOTOS: IMAGO/PANAMA PICTURES/CHRISTOPH HARDT (M); PA-ME

POLITIK

Nicht einmal Angela Merkel ergreift noch Partei für Angela Merkel

Anstatt als „Elder Stateswoman“ gefragt zu sein, gelten die Ex-Kanzlerin und ihr politisches Erbe nur wenige Wochen nach dem Regierungswechsel als Belastung für die deutsche Politik. Gerade auch für ihre Partei

VON WERNER J. PATZELT

Wenig hört man in diesen Kriegswochen von jener Staatslenkerin, die so lange – und auch ganz unangefochten – Deutschlands beliebteste Politikerin war. Könnte nicht gerade sie, einst für den Friedensnobelpreis im Gespräch und weiterhin mit vielen wichtigen Politikern gut vertraut, auf einen Friedensschluss zwischen Russland und der Ukraine hinwirken? Hat sie das denn nicht schon in der Vergangenheit versucht?

Gewiss, kein Kanzler sollte seinem Nachfolger die Schau stehlen. Hilft die Altkanzlerin unserer Regierung also wohl im Stillen? Anscheinend nicht, denn Deutschlands Politik wendet sich klar von dem ab, was unter Angela Merkel als „alternativlos“ galt. Doch warum verteidigt sie ihr Werk nicht öffentlich? Viele Sozialdemokraten, die sich Kanzler Scholz widersetzen, wären dafür dankbar! Oder schadete Merks Kritik an der Regierungspolitik deutschen Interessen? Doch die wahrt man auch nicht, wenn man einer für falsch gehaltenen Politik nur zusieht.

Stilles Eingeständnis von Irrtümern?

Oder merkt die Altkanzlerin einfach, dass sich manches nun doch als anders herausstellt, als sie es einst ihrer Politik zugrunde legte, vermeidet sie also schlicht das Eingeständnis von Irrtümern? Mag es so-

gar sein, dass sich unsere landesweiten Medien – anders als einst bei Helmut Schmidt – nicht mehr sonderlich um Merks Präsenz und Interviews bemühen, weil es Edelfedern und Talkmastern unangenehm wäre, nicht länger Haltbares von der einstigen Kanzlerin trotzdem verteidigt zu erleben? Und weil sie nicht erdulden wollen, dass Merkel für irrtümlich erklärt, was Großjournalisten einst selbst mit vernichtender Verachtung für Widerspruch vertreten haben?

Jedenfalls werden grobe Fehler aus Merks Regierungsjahren immer offensichtlicher. Da machte man sich energiepolitisch von einem Angebotsmonopolisten abhängig, auf den man im Konfliktfall keinen verlässlichen Einfluss hat. Zwar erfüllte die Sowjetunion im Kalten Krieg stets ihre Lieferverpflichtungen bei Öl und Gas. Doch dass es mit Russland zu einem heißen Krieg kommen könnte, in dessen Verlauf Energielieferungen zu einer wechselseitig schadenden Waffe würden – das kam in einem solchen Weltbild nicht vor. Politik ist nun aber nicht Physik mit stets gleichen Gesetzmäßigkeiten. Vielmehr ist sie, mitsamt ihren Wirkungszusammenhängen, jeweils nur ein Zwischenprodukt von nicht endender Geschichte. Deshalb rechnet man besser mit der künftigen Möglichkeit von derzeit noch Unwahrscheinlichem – was umso besser gelingt, je mehr Geschichte man kennt und versteht.

Auch wären wir von russischen Energielieferungen nicht so stark abhängig, wenn wir zur Schließung von Deckungslücken nicht erst noch Tausende von Windrädern samt Stromleitungen bauen müssten. Oder wenn wir weiterhin Kernkraftwerke hätten, die verlässlich Strom im eigenen Land erzeugen. Doch unbedingt musste Merkel den Grünen ihr identitätsstiftendes Mobilisierungsthema wegnehmen – und zwar nicht durch Argumente, sondern dadurch, dass sie die verlangte Abschaltung von Kernkraftwerken gleich selbst verwirklichte. Das war zwar gut für Merks Ansehen bei Grünen, Sozialdemokraten und Journalisten. Doch die absehbaren Folgen wirken sich schlecht für Deutschland aus.

Und erst das Trauerspiel mit der Bundeswehr! Zwar fing das Elend nicht erst mit Merkel an. Doch sie vergrößerte es, statt es abzuwenden. Jetzt steht Deutschland als sicherheitspolitischer Möchtegern und außenpolitischer Gernegroß da, dem andere zu Recht misstrauen. Obendrein werden die Folgeprobleme Merkscher Migrationspolitik für Deutschlands Parteiensystem und gesellschaftlichen Zusammenhalt immer sichtbarer.

Zwar kann man diese Fehler inzwischen öffentlich kritisieren, ohne gleich als Rechtspopulist aus Medien und öffentlichen Diskursen verbannt zu werden. Mit Angela Merkel aber bringt man derlei tunlichst nicht in Verbindung. Es war einfach

der Zeitgeist, dem doch „wir alle“ gefolgt sind; und inzwischen „aufgewacht“, fänden wir die Welt verändert vor.

Doch deren Wirkungszusammenhänge sind die gleichen geblieben; sie erweisen sich nur als anders, als viele das einst wahrhaben wollten. Und an eben jener illusionären Welt hat Merkel viele Entscheidungen ausgerichtet.

Das Dilemma der Union

Zwar tat sie das auf eine informelle Allparteienkoalition gestützt, die von der Linken bis weit in die CDU reichte. Auch rechtfertigten die meisten einflussreichen Medien Merks Politik. Also decken weitverbreitete Wünsche, die eigenen Fehler vergessen zu machen, auch die Fehler der Altkanzlerin.

Doch zumindest die CDU wird einer Debatte über ihre Rolle zu Merks Zeiten auf Dauer nicht entgehen können. War diese Partei ein Mitläuferverein politischer Opportunisten? Oder haben sich in ihr Sach- und Personalbestände an weiterhin nutzbarer politischer Vernunft erhalten? Diese Frage ist keineswegs nur Vergangenheitsbewältigung, sondern weist vielmehr nach vorn. Denn nur eine solche Union wird gegenüber der nun vielfach vom Merkel-Kurs abrückenden Ampelregierung eine glaubwürdige Opposition sein können, die sich von Merks Fehlern nicht nur distanziiert, sondern das durch geeignete Personalentscheidungen auch verstetigt.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Deutschlands fataler Trugschluss in Sachen Energiewende Seite 4

Kultur

Ballenstedt erinnert an den 850. Todestag von Albrecht dem Bären Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Litauen sorgt sich wegen der Lage Königsbergs vor einer russischen Aggression Seite 13

Lebensstil

Im brandenburgischen Beelitz hat endlich die Spargelzeit begonnen Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 16
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Windkraftanlagen Jede zusätzlich betriebene Anlage mindert den Wind. Das hat negative Folgen nicht nur für die Wirtschaftlichkeit der bereits vorhandenen Anlagen, sondern auch für das Wetter

„Wind ist eine begrenzte Ressource“

Die Folgen der Abschöpfung dieser Energie zur Stromgewinnung aus der Atmosphäre sind schwerwiegend

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Nur Wind- und Sonnenenergie seien kostenlos, verkündete kürzlich zum wiederholten Mal Wirtschaftsminister Robert Habeck. Das würde stimmen – wenn man darauf verzichtet hätte, diese Energien zur Stromgewinnung aus der Atmosphäre abzuschöpfen.

Blieben wir an dieser Stelle bei der Windenergie. 2021 ist die Windenergieleistung im Vergleich zu 2020 um 14,5 Prozent zurückgegangen. Dies zeigen auch die Karten vom Umweltbundesamt und des Fraunhofer ISE. Europaweit haben die Windgeschwindigkeiten weiter abgenommen, während die Dauer der Schwachwindzeiten zugenommen hat. Minister Habeck sollte endlich mit diesen Tatsachen umgehen: Wenn kinetische Energie (Bewegungsenergie) wie in einem Goldtausch in immer größerem Umfang abgeschöpft wird, wird es furchtbar teuer: für Menschen in der Nachbarschaft als direkt Betroffene, für die Stromkunden, für unsere Wälder und Landschaften, für die Vogel- und Insektenwelt, für unsere kostbare Artenvielfalt, für die Meeresumwelt. Obendrein entstehen Kosten, die nicht zu beziffern sind, weil wir durch den fortgesetzten exponentiellen Entzug von kinetischer Energie den Klimawandel ständig anheizen, anstatt ihn, wie noch immer erhofft, möglichst einzudämmen.

In Deutschland findet im Verhältnis zur Land- und zur Seefläche permanent der weltweit stärkste Entzug von kinetischer Energie statt, und auf der Weltkarte des Klimarisiko-Indexes von Germanwatch für 2000 bis 2019 ist das Land hoch oben auf Platz 18 zu finden – als einziges europäisches Land mit roter Farbe gekennzeichnet, wie Indien, Madagaskar und der Iran. Als nächstes europäisches Land folgt Österreich erst auf Platz 43. Wer die alarmierenden Studien über die meteorologischen Auswirkungen der Windenergie-Nutzung ernst nimmt und sie nicht ausblendet wie unsere verantwortlichen Politiker, wundert sich nicht darüber.

Mehr Windräder, weniger Wind

Der renommierte Harvard-Physiker David W. Keith hat 2018 zusammen mit seinem Kollegen Lee Miller eine viel beachtete (und von der Windindustrie stark angefeindete) Studie mit dem Titel „Klimaeffekte durch Windenergie“ veröffentlicht. Miller und Keith fanden einen je nach Ausbaustufe zunehmenden Temperaturanstieg durch Windparks heraus. Demnach hätte eine Komplettversorgung der USA mit Windstrom zur Deckung des damaligen US-Bedarfs zur Folge, dass sich die Durchschnittstemperatur des Landes um 0,24°C erhöhen würde. Auf Deutschland übertragen, wo im Verhältnis zur Landfläche die weltweit größte Konzentration von Windparks entstanden ist, wäre demnach der errechnete Erwärmungseffekt um 0,24°C allein durch die Windräder an Land bereits 2018 eingetreten, als ein Fünftel des Strombedarfs aus Windenergie gewonnen wurde. Keith forderte die Regierungen aller Länder auf, die Bürger über die mit der Windkraft einhergehenden Umwelt- und Klimaauswirkungen zu informieren. Bekanntlich ist das nicht geschehen.

Der Entzug von kinetischer Energie auf hohem Niveau bedroht unsere existenziellen Lebensgrundlagen je länger, desto stärker.



Je mehr es von ihnen gibt, desto unrationeller werden sie: Windenergieanlagen

Foto: imago images/Shotshop

Kürzlich wurde berechnet, dass in Deutschland durch die Windenergie-Nutzung jährlich Energie eines Quantums von 700 Hiroshima-Atombomben aus der Grenzschicht der Atmosphäre (vom Boden bis 2000 Meter Höhe) entzogen wird.

Wo Wind fehlt, fehlt Regen

Im Land der Erfinder und Ingenieure hat vor zwei Jahrzehnten eine neue Politikergeneration nassforsch das älteste Wissen der Menschheit ausrangiert: Wind bringt Wetterwechsel und Regen. Doch davon erhalten große Teile Deutschlands seit Jahren immer weniger. Besonders betroffen sind der früher regenreiche Norden, der Westen und der Osten Deutschlands. Im Schnitt sank der Grundwasserspiegel seit der Jahrtausendwende um ein Viertel. Gleichzeitig nahmen die Windgeschwindigkeiten kontinuierlich ab. Die ständige Rede vom Klimawandel als Alleinursache für diese bedrohliche Entwicklung hat offenbar den gesunden Menschenverstand gekillt, verhindert sie doch fatalerweise die naheliegende Schlussfolgerung, dass der starke Windenergie-Entzug als Ursache oder Teilursache der allgemeinen Windberuhigung überhaupt in die Diskussion kommt.

Die Öffentlichkeit ahnt daher nichts von den Sorgen der Fachwelt und der EU-

Kommission wegen des Phänomens „Stilling“. An nahezu allen Windmessstationen in den mittleren nördlichen Breiten und zunehmend global werden seit rund zwei Jahrzehnten abnehmende Windgeschwindigkeiten gemessen. Die EU hat 2016 ein Großforschungsprogramm zur Suche nach möglichen Ursachen für das Stilling aufgelegt, wobei jedoch der windberuhigende Effekt durch die (wirtschaftspolitisch fest eingelebte) fortschreitende Windenergienutzung außerhalb der Betrachtung blieb, trotz der auffälligen Parallelität: Erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten wurde die Windenergie massiv ausgebaut, laut „Global Wind Report 2018“ von weltweit etwa 24 Gigawatt im Jahr 2001 auf rund 591 Gigawatt 2018. Die Analysen des emeritierten Professors Gerhard Kramm von der Fairbanks-Universität, Alaska, bestätigen:

„Die Flüsse von sensibler und latenter Wärme, die am Energieumsatz an der Grenzfläche Erde-Atmosphäre wesentlich beteiligt sind, hängen auch von der Windscherung in Oberflächennähe ab. Durch den Entzug der kinetischen Energie des Windfeldes zur Stromerzeugung wird die Energieumwandlung an der Grenzfläche Land-Atmosphäre sowie die Wolken- und Niederschlagsbildung beeinflusst, was letztlich zu einem lokalen bis regionalen Klimawandel führt, je nach Größe der sogenannten Windkraftanlage. Außerdem kommt es zur Dissipation von kinetischer Energie in Wärme. Auch die ‚Physics Today‘ berichtete jüngst über ‚The warmth of wind power‘.“

Kramm ist eine international anerkannte Koryphäe auf dem Gebiet der Atmosphärenphysik, in Fragen des Nutzwerts sowie der meteorologischen Auswirkungen von Windkraftanlagen.

Ignoranz der Mächtigen

Mehrfach habe ich die Generaldirektorin Energie der EU-Kommission auf den offenkundigen Zusammenhang zwischen dem Stilling und dem exponentiellen Windenergie-Entzug aufmerksam gemacht, der mit wochenlangen Dürren und Extremwetterereignissen in Deutschland

und Nordwesteuropa einhergeht. Ich schlug ein Windkraft-Moratorium und eine Einschätzung der Auswirkung der Windenergie-Nutzung auf die regionalen und globalen Windsysteme durch ein unabhängiges internationales Expertengremium vor. Kürzlich erreichte mich eine E-Mail aus der EU-Kommission mit einer lapidaren Antwort auf mein Anliegen. Ohne auf den sachlichen Hintergrund einzugehen erklärte der Absender Joachim Balke, ein Moratorium komme nicht in Frage. Im Gegenteil bestehe die Notwendigkeit, die Energiewende „auf verantwortungsvolle Weise“ weiter zu beschleunigen.

Undurchsichtige Interessenlage

Der berufliche Hintergrund des Absenders enthüllt ein enges Verhältnis zwischen der EU-Kommission und den großen Energiekonzernen, das misstrauisch macht. Balke war bis 2008 Berater bei E.ON und ist derzeit Mitglied im Kabinett von Miguel Arias Cañete, EU-Kommissar für Klima und Energie der Europäischen Kommission. Geleakte E-Mail-Korrespondenzen zwischen Balke und dem deutschen Marktgitanten E.ON deuten auf einen Dauerkontakt beider Seiten hin. Zu diesem Fall äußerte sich Kramm der PAZ gegenüber:

„Offensichtlich ist sich Herr Balke nicht bewusst, was es bedeutet, Fundamente für sechs Megawatt-Windmühlen im Meeresbecken zu verankern, deren Gondelmassen von 400.000 Kilogramm und mehr sich in einer Nabenhöhe von 100 bis 140 Metern über dem Wasserspiegel befinden. Um ein einziges Kernkraftwerk oder Kohlekraftwerk der 1500-Megawatt-Klasse zu ersetzen, sind bei einem Kapazitätsfaktor von 0,4 ... etwa 500 solcher Sechs-Megawatt-Windmühlen erforderlich.“

Es ist bekannt, dass bei der Anlegung solcher Fundamente eine Vielzahl von Meeressäugern krepieri. Dieses wird bewusst in Kauf genommen, so wie das Schreddern kapitaler Vögel durch die Rotorblätter einer Windmühle in Kauf genommen wird. In diesem Zusammenhang von Nachhaltigkeit zu schwadronieren, ist geradezu ekelhaft. Wenn genügend

Meeressäuger und kapitale Vögel umgebracht wurden, existiert das Problem nicht mehr, sodass die nachhaltige Entwicklung abgeschlossen ist. Angeblich erfolgt das alles zum Schutze des Klimas.“

„Wind ist eine begrenzte Ressource“, gab im Juni letzten Jahres das Helmholtz-Institut Hereon für Küstenforschung, Geesthacht, als Teilergebnis seines gegenwärtigen Forschungsprojekts bekannt. Warum wurde diese Binsenweisheit erst jetzt mitgeteilt? Die gegenseitige Windabschattung der Windräder eines Windparks ist unter Insidern seit jeher ein Thema. Die neuen, riesigen Anlagen erreichen mit 45 bis 50 Prozent einen noch höheren Wirkungsgrad als die älteren, kleineren Windräder. Offshore-Windparks verändern die Atmosphäre bis zu einer Höhe von 600 Metern. Im Lee der Windräder ist die ausgebreitete, turbulente Strömung über dem Meer (Wirbelschlepp) bis zu 100 Kilometer und an Land bis zu 30 Kilometer messbar.

Offenbarungseid der Windbranche

„Signifikante dynamische Änderungen im Windfeld über dem Meer“ hatte bereits 2013 Elke Ludewig, eine Doktorandin am Hamburger Institut für Meeresforschung, festgestellt, genauer: eine Reduzierung der Windgeschwindigkeit bis zu 70 Prozent über einem Meeresgebiet, das 100-mal größer ist als die Windfarmfläche. Ebenfalls wies bereits Ludewig auf signifikante Änderungen der Meeresströmungen infolge der vibrierenden Windradtürme hin. Außerdem nimmt der Nutzwert der Windräder mit dem stetigen Zubau von Windparks kontinuierlich ab.

Die Windindustrie weist selbst auf diesen sich fortentwickelnden Faktor hin, wenn sie bekannt gibt: „Windkraftanlagen müssen immer häufiger abgeregelt werden.“ Den Satz kann man als Offenbarungseid der Branche verstehen. Kramm ist mittlerweile pessimistisch. Sein Fazit: „Wer glaubt, mit den sogenannten erneuerbaren Energien das Klima retten zu können, der glaubt wohl auch, dass Erich Honeckers real existierender Sozialismus erfolgreich war.“

An nahezu allen Windmessstationen in den mittleren nördlichen Breiten und zunehmend global werden seit rund zwei Jahrzehnten abnehmende Windgeschwindigkeiten gemessen

Flickwerk statt Aufbruch

Die Bundeswehr soll 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ erhalten. Erste Bedarfskalkulationen zeigen schon jetzt, dass dieser Betrag kaum ausreichen wird. Zu groß ist der Rückstand der Armee infolge der jahrelangen Vernachlässigung durch die Politik

VON JOSEF KRAUS

Am Sonntag, 27. Februar, drei Tage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Bundestag eine denkwürdige Rede gehalten. Vor allem die nachfolgende Redepassage wird noch lange nachhallen und nicht nur die Ampelkoalition, die Opposition, die Bundeswehr und die NATO-Partner, sondern die gesamte deutsche Öffentlichkeit in Atem halten. Scholz sagte in seiner Rede, die offenbar nur mit wenigen Vertrauten abgestimmt war, wörtlich:

„Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen, und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind ... Aber machen wir uns nichts vor: Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen Bundeswehr einrichten, und ich bin Bundesfinanzminister Lindner sehr dankbar für seine Unterstützung dabei. Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen. Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren ... Lassen Sie uns das Sondervermögen im Grundgesetz absichern.“ Scholz fügte hinzu, dass das Zwei-Prozent-Ziel bis 2024 erreicht werden solle.

Ein Versprechen wird aufgeweicht

Nun ist diese Ankündigung rund acht Wochen alt, und schon gibt es ein Gerangel um das Ob und Wie. Über drei Grundsatzfragen wird mittlerweile auch innerhalb der „Ampel“ gestritten. Erstens: Sollen die 100 Milliarden Sondervermögen in den Zwei-Prozent-BIP-Anteil eingerechnet werden, sodass die zwei Prozent darüber erreicht werden? Für die Legislaturperiode bis 2025 wären damit gut zwei Drittel der 100 Milliarden Sondervermögen dahin. Falls das nicht geschehen soll, folgt als zweite Frage: Wie kann man das Zwei-Prozent-Ziel ohne Nutzung des Sondervermögens schultern? 2021 waren es bei einem 47-Milliarden-Etat für die Bundeswehr – je nach Berechnung – zwischen 1,4 und 1,5 Prozent BIP-Anteil. Zwei Prozent würde heißen: Der Etat für die Bundeswehr müsste auf jährlich etwa 65 Milliarden aufgestockt werden. Die dritte Frage lautet: Sollen die 100 Milliarden auch Zwecken zufließen, die nicht unmittelbar mit der Bundeswehr zu tun haben, etwa für Entwicklungshilfe, innere Sicherheit, Zivilschutz usw.? Vor allem die rot-grünen Friedensbewegten innerhalb und außerhalb des Parlaments möchten da kräftig mitmischen.

Auch CDU und CSU bestehen auf einem Mitspracherecht und werden sich hoffentlich kompetenter in die Verteidigungspolitik einbringen, als sie das in 16 Merkel-Jahren und sechs Von-der-Leyen-Jahren getan haben. Immerhin ist das 100-Milliarden-Sondervermögen nur mit einer Ergänzung des Artikels 87 des Grundgesetzes möglich. Damit soll die geltende Schuldenbremse umgangen werden. Gedacht ist an einen neuen Absatz 87a (1a), der sinngemäß in etwa lauten soll: Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen mit eigener Kreditemächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten.

Für eine solche Änderung braucht es eine Zwei-Drittel-Mehrheit, also auch die Stimmen der stärksten Oppositionsfraktion CDU/CSU. Letztere wiederum legt jetzt schon entschieden Wert darauf, dass die 100 Milliarden ausschließlich der Bundeswehr, und zwar außerhalb des Zwei-Prozent-Ziels, zur Verfügung stehen. Kurz: Die Sache ist noch lange nicht in den berühmten trockenen Tüchern.



Folgen einer langen Vernachlässigung: Einen Großteil des „Sondervermögens“ für die Erneuerung der Bundeswehr wird die Instandsetzung bestehender Ausrüstungen und Waffensysteme verschlingen
Foto: imago/Sven Eckelkamp

Zugleich melden Militärs und Rüstungsfachleute ihren Bedarf an. Es gibt aber noch keine konkrete Liste des Verteidigungsministeriums. Der Wunschkatalog ist jedenfalls riesig. Das hat nichts mit Überehrgeiz zu tun, sondern damit, dass die Bundeswehr seit Jahren nur noch bedingt einsatzfähig ist. Manche Waffensysteme, etwa Hubschrauber, haben einen Klarstand von nur noch 40 Prozent. Nun geht es – ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit – konkret um folgende Optionen beziehungsweise Bedarfe:

- Einer der größten „Brocken“ sind die längst überfälligen Ausgaben für eine hinreichende Munitions- und Ersatzteilbevorratung (hier geht es um 20 Milliarden). Dass manches Flug- oder Fahrgerät nicht einsatzfähig ist, hat oft schlicht und einfach mit fehlenden Ersatzteilen zu tun. Und wie knapp etwa die Munitionslager gefüllt sind, erkennt man daran, dass die Bundeswehr nur wenig Munition an die Ukraine liefern kann.
- Für eine hinreichende Schutz-ausrüstung (Helme, Westen, Nachtsichtgeräte); sind zehn Milliarden zu veranschlagen.

Die Bedarfsliste ist lang

- Für 35 Stück des US-Kampfflugs F-35A (Stückpreis je rund 100 Millionen) sind 3,5 Milliarden zu veranschlagen. Der für ein gegnerisches Radar schwer auszumachende Tarnkappenbomber F-35 soll den „Tornado“ ablösen, der in die Jahre gekommen ist und bislang Teil der „atomaren Teilhabe“ Deutschlands war. (Am Rande: Als sich der damalige Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Karl Müller, 2018 öffentlich für den Kauf der F-35 ausgesprochen hatte, wurde er vorzeitig in den Ruhestand versetzt.)

• Darüber hinaus wird überlegt, ob ein Teil der Eurofighter-Flotte atomwaffenfähig umgerüstet werden soll. Außerdem sollen 15 Eurofighter neu für ECR (Electronic Combat and Reconnaissance = Bekämpfung von Radarsystemen) angeschafft werden. Auch hier geht es vermutlich um einen Zwei- bis Drei-Milliardenbetrag. Noch ungeklärt ist auch die Frage, ob die Luftwaffe für die F35-Boomer-

Luftbetankung eigene Tankflugzeuge braucht. Schließlich hat eine F-35 nur eine Reichweite von wenig mehr als 2000 Kilometer.

- Nicht eingerechnet sind die Kosten für das deutsch-französisch-spanische Kampfflugzeugprojekt FCAS (Future Combat Air System). Hier handelt es sich um einen Kampfflieger, der 2040 (!) einsatzfähig sein soll.
- Fünf gewünschte neue Korvetten K130 schlagen mit mindestens zwei Milliarden zu Buche. Notwendig wären zur Sicherung von Nord- und Ostsee zwei weitere U-Boote für rund 1,5 Milliarden.
- Überfällig ist auch ein neuer schwerer Transporthubschrauber, beispielsweise der CH-47F Chinook. Das wird rund fünf Milliarden kosten.
- Vier neue Tanker für die Marine kosten zwei Milliarden.
- Laut „Ampel“-Koalitionsvertrag sollen auch Drohnen angeschafft werden. Welche, wie viele und zu welchen Kosten, ist offen. Offen ist auch, ob die Bundeswehr „Schreit-Roboter“, menschenähnliche Bodendrohnen auf vier Beinen, bekommen soll.
- Die längst überfällige Digitalisierung der Kommunikationssysteme (bislang noch überwiegend analog arbeitend) kostet mindestens drei Milliarden. Selbst diese Zahl scheint schön gerechnet, denn bereits im Jahr 2014 wurde der Umsatz für Verteidigungs- und Sicherheitselektronik in einer Untersuchung für das Bundeswirtschaftsministerium auf etwa 2,8 Milliarden geschätzt.

Zweifel an den Kostenannahmen

- Bislang recht unterschiedlich kalkuliert ist die Errichtung eines „Iron Dome“ (einer Eisernen Kuppel) über Deutschland. Hier geht es um einen Raketen-schutzschild gegen feindliche Raketen und Lenkflugkörper. Während die einen hier das israelische System „Arrow 3“ favorisieren und mit zwei Milliarden kalkulieren, sprechen sich andere für das US-System THAAD (Terminal High Altitude Area Defence) aus. Letzteres System hatten die USA 2018 an die Saudis für 15 Milliarden Dollar verkauft. Was nichts anderes heißt, als

Der Wunschkatalog ist jedenfalls riesig. Das hat nichts mit Überehrgeiz zu tun, sondern damit, dass die Bundeswehr seit Jahren nur noch bedingt einsatzfähig ist. Manche Waffensysteme haben einen Klarstand von nur noch 40 Prozent

dass die kalkulierten zwei Milliarden viel zu eng bemessen sind. Schließlich ist die Fläche Deutschlands (357.022 km²) nicht mit der Fläche Israels (22.145 km²) vergleichbar.

- Noch keineswegs mitkalkuliert sind die Kosten, die für neue Kasernen (die Bundeswehr soll um 20.000 Mann wachsen) und für die Renovierung von Kasernen zu veranschlagen sind. Auch hier dürfte es um zweistellige Milliardenbeträge gehen.

- Ebenfalls nicht einkalkuliert ist der bis 2025 geplante Aufwuchs der Bundeswehr von einer Personalstärke von 183.000 auf 203.000 Soldaten. Hier geht es sicher auch um drei Milliarden (jährlich!).

Die Rolle des Beschaffungsamts

Kurz: All die genannten Optionen sind überfällige und notwendige Anschaffungen. Mit Kaufrausch oder viel gescholtenen „Goldrandlösungen“ hat das nichts zu tun. Denn im Grunde werden nur Löcher gestopft, die längst hätten gestopft werden sollen.

Jetzt kommt es darauf an, dass es nicht wieder wegen Missständen im Koblenzer Beschaffungsamt der Bundeswehr zu Flops kommt. Dieses Amt mit seinen rund 11.000 Mitarbeitern an 116 Standorten bearbeitet übrigens einen Artikelbestand von zwei Millionen Produkten und wacht darüber, dass bei jedem einzelnen Produkt nicht nur ökonomische Aspekte Berücksichtigung finden, sondern alle gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Im Falle des Schützenpanzers Puma sind es 117 gesetzliche Bestimmungen.

Hinzu kommt allerdings auch der deutsche Sonderweg der Bundeswehr als „Parlamentsarmee“: Nicht nur jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr, sondern jeder Beschaffungsauftrag, der 25 Millionen Euro übersteigt, muss vom Bundestag genehmigt werden. Dies zur Entkräftigung des Vorwurfs der Schwerfälligkeit der „Koblenzer“.

Kann die Rüstungsindustrie mithalten?

Eine wichtige, ja entscheidende Frage stellt sich zugleich: Ist die deutsche Rüstungsindustrie in der Lage, all dies zu stemmen? Auf die US-Rüstungsindustrie zu setzen verbietet sich nicht nur, weil deren Kapazitäten auf Dauer schon heute weitestgehend ausgelastet sind. Generell dürfte der Rückhalt in der Bevölkerung schnell schrumpfen, wenn sich das 100 Milliarden schwere Sondervermögen der Bundeswehr (das nicht zuletzt von deutschen Steuerzahlern getragen wird) schon bald als Konjunkturprogramm für die US-Wirtschaft herausstellen sollte.

Allerdings hat die deutsche Rüstungsindustrie in den letzten Jahren ein ständiges Auf und Ab erlebt. Einen Einbruch erlebte sie nach 1990, als man meinte, nun sei das Ende aller Konflikte erreicht. Gleichwohl gehört Deutschland zu den vier größten Waffenexporteuren der Welt. Daher sollte die deutsche Rüstungsindustrie kurzfristig auch die Produktionskapazitäten für den Heimatmarkt ausbauen können.

Bei dem Riesenkonvolut an Aufgaben stellt sich jedoch noch eine andere Frage: Die sinnvolle Verwendung der 100 Milliarden Sondervermögen und das Erreichen eines Zwei-Prozent-BIP-Anteils für die Verteidigung braucht an der Spitze des Verteidigungsministeriums – um im Militärsjargon zu bleiben – ein großes politisches Kaliber. Die seit Dezember 2021 amtierende Verteidigungsministerin Lambrecht (SPD) ist dies wohl nicht.

• **Josef Kraus** war von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. Zusammen mit Richard Drexler veröffentlichte er 2019 „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine“ (Finanzbuch-Verlag, 2., vollständig überarbeitete Auflage 2021).

www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Verdacht der Untreue

Hanau – Die Staatsanwaltschaft Hanau ermittelt gegen das Institut für Toleranz und Zivilcourage. Der mehrfach preisgekrönte Verein war gegründet worden in Reaktion auf die angeblich rassistische und rechtsextreme Anschlagsserie in Hanau vom 19. Februar 2020 mit insgesamt elf Toten, darunter auch der psychisch kranke Täter selbst. Das Verfahren wurde aufgrund einer Anzeige wegen des „Anfangsverdachts der Untreue“ eröffnet und führte bereits zu Durchsuchungen von acht Objekten in Hanau, Rodenbach und Bonn. Im Zentrum der Ermittlungen stehen drei Personen, die „Geld des Vereins unberechtigt auf Konten Dritter überwiesen und für nicht satzungsgemäße Zwecke verwendet haben sollen“. Bei den mutmaßlich veruntreuten Mitteln handelt es sich unter anderem um eine Spende der Hanauer Firma Heraeus in Höhe von 41.000 Euro sowie Zuwendungen von insgesamt knapp 21.000 Euro aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“. W.K.

Teurer Rückerwerb

Leipzig – Wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtete, hat die Stadt Leipzig ein Grundstück samt den darauf errichteten Gebäuden mit 7200 Quadratmetern Nutzfläche 2014 für 500.000 Euro an die private KKS Projekt GmbH veräußert und dieses nun für 15,3 Millionen Euro plus 750.000 Euro Erwerbsnebenkosten zurückgekauft. Der Zweck des Rückkaufs ist die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine. Für den Linken-Stadtrat Volker Külow handelt es sich dabei um „einen handfesten Immobilienskandal, denn eine wesentliche Wertsteigerung durch Investitionen ist ... nicht zu erkennen“. Darüber hinaus warf er der Projektentwicklungsfirma „pures Kriegsgewinnertum“ vor. Die Stadt entschuldigte ihr Handeln damit, dass der Kauf des Areals immer noch deutlich günstiger sei, als dieses langfristig zu mieten. Zudem werde ein in Auftrag gegebenes unabhängiges Wertgutachten die Angemessenheit des Kaufpreises belegen. W.K.

Harte Kritik an Polizeigewalt

Berlin – In ungewöhnlich scharfer Form hat der UN-Sonderberichterstatter über Folter, Nils Melzer, das Vorgehen der Berliner Polizei gegen „Querdenken“-Demonstranten im August vergangenen Jahres verurteilt. Der Schweizer spricht von „exzessiver Gewalt“ durch die Polizei gegen Bürger, auf welche er in seiner Untersuchung gestoßen sei. Gegenüber der „Welt“ zählt er diverse Beispiele auf. Eine Frau sei „grundlos in einen schmerzhaften Polizeigriff gezwungen“ und ein Bekannter, der ihr „zurecht zu Hilfe eilen wollte, brutal zu Boden gebracht“ worden. Ein anderer, der „friedlich aus dem Grundgesetz vorlas und danach in aller Ruhe mit dem Fahrrad wegfahren wollte“, sei von Beamten ins Genick geschlagen und brutal zu Boden gebracht worden. Auch habe ein Polizist mit der Faust auf einen bereits am Boden Liegenden eingeschlagen. Die Bundesregierung und die Berliner Polizeiführung hätten kein Verständnis für seine Kritik geäußert, so Melzer. H.H.



Im Hafen von Liyanyungang: China hat die Energiewende mit staatlichen Programmen für den Abbau Seltener Erden abgesichert

Foto: pa

ENERGIEWENDE

Deutschlands fataler Trugschluss

Steigende Nachfrage nach Rohstoffen führt zu Problemen – China handelte klüger

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Zu den großen Schwachpunkten der Energiewende hierzulande zählt der hohe Bedarf an metallischen Rohstoffen. Für den Bau einer modernen Photovoltaikanlage wird die doppelte Menge an Metall benötigt wie bei der Errichtung eines Kohlekraftwerkes von gleicher Leistung. Und bei Windrädern liegt der Metallverbrauch sogar fünf bis sieben Mal so hoch. Ähnliches gilt auch für Elektrofahrzeuge: In diesen stecken im Vergleich zu Autos mit Verbrennungsmotor ebenfalls sieben Mal mehr metallische Rohstoffe. Zudem sind die Letzteren oftmals rar. Das gilt beispielsweise für das Iridium in den Elektrolyse-Großanlagen zur Herstellung von „grünem“ Wasserstoff. Und beim Neodym für die Permanentmagneten der Windräder handelt es sich sogar um ein Metall aus der Gruppe der Seltenen Erden.

Dabei werden die kostbaren Rohstoffe heute parallel noch für andere Hochtechnologieanwendungen benötigt, was die Nachfrage zusätzlich erhöht. Sie stecken

beispielsweise auch in den massenhaft verbauten Mikrochips der 5G-Funkmasten. Und das bremst die Energiewende nun zusätzlich aus.

Des Weiteren entstehen bislang unbekannte Abhängigkeiten. Erneuerbare Energien sollen die fossilen Energieträger aus dem Ausland ersetzen, allerdings erfordert die Nutzung von Wind und Sonne ebenfalls Rohstoffimporte, wobei die Diversifizierung hier noch problematischer ist als bei Öl, Gas und Kohle, weil die begehrten Metalle nur in wenigen oder manchmal sogar nur einzelnen Ländern wie China gefördert werden. Dazu kommt die derzeitige Marktinstabilität aufgrund des weltweiten Abbaus von strategischen Reserven. So führte der Ausbruch des Ukraine-Krieges sofort zu einem Anstieg des Nickel-Preises um 250 Prozent, obwohl Russland nur ein Zehntel der global benötigten Menge des Metalls fördert.

Nickel um 250 Prozent teurer

Insofern war es extrem unklug, dass die deutsche Politik in den letzten Jahren kaum etwas unternommen hat, um die

Energiewende abzusichern – beispielsweise durch die Erschließung von Lagerstätten im eigenen Lande oder durch tragfähige internationale Partnerschaften. Im Vergleich hierzu handelte China deutlich klüger: Statt den Abbau von Rohstoffen voll und ganz der Privatwirtschaft zu überlassen, wurde dieser staatlicherseits subventioniert, sodass das Reich der Mitte heute führend bei der Förderung von Seltenerdmetallen sowie Gallium, Vanadium und Iridium ist. Zudem sicherte sich China die Bodenschätze anderer Länder durch entsprechende Exklusivverträge. In Deutschland hingegen glaubte man, dass auf dem Weltmarkt immer ausreichend metallische Rohstoffe zu moderaten Preisen erhältlich sein würden, was sich als fataler Trugschluss erweisen sollte.

Deshalb müssen die Verfechter der Energiewende jetzt drei Herausforderungen bewältigen, wenn sie das Scheitern ihres Projektes noch irgendwie verhindern wollen. Zum Ersten gilt es, schnellstens Allianzen mit Partnern zu schmieden, die sowohl politisch auf der Seite des Westens stehen als auch in der Lage sind, die erforderlichen Metalle in angemessener Menge zu liefern. Das wären momentan vor allem Kanada und Australien, weil europäische Länder mit entsprechenden Bodenschätzen wie Spanien und Portugal aus Umweltschutzgründen keine neuen Bergwerke mehr auf ihrem Territorium haben wollen. Zum Zweiten braucht Deutschland unbedingt wieder eigene Förderstätten, welche trotz des hohen Lohnniveaus und der strengen Umweltgesetze hierzulande auch durchaus rentabel arbeiten könnten, wenn die Rohstoffpreise weiter steigen. Allerdings müssten die diesbezüglichen Genehmigungsverfahren radikal vereinfacht werden, damit die Bergwerke ihre Arbeit nicht erst in ein oder zwei Jahrzehnten aufnehmen. Und zum Dritten besteht die Notwendigkeit der Schaffung eines Recycling-Systems zur Linderung des Mangels an metallischen Rohstoffen. So wäre es unter anderem möglich, das Neodym und Kupfer aus alten Windrädern wieder aufzubereiten. Diese Lösung würde jedoch erst in der Zukunft greifen, wenn die jetzt schon in Betrieb befindlichen Anlagen verbreitet durch neue ersetzt werden.

BANKGEBÜHREN

Die Kosten für Girokonten steigen

Geldinstitute reagieren auf Niedrigzinspolitik – Kunden müssen der Änderung zustimmen

„Alles wird teurer“, stöhnen viele Bürger in diesen Tagen. Auch für Bankkunden trifft das zu. Eine aktuelle Befragung der Unternehmensberatung Ernst&Young (E&Y) zeigt, dass jede zweite Bank im laufenden Jahr die Gebühren für das Girokonto erhöhen will. Auch Kredite und andere Angebote werden teurer.

Im Rahmen der Studie wurden im Januar und Februar 120 Finanzinstitute zu ihren Erwartungen und Plänen befragt – darunter 109 Banken und elf Fintech-Unternehmen. „Die Institute in Deutschland mussten in den vergangenen Jahren lernen, sich in einem Niedrigzinsumfeld zurechtzufinden und mit deutlich geringeren Zinseinnahmen auszukommen als in früheren Zeiten“, sagte E&Y-Finanzmanager Thomas Griess. Unterm Strich werde es

damit immer schwieriger, profitabel zu wirtschaften: „Also denken die Banken weiter intensiv über neue Ertragsquellen nach.“ 34 Prozent der befragten Institute mit Privatkunden gaben an, dass sie die Gebühren für Girokonten anheben werden, weitere 15 Prozent haben dies bereits getan. Auch für andere Dienstleistungen wird mehr Geld fällig. 40 Prozent der Institute haben die Gebühren für Überweisungen bereits erhöht, 37 Prozent die Kreditkarten verteuert. Weitere 33 Prozent haben das Geldabheben verteuert.

Es ist quasi der zweite Anlauf der Finanzinstitute, mehr Geld in die Kassen zu spülen. Vor einem Jahr entschied der Bundesgerichtshof, dass Banken ihren Kunden die Gebühren nicht erhöhen dürfen, ohne deren ausdrückliche Zustimmung einzu-

holen. Teilweise konnten die Kunden mehrere Hundert Euro zurückfordern. Geklagt hatte der Verbraucherzentrale Bundesverband gegen die Postbank. Sie hatte die Preise in den vergangenen Jahren mehrfach angehoben.

Nach dem Urteil herrschte in der Branche Verunsicherung. Nun unternehmen viele Institute einen weiteren Versuch. Aber nur von 70 bis 90 Prozent der Kunden bekommen sie eine ausdrückliche Zustimmung für erfolgte Gebührenerhöhungen. Denn der BGH hatte eindeutig festgelegt, dass eine in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen stillschweigend festgelegte Gebührenanpassung nicht rechtmäßig ist. Für die Banken stellt sich nun die Frage, wie sie reagieren, sollte ein beträchtlicher Teil der Kunden nicht zustimmen: Akzeptieren sie

einfach, dass Tausende Kontoinhaber weniger Gebühren zahlen oder machen sie von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch, was am Ende auch zu Umsatzeinbußen führen wird.

Die Gebühren-Diskussion hat nach Expertenmeinung keine direkten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. „Es gibt keinen generellen Stellenabbau mehr in der Bankenbranche“, meint Griess. Allerdings glauben 39 Prozent der Befragten, dass es künftig weniger Stellen im Banksektor geben wird. 25 Prozent gehen dagegen von einem Anstieg aus, da sich die Arbeitsfelder verschieben werden. 41 Prozent denken, dass es Einschränkungen und Kürzungen bei der Kundenbetreuung geben werde, dafür werde die Zahl der Beschäftigten im Online-Sektor steigen. Peter Entinger

ROT-GRÜN-ROT

Hauptstadt taumelt in die Dauerkrise

Pandemie-Folgen und Flüchtlingsstrom legen die Defizite der Senatspolitik schonungslos offen

VON NORMAN HANERT

Bevor die Corona-Pandemie Deutschland in einen Ausnahmezustand versetzte, schien sich der lange Zeit recht ramponierte Ruf Berlins als Schuldenhauptstadt zum Positiven zu wandeln. Das Motto „Arm, aber sexy“ der Wowerit-Ära verblasste, dafür tauchten immer öfter Meldungen von der Start-up-Metropole Berlin als deutschlandweitem Überflieger beim Wirtschaftswachstum auf. Solche Positivmeldungen liefert die Stadt noch immer. Erst Ende März konnte beispielsweise Berlins Wirtschaftsminister vermelden, dass die Wirtschaftsleistung der Millionenstadt im Jahr 2021 mit 3,3 Prozent über dem Bundesschnitt gewachsen ist.

Überlagert werden solche Positiventwicklungen nun immer öfter wieder von altbekannten Berichten, in denen es um eine hoffnungslos überforderte Berliner Verwaltung, Wohnungsmangel und Kinderarmut geht. Tatsächlich haben die Corona-Maßnahmen der vergangenen beiden Jahre gerade Berlin mit seinem großen Dienstleistungs- und Tourismussektor besonders hart getroffen. Die Folgen sind im unlängst veröffentlichten Berliner „Sozialmonitor“ ablesbar.

Armut nimmt wieder zu

Wie aus der Auswertung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hervorgeht, hat sich im vergangenen Jahr die Zahl der Stadtviertel, in denen die Armut zunimmt, in der deutschen Hauptstadt wieder erhöht. Kleinteilig unter die Lupe genommen hatten die Statistiker für den Sozialatlas 536 Gebiete in der Stadt. Dabei stellten sie zwar fest, dass sich im Süden und Osten der Metropole in einigen Wohnvierteln die soziale Situation gebessert hat. Unterm Strich nahm die Zahl der Berliner Problemkieze aber um 13 zu.

Alarmierend ist zudem, dass die Statistik bei einigen dieser neuen Problemviertel im Vorjahr zumindest im Ansatz noch auf eine Verbesserung der Lage hingedeutet hatte. Nun jedoch steigen Kinderarmut und der Anteil von Hartz-IV-Empfängern wieder an. Zudem zeigt der Sozialmonitor einen hohen Anteil von Kindern auf, die in prekären Verhältnissen aufwachsen. Laut der Untersuchung



Zahl der Problemkieze um 13 gestiegen: Verrotteter Spielplatz auf einem Berliner Hinterhof

Foto: imago/CHROMORANGE

beziehungen in Berlin 27 Prozent der Altersgruppe unter 15 Jahren Transferleistungen vom Staat. Die Macher des Sozialmonitors stellten insgesamt eine „konstante Benachteiligung“ in Ortsteilen von Wedding, Moabit, Gesundbrunnen, Kreuzberg und ähnlichen Stadtvierteln fest. Als einen Grund für die Verschlechterung nennen die Forscher ganz deutlich vor allem die gestiegene Zahl an Hartz-IV-Empfängern während der Corona-Pandemie.

Zu dieser problematischen Entwicklung kommt ein weiterer Faktor hinzu, auf den die Autoren allerdings nicht hinweisen. Dem nochmals aufgelegten Dreierbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei ist es nicht gelungen, nach dem Start ihrer Koalition im vergangenen Herbst eine Aufbruchstimmung in Berlin zu entfachen. Stattdessen arbeitet sich das Dreierbündnis an „Bullerbü-Themen“ wie der Verbannung des privaten Autoverkehrs aus der Friedrichstraße ab oder versucht mit viel Energie, den Bund davon abzubringen, an der Berliner Stadtautobahn weiterzubauen. In noch größerem Maße

aber wird ein Senat sichtbar, der immer öfter lediglich nur noch auf Entwicklungen wie etwa den Massenzustrom ukrainischer Flüchtlinge reagiert statt vorausschauend zu arbeiten. In ungewohnter Einigkeit haben die Oppositionsparteien CDU, AfD und FDP nach Ablauf der üblichen 100-Tage-Schonzeit Ende März eine vernichtende Bilanz der bisherigen Arbeit des Senats gezogen. Tenor der drei Parteien war die Aussage, Rot-Grün-Rot habe die Hauptstadt bislang nicht vorangebracht.

„Verlorene Tage für Berlin“

Aus Sicht des CDU-Fraktionsvorsitzenden Kai Wegner hat der von der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) geführte Senat bislang „viel angekündigt und manches beschlossen. Aber schöne Überschriften reichen nicht“, so Wegner. Die AfD-Fraktionsvorsitzende Kristin Brinker bewertete die Startphase der Koalition sogar als „verlorene Tage für Berlin“. „Wichtige Probleme wie das Chaos in der Berliner Verwaltung oder der

katastrophale Zustand von Straßen und Brücken wurden nicht angegangen“, so Brinker. FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja bescheinigt Rot-Grün-Rot, eine „Weiter-so-Koalition“ zu sein, die zudem „Lieferschwierigkeiten“ habe.

Giffey selbst lobte anlässlich der 100-Tage-Bilanz die Senatsmitglieder explizit für deren Arbeit, sprach allerdings auch selbst von einer „Regierung im Krisenmodus“. Für die Stadt besteht indes die Gefahr, dass dieser Modus zum Dauerzustand wird. Die Regierende Bürgermeisterin geht inzwischen von rund 60.000 geflüchteten Ukrainern aus, die bereits in der Stadt leben. Giffey erwartet für die Zeit nach Ostern einen erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen aus der Ukraine, sodass möglicherweise sogar bis zu 100.000 Ukrainer in Berlin bleiben würden. Damit müssen sich die Berliner darauf gefasst machen, dass sich auf ohnehin kritischen Gebieten wie dem Wohnungsmarkt, dem Berliner Bildungssystem oder der überlasteten Verwaltung die Lage weiter zuspitzt.

FUSSBALL

Hertha BSC will endlich eine eigene Arena

Seit Jahrzehnten spielt der Berliner Erstligist im Olympiastadion – Pläne sind in der Politik umstritten

Der abstiegsbedrohte Berliner Fußballerstligist Hertha BSC fordert für sich den Neubau eines eigenen Fußballstadions. Seit der Bundesligasaison 1963/64 trägt der Verein seine Heimspiele im Olympiastadion aus. Nur kurzfristig zog der Klub in der Zeit von 1965 bis 1968 in das vereinseigene Stadion an der „Plumpe“ im Bezirk Berlin-Wedding um, kehrte aber dann in das Olympiastadion zurück. Um sich finanziell zu sanieren, verkaufte Hertha sein Gelände schließlich zu Beginn der 1970er Jahre an den Berliner Senat.

Bis zur Wiedervereinigung Berlins lebte Hertha davon, dass der Verein ein Stück West-Berliner Identität darstellte und Konkurrenten wie Tasmania 1900, Tennis Borussia und Blau Weiß 90 im Westteil der Stadt auf Distanz halten konnte. Seit der Bundesliga-Saison 2019/20 ist das nun

anders. Der 1. FC Union Berlin hat sich in der Ersten Bundesliga etabliert und ist nunmehr auch die Nummer 1 im Hauptstadtfußball. Gleichwohl kann Hertha BSC immer noch auf eine treue Anhängerschaft zählen, und der schillernde Mäzen Lars Windhorst steht hinter dem Verein.

Der Vorstoß für ein neues Stadion geht vermutlich auf die Zusage von Windhorst zurück, 374 Millionen Euro in Hertha BSC zu investieren. Die Summe sollte in Etappen fließen, und inzwischen befindet sich Windhorst mit 86 Millionen Euro im Verzug. Die Entscheidungsträger bei Hertha glauben, dass mit dem Umzug aus dem Olympiastadion in ein reines Fußballstadion ohne rund laufende Aschenbahn zwischen Spielfeld und Zuschauertribünen mehr Zuschauer ins Stadion kämen. Zeitweilig hatte der Verein innerhalb und auch außerhalb Berlins nach einem geeigneten

Baugrundstück gesucht. Nunmehr will Hertha BSC auf dem Olympiagelände in der Nähe des Olympiastadions seinen Neubau errichten.

SPD dafür, Linkspartei bremst

Die Berliner Politik ist angesichts der 40.000 Mitglieder des Vereins durchaus gutwillig. Sportsenatorin Iris Spranger (SPD): „Ich möchte, dass Hertha ein neues Fußballstadion bekommt.“ Die mitregierende Linkspartei meldet indes Bedenken an. Claudia Engelmann, Mitglied für die Linke im Abgeordnetenhaus, zweifelt an der Finanzierung: „Das Land ist dann erneut davon abhängig, welche Finanzlage der Verein vorweisen kann. Wir erwarten zeitnah, dass uns die Finanzen vorgestellt werden.“

Nun hat der für das Olympiagelände zuständige Bezirk Charlottenburg-Wil-

mersdorf erst einmal die Pläne blockiert. Heike Schmitt-Schmelz (SPD), Bezirksstadträtin für Sport, gab bekannt, dass der Sportausschuss der Bezirksverordnetenversammlung sowohl einen Neubau auf dem Maifeld als auch an der Rominter Allee – beides Standorte direkt am Olympiastadion – abgelehnt habe. Der Verein glaubt hingegen, dies sei nur die „persönliche Meinung“ der Bezirksstadträtin. Diese habe „keinen Einfluss auf die guten Gespräche mit dem Senat“.

Aber so verhält es sich wohl nicht. Andere Mitglieder des Sportausschusses bestätigen, was Schmitt-Schmelz erklärt hat. Hinzu kommen weitere Unwägbarkeiten: Sollte Windhorst als Mäzen aussteigen oder der Verein aus der Ersten Bundesliga absteigen, dürften sich die Stadionpläne bis auf Weiteres ohnehin erledigt haben. *Frank Bücker*

● KOLUMNE

Es knirscht

VON THEO MAASS

Kaum hat sich der Staub um den Weiterbau der Berliner Bundesautobahn 100 (Stadtring) mit dem Bauabschnitt 17 gelegt, kommt die nächste Sollbruchstelle des rot-grün-roten Senats in Sicht. Gewiss, das Volksbegehren für die Enteignung von Wohnungsbauunternehmen erreichte das erforderliche Quorum. Aber das war bei Begehren zur Offenhaltung des Flughafens Tegel auch der Fall gewesen. Es wird mittlerweile klar, dass zumindest der mitregierende Teil der SPD keine Enteignung realisieren will.

Die Kunst des Aussitzens der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) bringt die mitregierende Linkspartei zur Weißglut. Linke-Justizsenatorin Lena Kreck schwadronierte auf einer Aktivistenversammlung: „Das, was wir hier gerade vorhaben, ist deshalb eine so große Sache, weil sie an Grundfesten des Kapitalismus ein Stück weit rüttelt.“ Die Not der Kommunisten ist nach der Klagschleife bei der Saarlandwahl groß. Sie müssen zumindest verbal ihre extremistische Klientel zufriedenstellen. Kreck: „Meine Position ist, dass man Fan des Grundgesetzes sein und trotzdem den Kapitalismus doof finden kann.“

Die Frage ist, wann die Leidenschaft der Sozialdemokraten erschöpft ist. Grüne und Linkspartei streben nach der für sie erfolglosen Wahl an der Saar zu extremistischen Positionen, von denen sie glauben, dass es ihren Wahlergebnissen frischen Wind in die Segel bläst. Bei den kommenden Wahlen in Schleswig-Holstein droht der Linkspartei ein desaströses Ergebnis. In Nordrhein-Westfalen prognostiziert Forsa mit zwei Prozent ein noch schlechteres Resultat als an der Saar. Derweil hat der Berliner Senat zur Enteignungsfrage eine Expertenrunde eingesetzt: Es klingt nach dem alten Rezept: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ' ich einen Arbeitskreis.

● MELDUNG

Wilder Streik war illegal

Berlin – Das Arbeitsgericht in Berlin hat die Kündigung von drei Mitarbeitern des Lieferdienstes „Gorillas“ bestätigt, weil sie sich an einem „wildem Streik“ beteiligt hatten. Zur Begründung hat das Gericht ausgeführt, dass die Teilnahme an einem Streik nur dann rechtmäßig sei, wenn dieser von einer Gewerkschaft getragen werde. Dagegen machten die Kläger geltend: „Die Kurierfahrerinnen und -fahrer sind der Auffassung, dass auch die Teilnahme an einem verbandsfreien Streik eine zulässige Rechtsausübung darstelle, und berufen sich unter anderem auf die Koalitionsfreiheit aus Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz (GG). Die Koalitionsfreiheit schütze auch Arbeitskämpfmaßnahmen.“ Die Kläger wollen nun vor das Landesarbeitsgericht ziehen. Ihr Anwalt Benedikt Hopmann kritisiert: „Deutschland hat das rückständigste und restriktivste Streikrecht Europas. In den meisten europäischen Ländern wäre der Streik bei Gorillas ein ganz normaler Arbeitskampf gewesen.“ *F.B.*

● MELDUNGEN

Kiew drängt zu EU-Hilfen

Kiew – Innerhalb weniger Tage hat die ukrainische Regierung einen Fragenkatalog zur EU-Mitgliedschaft beantwortet, den Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihrem Besuch in Kiew am 8. April überreicht hatte. Wie Präsident Selenskyj betonte, müsse die EU-Kommission nun klären, ob die Ukraine die notwendigen Beitrittskriterien erfüllt. Nach dem Einmarsch russischer Truppen hatte Selenskyj am 26. Februar die sofortige EU-Aufnahme seines Landes gefordert. Der Europäische Rechnungshof war in einem Sonderbericht vom 23. September 2021 zu dem Fazit gelangt, dass sich die bisherigen EU-Hilfen für Reformen in der Ukraine wegen Korruption auf höchster Ebene als unwirksam erwiesen haben. Laut den Rechnungsprüfern gehen in der Ukraine jedes Jahr infolge von Korruption Dutzende Milliarden Euro verloren. Aus Sicht der Prüfer hatten sich auch die Bewertungen der EU-Kommission als oft zu großzügig erwiesen, was zu übertrieben positiven Einschätzungen geführt habe. N.H.

Krawalle in Schweden

Malmö – In mehreren schwedischen Städten ist es in den vergangenen Tagen zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen, bei denen muslimische Einwanderer Molotowcocktails in einen besetzten Nahverkehrsbus warfen, ein Autofahrer absichtlich in eine Straßensperre fuhr, Journalisten angegriffen und zusammengetreten wurden. Die Krawalle ereigneten sich nicht nur im durch frühere Krawalle berühmt-berüchtigten Malmö, sondern auch in anderen Städten mit hohem Migrationsanteil der Bevölkerung wie Rinkeby, Örebro und Linköping. Vorausgegangen waren Demonstrationen und eine Koranverbrennung, zu der Rasmus Paludan, in Schweden lebender Chef der rechten dänischen Partei „Stram Kurs“, aufgerufen hatte. Paludan wollte mit seiner Provokation unter Beweis stellen, dass der Islam nicht mit den Werten der schwedischen Gesellschaft vereinbar sei. MRK

IS-Frauen zurückgeholt

Roj/Nordostsyrien – In den vergangenen Jahren hat die Bundesregierung wiederholt deutsche IS-Anhängerinnen und deren Kinder aus Syrien zurückgeholt. Zuletzt wurden Ende März 27 deutsche Kinder und zehn Mütter aus dem Lager Roj in Nordostsyrien ausgeflogen. Vier der Frauen wurden gleich bei ihrer Ankunft in Frankfurt am Main verhaftet. Sie waren zwischen 23 und 36 Jahre alt und mit ihren Männern, die für den IS kämpften, ausgereist. Sie lagerten große Mengen an Sprengstoff und Waffen in ihren Häusern. In einem Fall hatte ein Paar eine jesidische Frau als Sklavin gehalten. Am Bundesgerichtshof in Karlsruhe wurden nun Ermittlungsverfahren gegen die Frauen eingeleitet. Ihnen wird vorgeworfen, an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Menschenhandel sowie Verstößen gegen das Waffenrecht beteiligt zu sein. MRK

CHINA

Scheitern einer Null-COVID-Ideologie

Seit Ende März ist Schanghai im Lockdown – Die Bewohner und der weltweite Handel leiden darunter

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die chinesische Corona-Politik ist in hohem Maße ideologisch aufgeladen. So schrieb das Parteiblatt „Shenzhen Tequbao“ kürzlich, der Kampf gegen das Virus wirke „an der Oberfläche“ wie „ein Wettbewerb der Ideen, Strategien und Methoden ... Aber in Wirklichkeit ist es eine Schlacht zwischen Systemen, nationaler Stärke, Regierungsfähigkeit und selbst zwischen Zivilisationen“. In diesem Ringen sieht sich China bislang an der Spitze.

Als Schlüssel zum Erfolg gilt dabei seit Pandemiebeginn verfolgte Null-COVID-Strategie: Auf jeglichen SARS-CoV-2-Ausbruch – und sei er noch so klein – wird sofort mit drakonischen Eindämm-

ungsmaßnahmen reagiert, um ein Hochschnellen der Inzidenzen zu vermeiden. Doch seit die besonders ansteckende Omikron-Variante des Virus auch in China auftritt, gerät das Land trotz rigoroser staatlicher Repressalien an seine Grenzen. Das zeigen derzeit vor allem die Zustände in der 25-Millionen-Einwohner-Metropole Schanghai.

Die größte und reichste Stadt Chinas, welche zu den wichtigsten Industrie- und Handelszentren der Welt zählt, befindet sich seit dem 28. März in einem strengen Lockdown, weil es immer wieder positive Corona-Tests gibt, wobei die angeblich infizierten aber in der Regel keine Symptome zeigen. Schuld an dem Ausbruch soll wieder einmal das Ausland sein – in diesem Falle Südkorea, das angeblich verseuchte Textilien geliefert hat.

Mittlerweile führt der Versuch, das Coronavirus komplett aus Schanghai zu verbannen, dort zu dystopischen Zuständen: Nach der Ankunft von mehreren tausend Soldaten der „Volksbefreiungsarmee“ und 38.000 „Gesundheitsarbeitern“ wurde mit systematischen Massentestungen begonnen. Wer hierbei ein positives Ergebnis hat oder sonst irgendwie „abnormal“ erscheint, muss zwangsweise in eines der „Provisorischen Krankenhäuser“, sprich Quarantänelager, mit insgesamt 130.000 Plätzen, in denen es oft am Allernötigsten fehlt. Nachfolgend schlagen dann „Nachbarschaftskomitees“ die zurückgelassenen Haustiere der Betroffenen auf offener Straße tot, während dort Roboterhunde der Polizei patrouillieren.

Angewiesene Eltern werden flächendeckend die Kinder entzogen und

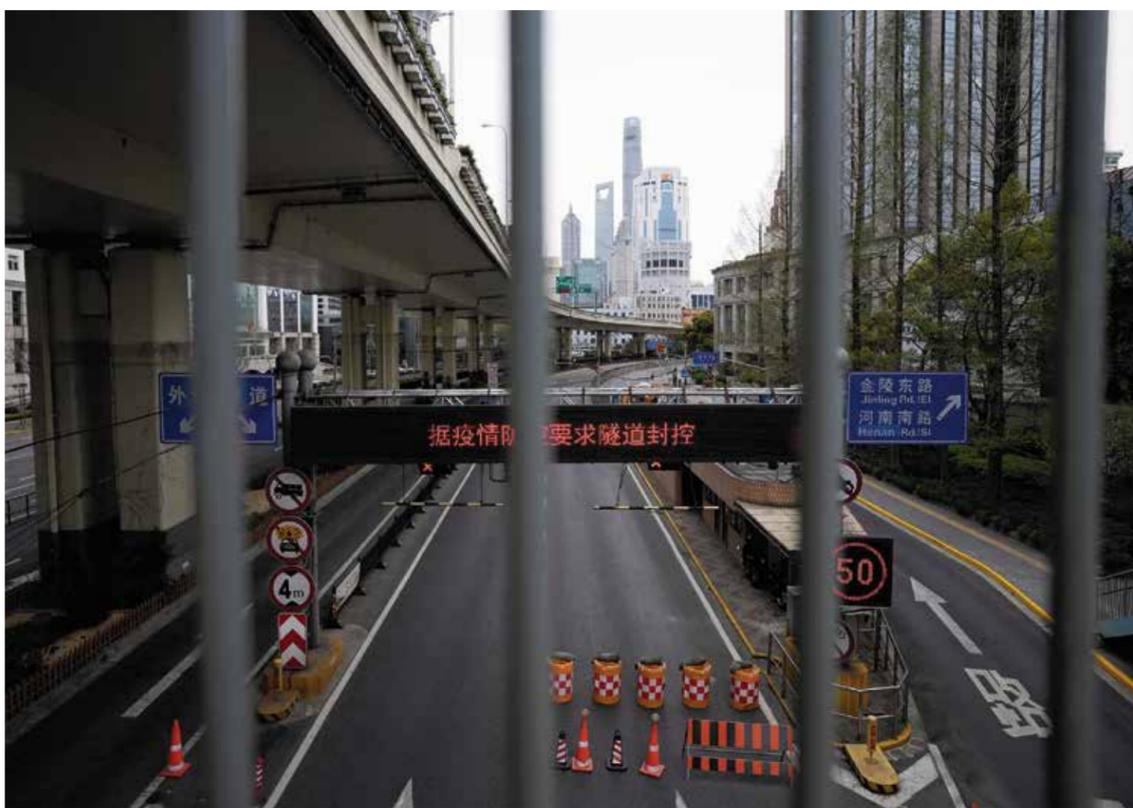
viele der gesunden Bewohner Schanghais in ihren Wohnkomplexen oder gar am Arbeitsplatz eingesperrt – manchmal ganz brachial durch das Verschweißen von Türen.

Suizide in Kauf genommen

Inzwischen herrscht schon verbreitet Hunger in Schanghai, weil den Menschen die Vorräte ausgehen und die Behörden außerstande sind, für angemessenen Nachschub an Lebensmitteln zu sorgen. Das führt zunehmend zu Protesten oder Verzweiflungsakten bis hin zu Suiziden. Dazu kommen die immensen wirtschaftlichen Schäden. In vielen Werken der Stadt steht die Produktion still, und der Frachtumschlag im Hafen von Schanghai ging um 40 Prozent zurück.

Angesichts all dessen wäre es höchst sinnvoll, endlich von der Null-COVID-Strategie abzurücken. Doch diese ist auf Engste mit der Person des Staats- und Parteichefs Xi Jinping verknüpft, welcher im Kampf gegen COVID-19 „persönlich Befehle erteilt“, wie das Propagandablatt „Xiuha“ kürzlich schrieb. Und für den „überragenden Führer“ steht unzweifelhaft fest, dass Chinas rigide Corona-Politik bessere Ergebnisse hervorbringe als jede andere. Also sind keine Änderungen möglich, weil dem nach einer dritten Amtszeit als Parteichef strebenden Xi ansonsten der Gesichtsverlust droht. Zumal das nach wie vor nicht sonderlich hoch entwickelte chinesische Gesundheitssystem vielleicht wirklich überfordert wäre, sollte das Reich der Mitte plötzlich versuchen, mit dem Virus zu leben, so wie es andere Länder derzeit in wachsendem Maße tun.

Deshalb könnten regierungskritische Oppositionelle mit ihrer Ansicht richtig liegen, wenn sie meinen, die Chinesen täten gut daran, sich schon einmal „darauf vorzubereiten, mindestens zehn Jahre mit Zero-COVID zu leben“. Wobei das Gleiche auch für die Weltwirtschaft gilt, welche unter den permanenten Produktionsausfällen und Unterbrechungen der Lieferketten infolge der ausufernden Lockdowns und Quarantänemaßnahmen in China leidet.



Stadt hinter Gittern: Während des Lockdowns sind in Schanghai sonst viel befahrene Straßen abgeriegelt

Foto: pa

RUSSLAND

Putin und sein Großinquisitor

Moskaus Patriarch Kyrill I. gibt den russischen Präsidenten seinen Segen mit nationalistischen Tönen

Angestachelt durch die extreme Rhetorik von Nationalisten sehen Teile der russischen Gesellschaft, allen voran der Moskauer Patriarch Kyrill I., in der „militärischen Spezialoperation“ in der Ukraine ein positives Ereignis. Es sei eine Gelegenheit zur nationalen Wiedergeburt, was wiederum Präsident Wladimir Putin unter Zugzwang bringt.

Am Sonntag, dem 3. April, während die Welt über mögliche russische Massenhinrichtungen von Zivilisten in der Region Kiew rätselte, veröffentlichte die sehr offizielle Nachrichtenagentur RIA Novosti einen selbst für russische Verhältnisse verblüffenden Beitrag von Timofej Sergejew mit dem Titel: „Was soll man mit der Ukraine machen?“ Bei dem Text des früheren Beraters mehrerer russlandfreundlicher ukrainischer Politiker fiel neben dem Inhalt auch der gewählte Zeitpunkt auf. Es war ein Aufruf im Stile Goebbels: Die „Ausrottung“ solle diejenigen betreffen, die in der Ukraine Waffen getragen haben, und die „passiven Nazis“, die sie

unterstützt haben, sowie der „banderistischen“ (nationalistischen) „Elite“, die „nicht umerzogen werden kann“. Aber auch die „künstliche“ ukrainische Identität und sogar der Name der Ukraine sollten „ausgerottet“ werden. „Entnazifizierung impliziert unweigerlich eine Entukrainisierung“, forderte Sergejew.

Doktrin der „russischen Erde“

Die Rede war sicher zunächst nur eine Loyalitätsbekundung. Aber dieser extremistische Text sagt viel über den Zeitgeist in Russland aus. Zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung sprach eine weit bekanntere Figur: Patriarch Kyrill I., der seine Sonntagspredigt von einem besonders emblematischen Ort im Putinschen Russland aus hielt: der neuen Kathedrale der Streitkräfte, einem khakifarbenen Metallgebäude im Moskauer Umland.

Die vor einigen Jahren eingeweihte Kathedrale, die zunächst auch ein „Heiligenbild“ Stalins enthalten sollte, bis sich dagegen ein kirchlicher Widerstand bilde-

te, steht genau an jenem Ort, bis zu dem die Spitzen der Wehrmacht im Kampf um Moskau 1941 vorgedrungen waren und dann zurückgeschlagen wurden.

„Unser Volk muss aufwachen und verstehen, dass ein besonderer Moment gekommen ist, von dem das historische Schicksal unseres Volkes abhängen wird“, sagte das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche im Stile eines Großinquisitors. Kyrill unterstützt den von Putin eingeleiteten Angriff auf die Ukraine vom ersten Tag an und setzt ihn sogar im Sinne einer metaphysischen Überhöhung mit einem Zivilisationskrieg gleich, der durch den Kampf gegen westliche Dekadenz symbolisiert wird. Mit Blick auf die Ukrainer erinnerte er an die großrussische Doktrin der „russischen Erde“: „Alle diese Völker, Ukrainer, Moldawier, und Weißrussen bilden das heilige Russland.“

Der Staat ist Putin

Was die Durchführung von Militäroperationen betrifft, so geht die Radikalisierung

des öffentlichen Raums mit einem bis zum Äußersten gehenden Diskurs einher, der in Russland zum Konsens geworden zu sein scheint. Die Durchführung dessen, was angeblich nur eine einfache „militärische Sonderoperation“ sein sollte, trägt nun den Keim einer „existentiellen Bedrohung“ für Russland in sich. Insbesondere bei den Verhandlungen im Ukraine-Krieg hat sich der russische Chefunterhändler Wladimir Medinskij diesen Ausdruck zu eigen gemacht.

Die radikalsten Kommentatoren in den staatlichen russischen Fernsehkanälen ergänzen: Jeder Kompromiss mit der Ukraine sei eine Niederlage, zunächst eine symbolische, aber auch eine, die der Westen ausnutzen könne, um sein Endziel – die Zerstörung Russlands – zu erreichen. Die Folge: Die Möglichkeit einer nuklearen Eskalation, die sehr offen diskutiert werde. Mit der Zerstörung Russlands ist damit das Ende Putins gemeint, denn immer mehr wird Putin mit Russland gleichgesetzt. Bodo Bost

VON NORMAN HANERT

Die EU-Kommission, aber auch Politiker der Ampelkoalition drängen immer energischer auf ein schnelles Öl-Embargo gegen Russland. Vor allem an Chemiestandorten in Brandenburg und Sachsen-Anhalt wächst deshalb die Sorge, dass das „Licht ausgeht“. Die Raffinerien in Schwedt und Leuna stehen für die allzu raren Erfolgsgeschichten des „Aufschwungs Ost“. Ein Standortvorteil dieser Chemiestandorte waren in den 90er Jahren die bereits zu DDR-Zeiten vorhandenen Öl- und Gasleitungen, über die im internationalen Vergleich sehr kostengünstig Energie aus Sibirien fließt.

Deutschland insgesamt bezieht derzeit rund ein Drittel seines Erdöls aus Russland. Im Jahr 2021 waren es immerhin knapp 28 Millionen Tonnen.

Versorgung über die „Druschba“

Trotz dieses hohen Anteils erklärte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Michael Kellner (Grüne) gegenüber dem „Nordkurier“, dass noch in diesem Jahr die Unabhängigkeit von russischem Öl kommen solle. Der Grünen-Politiker Anton Hofreiter hält sogar einen noch schnelleren Ausstieg für machbar. „Das geht innerhalb weniger Wochen, weil es andere Lieferanten gibt“, so der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Der französische Mineralölkonzern Total hat bereits angekündigt, für seine Raffinerie in Leuna ab Jahresende kein russisches Erdöl mehr kaufen zu wollen. Zurückgreifen will Total stattdessen auf den internationalen Ölmarkt. Herangeschafft werden soll das Öl nach den Plänen der Franzosen über die Seehäfen Rostock und Danzig. Bislang verarbeitet Total in Leuna jährlich etwa zwölf Millionen Tonnen russisches Rohöl zu Mineralölprodukten wie Benzin, Diesel, Heizöl und Flugzeugkerosin. Leuna deckt damit zu einem großen Teil den Bedarf von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ab. Die Raffinerie in Leuna ist zudem bundesweit der größte Hersteller von Methanol, einem wichtigen Grundstoff für die chemische Industrie.

Innerhalb der Branche wird das Vorhaben, auf russisches Erdöl zu verzichten, skeptisch gesehen. Tatsächlich bedeutet ein Embargo der russischen Lieferungen nicht nur, dass künftig an den Märkten die entsprechenden Ölmengen von verschiedenen Lieferanten zusammengekauft werden müssen. Auch der Beschaffungspreis und die Qualität des Öls spielen eine wichtige Rolle. Leuna und Schwedt beziehen seit Jahrzehnten über die „Drusch-



Bislang eine der wenigen Erfolgsgeschichten des „Aufschwungs Ost“: Petrochemie-Standort Leuna

Foto: pa

PETROCHEMIE

Welche Folgen hätte ein Öl-Embargo gegen Russland?

Viele noch wettbewerbsfähige Chemiestandorte in Brandenburg und Sachsen sind für Erdölimporte aus dem Osten ausgelegt

ba“-Ölleitung Öl aus Sibirien. Dementsprechend ist die Raffinerie im brandenburgischen Schwedt auch genau auf schwefelreiches Öl der Sorte „Ural“ abgestimmt.

Gegenüber der „Berliner Zeitung“ äußerte Gerhard Möllmann, ein promovierter Verfahrenstechniker, der die Raffinerie in Schwedt in den 60er Jahren mit aufgebaut hat, die Anlage von Ural-Öl auf eine andere Ölsorte umzustellen sei lösbar, allerdings auch kompliziert und aufwändig. Noch skeptischer zeigte sich der Branchenexperte hinsichtlich der Belieferung der Raffinerie über den Hafen Rostock. Zwar gebe es eine noch intakte Leitung, allerdings sei der Durchmesser von 50 Zentimetern so gering, dass die Anlagen in Schwedt „bestenfalls zu 40 Prozent ausgelastet werden“.

Bekommt die drittgrößte Raffinerie Deutschlands tatsächlich ein Versorgungsproblem, würden dies Berlin, Bran-

denburg und auch Regionen östlich der Oder besonders stark zu spüren bekommen. Nach Angaben des Unternehmens fahren in Berlin und Brandenburg neun von zehn Autos mit Kraftstoff, der in der Raffinerie nördlich von Schwedt hergestellt wurde. Die Anlage, die flächenmäßig sogar größer ist als das Wolfsburger Volkswagenwerk, liefert zudem auch Heizöl, Kerosin und Bitumen.

Beschaffungspreis und Qualität

Auch in Leuna gibt es Zweifel, ob die bisher per „Druschba“-Pipeline gelieferten russischen Ölmengen vollständig aus anderen Lieferquellen ersetzt werden können. Dabei steht Leuna nicht nur für die Total-Raffinerie, sondern für einen ganzen Chemiestandort mit vielen mittelständischen Firmen. Christof Günther, der energiepolitische Sprecher des Verbandes der Chemischen Industrie Nordost, schätzt, dass ein hundertprozentiger

Ersatz der russischen Liefermengen nicht möglich sein wird. Der Leuna-Manager wies auch auf die Gefahr hin, dass die Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Beschaffungspreise verloren zu gehen drohe. Die erhöhten Energie- und Fertigungskosten würden es unmöglich machen, langfristig mit Billigproduzenten zu konkurrieren, so Günther.

Das Fachmagazin „Agrarheute“ wies unlängst auf die Bedeutung eines weiteren Chemiestandortes in Sachsen-Anhalt hin. In Piesteritz steht Deutschlands größte Fabrik für Stickstoffdünger. Als Folge der gestiegenen Gaspreise hat das Werk bereits seine Düngerproduktion gedrosselt. Ein Ende der Düngerproduktion in Piesteritz hätte aus Sicht von „Agrarheute“ „ähnlich dramatische Folgen für die Düngerversorgung in Deutschland und natürlich auch für die Düngerpreise“ wie der bereits erfolgte Ausfall Russlands als weltgrößter Exporteur von Stickstoffdünger.

GESUNDHEITSWESEN

Spekulanten kaufen deutsche Arztpraxen

Profitorientierte internationale Finanzinvestoren treiben die Kosten pro Behandlungsfall in die Höhe

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt kaufen ausländische Finanzinvestoren Arztpraxen in der Bundesrepublik auf. Anschließend erzielen sie Renditen von durchschnittlich 20 Prozent. Diese kommen zustande, weil die medizinischen Einrichtungen „vermehrt betriebswirtschaftlich attraktivere Leistungen erbringen, während sie weniger attraktive Leistungen vernachlässigen“, so die Einschätzung des privaten Institutes für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) in Berlin nach einer umfassenden Auswertung der Abrechnungsdaten von Praxen verschiedener Eigentumsformen.

Dabei konzentrieren sich die Investoren besonders auf den Bereich der Zahn- und Augenheilkunde. So gehören inzwischen mehr als 500 Augenarztpraxen internationalen Finanzunternehmen. Das sind dreimal so viele wie noch vor drei

Jahren. Oftmals entstanden ganze Ketten mit monopolähnlicher Marktposition, wie die Sanoptis, die der Londoner Telmos Capital gehört und in Norddeutschland schon an mehr als 150 Standorten präsent ist.

Bundesregierung bleibt untätig

Der spekulative Erwerb von Arztpraxen hat zweierlei Folgen. Zum einen ist es jungen Medizinern ohne größeres Kapitalpolster kaum noch möglich, sich selbstständig niederzulassen, weil die Preise für die Einrichtungen explodiert sind.

Zum anderen klagen die angestellten Mediziner über massiven Druck, möglichst viele Zusatzleistungen an die Patienten zu verkaufen und den Krankenversicherern möglichst hohe Abrechnungen zu schicken. Letzteres konnte das IGES insofern bestätigen, als es bei einer Unter-

suchung im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern herausfand, dass Praxen in der Hand von Finanzinvestoren durchschnittlich zehn Prozent mehr Honorar pro Behandlungsfall verlangen als andere Einrichtungen.

Dem widersprechen naheliegenderweise die Betreiber von investorengeführten Praxen. „Keiner von uns ist darauf aus, schnelles Geld zu machen“, beteuerte der Gründer der Augenarztpraxen Artemis, Kaweh Schayan-Araghi, im Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk (NDR). Außerdem müsse jedes Unternehmen auf seinen guten Ruf und ein solides Preis-Leistungs-Verhältnis achten.

Angesichts des zunehmenden Erwerbs von Arztpraxen durch Finanzdienstleister sah der Bundesrat bereits 2018 die Gefahr „einer Einengung der angebotenen Versorgung auf bestimmte, be-

sonders lukrative Leistungen“ und schlug Gesetzesänderungen vor, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Anregung der Länderkammer wurde jedoch von der damaligen schwarz-roten Bundesregierung ignoriert.

Und auch die aktuelle Ampelkoalition zeigt kein Interesse am Treiben der Finanzspekulanten. Es sei weder bekannt, „ob und inwieweit eine beherrschende Marktkonzentration“ von ärztlichen Versorgungsstrukturen in einzelnen Bereichen vorliege, noch wisse man, „worauf etwaige Konzentrationstendenzen zurückzuführen“ seien, teilte das Bundesgesundheitsministerium auf Anfrage des NDR mit. Somit steht zu erwarten, dass künftig noch mehr Geld aus den Kassen der Solidargemeinschaft der Krankenversicherer in die Taschen anonymen Investoren fließt. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Handel soll wachsen

Neu-Delhi – Indien, das sich im Ukrainekrieg neutral verhält, wird seine Handelsbeziehungen zu Moskau erheblich ausbauen. Diese Entscheidung fiel im Rahmen eines Besuchs des russischen Außenministers Sergej Lawrow in Neu-Delhi. Zukünftig will Indien unter anderem deutlich mehr Rohöl und Kokssteine für die Stahlherstellung aus Russland importieren. Auf die westliche Kritik daran antwortete die indische Finanzministerin Nirmala Sitharaman: „Ich würde die nationalen Interessen meines Landes an die erste Stelle setzen, und ich würde meine Energiesicherheit an die erste Stelle setzen.“ Indien profitiert dabei von den starken Rabatten der russischen Seite seit Ausrufung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Außerdem planen beide Staaten ein Rubel-Rupien-Verrechnungssystem zur Umgehung von Dollar und Euro. Damit schreitet die Entkopplung von diesen Währungen im internationalen Handel fort. *W.K.*

Rekorde bei Dividenden

Frankfurt am Main – Nach Berechnungen der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) und des ifS Institute for Strategic Finance der Essener Hochschule FOM summieren sich die Dividendenzahlungen börsennotierter Unternehmen in Deutschland für das abgelaufene Jahr auf rund 70 Milliarden Euro. Dies liegt deutlich höher als die bisherige Bestmarke von 57,1 Milliarden Euro aus dem Jahr 2019. Allein die 40 Dax-Unternehmen werden in diesem Jahr mehr als 50 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausschütten. Unter den DAX-Unternehmen ist laut der Untersuchung in diesem Jahr der Autobauer Mercedes-Benz mit knapp 5,4 Milliarden Euro Spitzenreiter bei den Dividendenzahlungen. Das britische Fondshaus Janus Henderson erwartet, dass auch weltweit die Ausschüttungen an Aktionäre im Jahr 2022 mit insgesamt 1,52 Billionen US-Dollar auf einem neuen Höchststand klettern werden. *N.H.*

Werben um Fachkräfte

Magdeburg – Die Arbeitsagenturen des Landes Sachsen-Anhalt wollen ihre Anwerbeaktivitäten ausländischer Fachkräfte intensivieren. In Absprache mit der Landesregierung sollen berufs-spezifisch Arbeitnehmer von El Salvador bis zu den Philippinen angeworben werden. Hintergrund ist die demografische Situation in dem mitteldeutschen Bundesland. Markus Behrens, Chef der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, gab an, dass bis 2035 gut ein Viertel aller Erwerbspersonen verloren gingen. Eine rückläufige Geburtenrate sowie der Wegzug qualifizierter Fachkräfte in andere Bundesländer und der Wegfall älterer Mitarbeiter wegen Erreichen des Rentenalters trügen zur Verschlechterung der Situation bei. Vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich, im IT-Sektor und im gewerblich-technischen Bereich sowie in der Logistik fehlen Arbeitskräfte. *MRK*

IN EIGENER SACHE

Die PAZ und Putins Krieg

RENÉ NEHRING

Die Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erhält in diesen Tagen manche Zuschrift, in der die Leser ihr Unverständnis über die Haltung der PAZ zum Ukrainekrieg äußern. Die Leser bemängeln unter anderem, dass diese Zeitung zu einseitig für die Ukraine Partei ergreife und dass sie – etwa im Fall der Kriegsverbrechen von Butscha – vor schnell der Argumentation der Ukrainer gefolgt sei. Manche Leser erwähnen in diesem Kontext, dass auch die USA und andere Nationen in ihrer Geschichte Kriegsverbrechen begangen haben und dies nicht erwähnt werde.

Zu letzterem Vorwurf sei gesagt, dass die PAZ als Stimme von durch den Zweiten Weltkrieg besonders hart getroffenen Deutschen das Wirken der US-Amerikaner noch nie durch eine rosafarbene Brille betrachtet hat. Seit über 70 Jahren benennt diese Zeitung deshalb auch Kriegsverbrechen der USA ebenso klar beim Namen wie die Vergehen anderer Nationen: sei es im Zweiten Weltkrieg (Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung), in Vietnam (Massaker von My Lai) oder im Irak (Folterskandal von Abu Ghraib).

Kriegserklärung schon 2021

Hier und heute geht es jedoch um den Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen schreckliche Folgen. Dieser Krieg ist ein klarer Bruch des Völkerrechts, der keineswegs dadurch legitimiert wird, dass auch andere Staaten bereits das Völkerrecht gebrochen haben. Dieser Krieg wurde vom russischen Präsidenten Wladimir Putin persönlich erklärt – und das nicht erst am 24. Februar 2022, sondern bereits im vergangenen Jahr in einem Essay zur „historischen Einheit von Russen und Ukrainern“ (der im Internet nachlesbar ist), in dem Putin den Ukrainern faktisch das Recht auf einen eigenen Staat abspricht.

Manche Leser argumentieren auch, „der Westen“ habe Russland in den vergangenen Jahren eingekreist. Sie verweisen unter anderem darauf, dass die NATO 1989/90 der Sowjetunion zugesichert habe, keine Osterweiterung über das Gebiet der damaligen DDR hinaus vorzunehmen. Sie übersehen jedoch die NATO-Russland-Grundakte von 1997, in der Russland einer NATO-Osterweiterung sogar ausdrücklich zugestimmt

hat. Einzige Bedingung war der Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen und weiterer NATO-Truppen in den Beitrittsländern.

Vergessen wird in diesem Kontext regelmäßig auch der NATO-Gipfel vom April 2008, als der Antrag der Ukraine auf Aufnahme in die westliche Verteidigungsgemeinschaft abgelehnt wurde – obwohl die USA diesen ausdrücklich befürworteten. Wenn die Amerikaner vorgehabt hätten, Russland einzukreisen und dazu die Ukraine benötigt hätten, würden sie sich damals wohl kaum mit dem Nein der Europäer abgefunden haben. Und hätte die NATO damals die Ukraine aufgenommen, wäre es 2014 kaum zur Abtrennung der Krim und 2022 kaum zu diesem Krieg gekommen.

Wichtig in diesem Kontext ist auch, dass – wie es der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat erst unlängst in der PAZ betonte – der Wunsch zur NATO-Osterweiterung keineswegs von den US-Amerikanern ausging, sondern von den vormaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Warum eigentlich wollten und wollen all diese Nationen – darunter auch slawische Brudervölker – von Moskau weg?

Eine mögliche Antwort gibt seit Wochen das Sterben in Butscha, Charkiw, Hostomel, Irpin, Kramatorsk, Lemberg, Mariupol, Tschernihiw und in vielen anderen Orten. Schon jetzt zählt das Portal „statista.com“ rund 1800 bestätigte tote Zivilisten. Allein für die seit Wochen unter dauerhaftem Artilleriefeuer stehende Stadt Mariupol (die vor Kriegsbeginn rund 445.000 Einwohner hatte) rechnen Beobachter mit mindestens 5000 weiteren toten Zivilisten. Wie viele russische Städte sind eigentlich in den vergangenen Wochen beschossen worden?

Angesichts dieser und weiterer Fakten erscheint es fragwürdig, wenn Kritiker etwa bei den Verbrechen von Butscha darauf gestoßen sein wollen, dass an der Darstellung der Ukrainer und den gezeigten Bildern „etwas nicht stimmt“. Die entscheidende Frage lautet doch: Was haben die Russen überhaupt in der Ukraine zu suchen?

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* hat sich in den vergangenen Jahren stets für die Verständigung zwischen Russen und Deutschen eingesetzt. Und sie wird dies auch in Zukunft tun. Doch am Krieg Wladimir Putins gegen die Ukraine gibt es nichts zu verteidigen.



Infrastrukturhilfe gegen geopolitischen Einfluss: Kenias Staatspräsident Uhuru Kenyatta und der damalige Präsident der China Railway Construction Corporation, Chen Fenjian, 2017 in Mombasa

Foto: AP Photo/Khalil Senosi

KOLUMNE

Dreierlei Entwicklungshilfe

FLORIAN STUMFALL

Es ist ganz natürlich, dass, sobald ein neuer Krieg entbrennt, die bis dahin tobenden Kriege dem allgemeinen Gedächtnis entschwinden. Auch anderes Unglück tritt in den Hintergrund. Dazu gehören ganz vorzüglich die Lebensbedingungen von vielen Millionen Menschen in Schwarzafrika, die sich nur dann und wann, sobald eine diesbezügliche Pressekampagne ergeht, in die Erinnerung des Publikums drängen.

Die Politik allerdings verliert dieses Thema, zu dem Afrika als Beispiel auch für andere Kontinente dienen soll, keineswegs aus den Augen. Sie schickt mittels ihrer hochentwickelten Entwicklungshilfe-Industrie bestbezahlte Funktionäre rund um den Erdball, deren Aufgabe es nicht zuletzt ist, an hoher Stelle Gespräche zu führen über deutsche Zahlungen an die verschiedensten Länder. Was aber der Politik recht ist, das ist vielen anderen billig. Dazu gehören die Kirchen, Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie Ärzte ohne Grenzen oder Terre des hommes, das Rote Kreuz samt Kollegenschaft bis hin zu den Gewerkschaften, die Beiträge ihrer Mitglieder auch in die Dritte Welt tragen, und sei es über eigens dafür gegründete Vereine.

Auf diese Weise kommt sehr viel Geld in diese Länder, oftmals allzu viel Geld. Der kenianische Nationalökonom James Shikwati sagt: „Wer Afrika helfen will, darf den Afrikanern nicht sagen, wie man an sein Geld kommt.“ Denn Geschenke lähmen die Initiative, Geld wird überwiegend veruntreut, und Lebensmittelspenden ruinieren die einheimischen Bauern, die mit Gratis-Importen nicht konkurrieren können.

Deutschland verschenkt Geld

Ein beredtes Beispiel stellt Nigeria dar. Als Förderer der Rohöl steht das Land mit an vorderster Stelle weltweit. Vor 25 Jahren gehörte es zu den 50 reichsten Ländern der Welt, heute zu den 25 ärmsten. Dabei fließt ein breiter Strom von Entwicklungshilfe nach Abuja. Erst im Oktober des vergangenen Jahres wurde allein von der Bundesregierung eine weitere Zahlung von über 100 Millionen Euro vereinbart. Denn die europäischen Politiker lassen sich vom unaufhörlichen Misserfolg ihrer Maßnahmen nicht beeindrucken. Auch der Umstand, dass es denjenigen Ländern in Afrika am schlechtesten geht, die am

meisten Entwicklungshilfe beziehen, scheint niemandem aufzufallen. Was man mit viel Geld nicht erreicht, will man mit noch mehr Geld schaffen.

China baut in Afrika

Volker Seitz, ehemaliger deutscher Botschafter in westafrikanischen Ländern, schreibt in seinem vorzüglichen Buch: „Afrika wird armregiert“. „Die Lebensbedingungen vieler Afrikaner in den afrikanischen Klassengesellschaften, in denen die einstige Mittelschicht schon vor Jahrzehnten weggebrochen ist, die Oberschicht

Gelder aber, die zum Bau eines Projektes benötigt werden, bekommen die schwarzen Politiker nicht in die Hand. Das steht im Gegensatz zu den Gewohnheiten der europäischen, vor allem der deutschen Entwicklungshilfe. Den Europäern gegenüber bezeichnen die Afrikaner das Ansinnen, man wolle kontrollieren, was mit der Unterstützung geschehe, als „Neokolonialismus“. Das aber ginge den Chinesen gegenüber fehl. Denn diese weisen rechtzeitig darauf hin, dass auch sie Farbige seien und unter dem europäischen Kolonialismus hätten leiden müssen.

Auf diese Weise hat China fast ganz Schwarzafrika unter seine Kontrolle bekommen. Der Haupteffekt: Peking hat die Hand auf den schier unerschöpflichen Rohstoffen Afrikas. Natürlich wird auch auf diese Weise die Initiativkraft der Afrikaner nicht gefördert, aber es geschieht zumindest etwas. Die Projekte werden vollendet und die Schmiergelder kontrolliert zugemessen. Man kann das als das System eines aufgeklärten Kolonialismus bezeichnen: Entwicklung durch teilweisen Verzicht auf Entscheidungsgewalt.

Die USA setzen aufs Militär

Beim europäischen Konzept unterliegt die fragliche Finanzmasse sofort dem jeweiligen Potentaten, und der zählt das Geld, das er für sich beansprucht, selbst ab. Vorsichtshalber nimmt er reichlich, denn er muss auch seine Gefolgsleute alimentieren, damit das System stabil bleibt. Das ist die moderne Form der traditionellen Patronatsordnung, angewandt jetzt nicht mehr auf Sippen, sondern auf den Staat.

Nachdem die Hauptsache bereits geschehen war, wurden auch die USA auf das Treiben der Chinesen in Afrika aufmerksam. Um auf irgendeine Weise damit gleichzuziehen, begann Washington, mit den betreffenden Ländern auf dem militärischen Sektor eine Zusammenarbeit zu vereinbaren. Heute gibt es in fast jedem Land südlich der Sahara ein Militärabkommen mit den USA und demgemäß fast überall US-Militär-Missionen.

Was zweckmäßiger ist, wird sich zeigen. Eines aber ist heute schon offenbar: Die USA müssen für ihr militärisches Engagement Unsummen aufbringen. Die Chinesen aber verdienen schweres Geld mit ihrer Art der Entwicklungshilfe.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Man kann das als aufgeklärten Kolonialismus bezeichnen

sich Privilegien verschafft hat und die Mehrheit der Bevölkerung ausbeutet, sind heute schlechter als zu Beginn der Unabhängigkeit. Weiße Kolonialherren wurden durch schwarze Kolonialherren ersetzt.“

Dabei wird es aber nicht bleiben, denn es gibt noch andere, die gelben Kolonialherren. China hat in den zurückliegenden ein, zwei Jahrzehnten einen bestimmenden Einfluss auf das Afrika südlich der Sahara genommen. In so gut wie jedem Land spielen die Chinesen im Wirtschaftsleben eine große Rolle. Der Hintergrund ist der außerordentliche Reichtum an Rohstoffen, über den Afrika verfügt. Die Länder sind aber selbst nicht in der Lage, die Schätze zu erschließen. Das ist Chinas Ansatzpunkt.

Das Konzept sieht, grob gesagt, folgendermaßen aus: Eine bevollmächtigte Delegation aus Peking spricht bei einem Präsidenten in einem beliebigen Lande vor und erklärt, man werde, selbstverständlich auf eigene Rechnung, dort eine Straße von A nach B und eine Bahnlinie von Y nach Z bauen. Zusätzlich werde man eine funktionierende Infrastruktur errichten. Nachdem dies aber finanziell zulasten Chinas geschehe, erbitte man sich höflichst so und so viele Anteile an folgenden Minen ... Dann erfolgt die Überzeugungsarbeit an den einheimischen Entscheidungsträgern in Form von finanziellen Zuwendungen. Man nennt das auch schmieren.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Ein bärenstarker Typ

Begründer der Mark Brandenburg – Mit entschuldbarer Verspätung erinnert Ballenstedt zum 850. Todestag an Albrecht den Bären

VON VEIT-MARIO THIEDE

Ballenstedts berühmteste Persönlichkeit war zweifellos Albrecht der Bär. Der Begründer des Hauses Anhalt-Askanien und erste Markgraf der Mark Brandenburg starb am 18. November 1170 im Alter von etwa 70 Jahren. Die am nordöstlichen Rand des Harzes gelegene Stadt hatte sich viel einfallen lassen, um im Jahr 2020 Albrecht anlässlich seines 850. Todestages zu ehren. Doch die Corona-Pandemie sorgte für Terminverschiebungen.

Im Vorjahr lief noch alles nach Plan. Die Gedenkfeiern begannen im November 2019 mit der Einweihung des vom Quedlinburger Metallbildhauer Jochen Müller geschaffenen neuen Albrecht-Denkmal vor Schloss Ballenstedt, in dem eine Ausstellung an den „Ballenstedter Bären“ erinnert. Das Denkmal sieht ungewöhnlich aus. Der lebensgroß in Bronze gegossene Markgraf ist in Begleitung eines kleinen Bären vom Sockel gestiegen und blickt auf die Stadt hinab. Obwohl kriegerisch gerüstet, wirkt er freundlich. Müller hat ihm die Gesichtszüge von Prinz Eduard verliehen, dem heutigen Chef des Hauses Anhalt.

Die Gestaltung wirkt wie der Gegenentwurf zum 1899 vom Berliner Bildhauer Arthur Schulz für Ballenstedt angefertigten Albrecht-Denkmal. Die Bronzefigur verschwand 1950 spurlos vom Kleinen Ziegenberg. Die Stadt ließ auf dem hohen Steinsockel 1997 eine Kopie der Figur aus Sandstein aufstellen. Hier wird Albrecht als grimmig dreinschauender Krieger präsentiert, zu dem man aufschauen soll.

Der Überlieferung zufolge ist Albrecht mit Gemahlin Sophie in der Kirche des von ihm und seinen Vorfahren in Ballenstedt errichteten Klosters bestattet worden. Das 1525 aufgegebene Kloster wurde im 18. Jahrhundert zum Schloss umgebaut. Von der alten Klosterkirche blieben das Westwerk und die Krypta erhalten.



Gesichtszüge eines Nachfahren: Die neue Bronzeskulptur Albrechts des Bären vor dem Schloss Ballenstedt Foto: IMAGO/alimidi

Mehrfach ließ das Haus Anhalt nach den sterblichen Überresten ihres berühmten Vorfahren fahnden, zum Beispiel 1843 im Beisein von Preußens König Friedrich Wilhelm IV. Unter der im Erdgeschoss des Westwerks eingerichteten ehemaligen Nikolaikapelle fand man 1880 neben anderen Grabstätten ein Grab mit zwei Skeletten. Bei ihnen handelt es sich vermutlich um die Überreste Albrechts des Bären und seiner Gattin.

Wegbereiter ins deutsche Ostland?

Der zur Gruft Albrechts des Bären erklärten ehemaligen Nikolaikapelle nahm sich 1938 der Maler, Publizist und Architekt Paul Schultze-Naumburg an. Seinen An-

gaben zufolge ertheilte der mit seiner Familie auf dem Schloss lebende Joachim Ernst von Anhalt den Auftrag. Dies und seine Umgestaltungsmaßnahmen schildert Schultze-Naumburg in der Zeitschrift „Kunst im Dritten Reich“. Er schuf „einen würdigen Zugang“, beseitigte ein „Gewirr von zusammenhanglosen Treppen und Winkeln“, gab der Gruft ein Kreuzgratgewölbe und ließ hinter der sich leicht über den Steinboden erhebenden Grabplatte einen gegen die Rückwand gelehnten kapitellähnlichen Altar errichten. Der Zugang ist mit einem schmiedeeisernen Gitter verschlossen.

Unerwähnt lässt Schultze-Naumburg die über dem Altar angebrachte Bronze-

platte mit der Inschrift „Albrecht der Bär. Der Wegbereiter ins deutsche Ostland“. Die Bremer Landesarchäologin Uta Halle, die vergangenes Jahr auf der Albrecht in Ballenstedt gewidmeten Tagung einen Vortrag über die Gruft hielt, urteilte: Die Bronzeplatte „dürfte aber mit ihrer ideologischen Aussage aus der NS-Zeit stammen“. Tagungsleiter Stephan Freund, Historiker an der Universität Magdeburg, ergänzte: Die Nationalsozialisten hätten Albrecht zum Vorkämpfer der deutschen Ostsiedlung im Mittelalter erklärt und damit „für die sogenannte Gewinnung neuen Lebensraums im Osten“.

Es ist erstaunlich, dass die Gruft, an der NS-Propagandaveranstaltungen statt-

fanden, in der von NSDAP-Mitglied Schultze-Naumburg gestalteten Form bis heute überdauert hat. Aber nicht mehr lange. Das neu geordnete Nachleben sollte am 18. November 2020 beginnen. Allerdings hat dann die Corona-Pandemie den Zeitplan durcheinandergebracht. Nun war geplant, die bis dahin frisch herausgeputzte Gruft und die in ihrem Vorraum präsentierte Ausstellung deutlich später zu eröffnen, was auch geschehen ist. Sie informiert jetzt über Albrecht und die Baugeschichte der Gruft.

Auch die NS-Propagandaveranstaltungen werden dokumentiert. Und es geht um Schultze-Naumburg. Vor seiner Hinwendung zum Nationalsozialismus verscrieb er sich als Lebensreformer dem Kampf gegen das Frauenkorsett und trat als Gründungsmitglied des Deutschen Werkbundes für moderne Produktgestaltung ein. Sein berühmtestes Bauwerk ist das 1913 bis 1917 für den preußischen Kronprinzen Wilhelm errichtete Schloss Cecilienhof.

Die vermutlich auf Schultze-Naumburgs Konto gehende Bronzetafel, die Albrecht zum Wegbereiter ins deutsche Ostland erklärt, soll aus der Gruft entfernt werden und fortan im Mittelpunkt der Informationsausstellung stehen. Ihren Platz in der Gruft nimmt dann ein Kunstwerk Margit Jäschkes ein, das den von der Stadt Ballenstedt ausgeschriebenen Wettbewerb gewonnen hat. Es besteht aus einer Bronzeplatte mit einem überdimensionalen goldenen Fingerabdruck, welcher die von Albrecht hinterlassenen, glanzvollen Spuren versinnbildlichen soll.

● **Schloss Ballenstedt** geöffnet täglich außer montags von 11 bis 16 Uhr, Eintritt: 5 Euro. Internet: www.ballenstedt.de. Der Tagungsband „Albrecht der Bär, Ballenstedt und die Anfänge Anhalts“ aus dem Verlag Schnell & Steiner (296 Seiten) kostet 34,95 Euro

„HOBBY-ARCHÄOLOGIE“

Museumsschätze unter Kriegsrainen

Museum für Vor- und Frühgeschichte erhält „Funde“ zurück, die ein Künstler im Nachkriegs-Berlin ausgrub

Am kulturellen Erbe kann man sich in Kriegs- und Nachkriegszeiten immer gut bereichern. Von daher ist es keine gute Meldung für die Ukraine, dass bereits mindestens vier Museen von russischen Bomben zerstört wurden. Was dort nicht vorzeitig gerettet werden konnte, kann als Beutekunst nach Russland gehen oder später von Hobby-Archäologen ausgegraben werden.

Welche Ausmaße das annehmen kann, hat der Zweite Weltkrieg gezeigt. Damals verschwand nicht nur Schliemanns „Schatz des Priamos“ aus dem heutigen Martin-Gropius-Bau in Richtung Moskau, sondern auch Teile des dort beheimateten Museums für Vor- und Frühgeschichte gingen in den Ruinen verloren. Glaubte man bis vor Kurzem. Tatsächlich tauchten jetzt 1500 Stücke des Museums im Nachlass des 2018 verstorbenen Berliner Malers Peter Grämer unverhofft auf.

Grämer grub im Schutt des Nachkriegs-Berlins erfolgreich nach archäologischen Artefakten. Dabei förderte er in erster Linie Keramikscherben, aber auch Bronzen zutage. Da er die Lage der Funde

anhand von Skizzen exakt dokumentierte und die von ihm teilweise zusammensetzten Exponate noch den Museumsstempel trugen, konnte man sie eindeutig dem Museum für Vor- und Frühgeschichte zuordnen. Grämers Witwe übergab jetzt dem Museum diese Gegenstände.

Der Gropius-Bau, der lange als Kunstgewerbemuseum genutzt wurde, barg ab 1921 die Sammlungen des Museums für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen

Museen zu Berlin. Nur die wertvollsten Objekte konnten vor der Kriegszerstörung in Sicherheit gebracht werden. Zehntausende von Funden vor allem aus dem Depot sanken bei der Bombardierung des Museums 1945 in Schutt und Asche.

„Wir haben schnell erkannt, dass es sich bei den Stücken zum größten Teil um Altbestand aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte handelt“, sagte dazu Kustos Bernhard Heeb, „ein kleiner Teil der

„Funde“ gehört zu den Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst aus dem damals benachbarten Völkerkundemuseum.“ Die Stücke stammen hauptsächlich aus dem bronzezeitlichen und eisenzeitlichen Griechenland, manches aus Italien und vor allem aus Troja. Bislang konnte man etwa ein Dutzend der Funde identifizieren. Das gestalte sich in der Masse jedoch schwierig, da durch den Brand meist die alten Inventarnummern verloren gegangen seien. Besonders erfreut sei man aber über die Rückkehr von Objekten aus der Schliemann-Sammlung.

„Wir wissen, dass es in West-Berlin geradezu ein ‚Volkssport‘ war, in der Museumsruine nach Objekten zu suchen“, ergänzt der Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte, Matthias Wemhoff. Er ruft dazu auf, andere Funde, die von diesem Ort stammen könnten, an das Museum zurückzugeben. Rechtliche Konsequenzen seien nicht zu befürchten. „Wir sind einfach nur dankbar, wenn wir diese Sammlungsstücke wieder in Empfang nehmen können“, so Wemhoff. H. Tews



Puzzlearbeit: Aufgetauchte Scherben aus dem 1943 stark zerstörten Berliner Museum

KOLONIALZEIT

Tansania bei den Humboldts

Für das Jahr 2024 kündigt das Humboldt-Forum im wiederaufgebauten Berliner Schloss eine Sonderausstellung zur Geschichte Tansanias an. Im Zentrum der Ausstellung sollen Objekte aus den Ostafrika-Sammlungen des Ethnologischen Museums und des National Museum of Tanzania stehen, die Schlaglichter auf die reiche und wechselvolle Geschichte Tansanias werfen. Unterschiedliche Perspektiven, Geschichten und Informationen zu den Exponaten bilden dabei ein vielfältiges, kritisches Spektrum der Geschichte ab. Als Deutsch-Ostafrika war Tansania zusammen mit dem heutigen Burundi und Ruanda sowie einem Teil Mosambiks von 1885 bis 1918 eines der deutschen Schutzgebiete in Afrika. Das Humboldt-Forum, das es sich zum Auftrag gemacht hat, die „gewaltvolle Geschichte des Kolonialismus sowie aktueller Kolonialitäten“ kritisch zu hinterfragen, wird dabei – so ist zu erwarten – die deutsche Kolonialrolle in keinem guten Licht erscheinen lassen. tws

MISSTRAUENSVOTUM

Am Ende fehlten zwei Stimmen

Vor 50 Jahren scheiterte die Wahl Rainer Barzels zum Bundeskanzler – Unionsabgeordnete ließen sich von der Staatssicherheit kaufen

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 27. April 1972 wurde der Sturz des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt erwartet. Die Unionsparteien hatten das erste konstruktive Misstrauensvotum der Bundesrepublik in die Wege geleitet. Die Unterstützung des Antrags durch eine knappe, aber ausreichende Anzahl von Abgeordneten galt als sicher.

Umso größer war die Überraschung, als Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel nach der Auszählung verkündete: „Ich stelle fest, dass der von der Fraktion der CDU/CSU vorgeschlagene Dr. Barzel die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht erreicht hat.“ Ein Fernsehsprecher kommentierte die Reaktion des CDU-Vorsitzenden und gescheiterten Kanzlerkandidaten Rainer Barzel treffend mit den Worten: „Er schüttelt den Kopf, als verstehe er die Welt nicht mehr.“

Barzel rechnete mit 250 Stimmen

Die Ostpolitik der seit Oktober 1969 regierenden sozialliberalen Koalition hatte von Anfang an polarisiert. Regierungsseitig wurde von Entspannung und notwendiger Anerkennung von Realitäten gesprochen, verbunden mit dem Verschieben der Einheit Deutschlands in eine diffuse Ferne. Die Frontstellung der 1950er Jahre hatte sich in gewisser Weise umgekehrt. Vor allem zu Zeiten des Oppositionsführers Kurt Schumacher hatten sich die Sozialdemokraten als Anwalt der Nation gegeben, während Bundeskanzler Konrad Adenauer mit seiner Westbindungspolitik andere Prioritäten setzte. Nun war es die oppositionelle Union, aus deren Reihen es hieß, man verwehre sich gegen Verzicht und Preisgabe. So zumindest das nach Außen vermittelte Bild, über die Stellung zu den Ostverträgen gab es innerhalb der Christdemokraten starke Differenzen.

Dennoch sollten die Auseinandersetzungen um die Ostverträge den Ansatzpunkt des Vorhabens bilden, die sozialliberale Regierung abzulösen. 1970 waren



Nach der Abstimmung: Der Verlierer Rainer Barzel gratuliert dem Sieger Willy Brandt (v.l.)

Foto: pa

der Warschauer Vertrag, der die Oder-Neiße-Linie als Grenze de facto fest schrieb, sowie der Moskauer Vertrag ausgehandelt worden. Ende Februar 1972 begann im Bundestag die Ratifizierungsdebatte, in der die Union rhetorisch schweres Geschütz auf fuhr.

Barzel brauchte 249 Stimmen

Brandts Koalition hatte von Anfang an nur über eine Mehrheit von einem Dutzend Stimmen verfügt. Schon Ende 1970 hatten, nicht nur wegen der Ostpolitik, drei FDP-Abgeordnete – Erich Mende, Kurt Starke und Siegfried Zoglmann – die Partei verlassen. Ihre Stimmen standen nun der CDU/CSU-Fraktion zur Verfügung, im Lauf der Zeit traten alle drei

auch den Unionsparteien bei. Von der SPD zur CDU wechselte nicht nur Klaus-Peter Schulz, der als Berliner Abgeordneter allerdings kein Stimmrecht hatte, sondern Anfang 1972 auch Herbert Hupka. Dem Präsidenten der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen war es unmöglich, die sozialliberale Ostpolitik mitzutragen. Als am 23. April 1972 abermals ein FDP-Abgeordneter seine Fraktion verließ, zwei weitere Liberale erklärt hatten, mit den Christdemokraten zu stimmen und zudem das Votum eines unzufriedenen SPD-Parlamentariers sicher schien, beantragte die Union am 25. April 1972 die Ersetzung Brandts durch Barzel über ein konstruktives Misstrauensvotum. Die Abstimmung

erfolgte zwei Tage später. Barzel rechnete fest mit 250 Stimmen, 249 hätte er gebraucht, bekommen hat er lediglich 247.

Die Vermutung, dass die Abstimmung beeinflusst wurde, war schnell zur Hand. Als gesichert darf gelten, dass der CDU-Abgeordnete Julius Steiner gekauft war. Er behauptete später, vom parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Karl Wienand 50.000 D-Mark erhalten zu haben. Markus Wolf, Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung der DDR-Staatssicherheit, erklärte nach der deutschen Vereinigung, er habe Steiner die 50.000 Euro zahlen lassen, schließt aber nicht aus, dass dieser doppelt kassierte.

Zeitnahe Gerüchte gab es auch bezüglich des CSU-Abgeordneten Leo Wagner,

aber erst die jüngere Forschung geht davon aus, dass die DDR auch ihm 50.000 D-Mark zahlte. Dort hatte man wie im Ostblock insgesamt großes Interesse daran, die Regierung Brandt im Amt zu halten.

Barzel bekam 247 Stimmen

Vieles im Zusammenhang mit Barzels Niederlage wird ungeklärt bleiben. Da wäre etwa der Hinweis eines ehemaligen KGB-Agenten, der sowjetische Geheimdienst habe Brandts Staatssekretär Egon Bahr eine Million D-Mark für Bestechungszwecke zur Verfügung stellen wollen, was Bahr allerdings zurückgewiesen haben soll.

Mende war, lange Zeit zuvor, von der Staatssicherheit ohne sein Wissen „abgeschöpft“ worden, damit wurde er vor dem Misstrauensvotum erpresst. Er bestritt aber später, Barzel die Stimme verweigert zu haben.

Brandt schrieb in seinen „Erinnerungen“, der SPD-Schatzmeister Alfred Nau habe ihm vor der Abstimmung „beiläufig gesagt“, er glaube, „daß alles gutgehen werde“. Angesichts der zu erwartenden Niederlage war das eine seltsam anmutende Aussage, es sei denn, Nau war besser informiert. Brandt will jedoch auch im Nachhinein „keinen Grund“ gesehen haben, dem Ganzen „eine geheimnisvolle Bedeutung zuzumessen“.

Der gebürtige Ostpreuße Barzel wurde nicht Kanzler, auch nicht nach der vorgezogenen Bundestagswahl vom 19. November 1972. Die Sozialdemokraten verbuchten mit fast 46 Prozent das beste jemals erreichte Ergebnis, die verlorengegangene Mehrheit konnte wieder hergestellt und ausgebaut werden. Die Ostverträge hatte die Union, uneinig und politisch taktierend, bereits im Mai 1972 im Bundestag passieren lassen. Nur sehr wenige ihrer Parlamentarier stimmten dagegen, der größte Teil enthielt sich. Sozialliberale Koalitionen sollten weitere zehn Jahre die Bundesrepublik regieren. Beendet wurde diese Ära durch ein zweites, dieses Mal erfolgreiches konstruktives Misstrauensvotum. Im Oktober 1982 wurde der SPD-Kanzler Helmut Schmidt durch den CDU-Politiker Helmut Kohl abgelöst.

JOHANN FRIEDRICH STRUENSEE

Der deutsche Arzt herrschte 16 Monate in Dänemark

Unter dem Richtbeil endete vor 250 Jahren das Leben des Reformers – Seine Vorhaben stellen sich als ambivalent dar

Johann Friedrich Struensee stieg vom städtischen Amtsarzt zum Leibarzt des dänischen Königs Christian VII. auf, wurde Geliebter der Königin Caroline Mathilde und war von Anfang September 1770 bis Mitte Januar 1772 de facto Alleinherrscher in Dänemark. In dieser Zeit nahm er nichts weniger in Angriff als die Umgestaltung des gesamten Staates.

Der am 5. August 1737 in Halle geborene Sohn eines späteren Generalsuperintendenten wurde pietistisch erzogen und hatte frühzeitig das Medizinstudium absolviert. Bereits 1758 war er Stadtphysikus in Altona, das damals der dänischen Krone unterstand. Intensiv beschäftigte er sich mit den Enzyklopädisten. Das aufklärerische Gedankengut teilte er mit dem Offizier Schack Carl von Rantzau, der ihn als Arzt für Christian VII. auf dessen Europareise 1768 vermittelte. Der dänische König war geistesschwach und regierungsunwillig.

Nach der Reise wurde Struensee von Christian VII. zum Leibarzt ernannt und

erhielt den Titel „Königlicher Vorleser“. Beständig drängte Struensee nach mehr Einfluss. Schlüssel war die Nähe zum König. Zupass kam ihm das Kongelov, das dänische Königsgesetz, gemäß dem der Regent als absoluter Monarch jede Entscheidung allein treffen musste. Der König unterschrieb von Struensee verfasste Gesetze und ernannte ihn im Juli 1771 zum Geheimen Kabinettsminister. Damit konnte Struensee Kabinettsverordnungen im eigenen Namen erstellen. Ob es sich bei der vom König teils tolerierten, teils ignorierten Beziehung Struensees zur Königin von dessen Seite um eine Herzensangelegenheit handelte oder der daraus resultierende politische Spielraum Antrieb war, ist umstritten.

Der in der Verwaltung unerfahrene Mediziner hatte innerhalb kürzester Zeit sowie ohne Rücksicht auf das Bestehende eine Vielzahl von Institutionen aufgelöst und war bestrebt, das Land völlig neu zu organisieren. Auch Preußen war ihm Vorbild. Sparsamkeit, Pressefreiheit

und Vergabe der Ämter nach Fähigkeiten waren nur einige Aspekte seiner Reformpolitik im Sinne der Aufklärung. Die Bildung, das Steuer- und Rechtswesen sowie die Landwirtschaft hatte er ebenso im Blick. Über 600 Gesetze und Verordnungen brachte er auf den Weg.



Johann Friedrich Struensee

FOTO: WIKIMEDIA

Struensee entfernte eine Reihe von Funktionsträgern, so den als „Prinzipalminister“ bezeichneten Johann Hartwig Ernst Graf von Bernstorff. Als Unterhalter des Königs setzte er statt des Hofmarschalls Conrad Holck einen Altonaer Freund ein. Ein ehemaliger Kommilitone wurde Bürgermeister von Kopenhagen, seinen finanzpolitisch versierten Bruder Carl August, der später preußischer Minister werden sollte, zog er ebenfalls heran.

Zu den Feinden, die sich Struensee durch seine Personalpolitik geschaffen hatte, kam eine sich steigernde Unbeliebtheit bei der Bevölkerung. Seine im Rückblick oft als „fortschrittlich“ bezeichneten Reformen hatten etliche Schattenseiten. So brachen etwa durch die von ihm beendete merkantilistische Schutzzollpolitik die dänischen Manufakturen zusammen. Sein selbstherrliches Auftreten, die Tatsache, dass er kein Dänisch sprach, und der verbreitete Widerwille gegen seine Verbindung mit Ca-

roline Mathilde gaben einer Verschwörung zusätzlichen Rückhalt. Am 17. Januar 1772 wurde er verhaftet, der lenkbare König unterzeichnete im Nachhinein die Befehle. Ein Prozess endete mit dem Todesurteil. Am 28. April 1772 wurde Struensee geköpft und zerstückelt, die Leichenteile stellte man auf Rad und Pfahl zur Schau. Die Königin wurde verbannt. Die meisten Reformen Struensees wurden rückgängig gemacht, allerdings später erneut durchgeführt.

Sein Leben bot reichlich Stoff für Literatur, genannt sei etwa der Roman „Der Besuch des Leibarztes“. Mehr noch als in der Wissenschaft dominiert in der künstlerischen Verarbeitung ein positives Bild seiner Politik, gern wird die Beziehungsgeschichte ausgeschmückt. Diese hatte zumindest ein greifbares Ergebnis. Struensee gilt als leiblicher Vater der dänischen Prinzessin Louise Auguste, damit wäre er ein Vorfahr der letzten Deutschen Kaiserin und Königin von Preußen Auguste Viktoria. E.L.

KAISER-WILHELMS-UNIVERSITÄT STRASSBURG

Eine Art deutsche Modelluni

Vor 150 Jahren wurde die Alma Mater in der Landeshauptstadt des Reichslandes Elsaß-Lothringen wiedererrichtet

VON BODO BOST

Nachdem die Französische Republik als Folge des verlorenen Krieges gegen Deutschland von 1870/71 das Elsaß an das Deutsche Reich abgetreten hatte, beschloss Kaiser Wilhelm I., dass die durch „glänzende Vergangenheit ausgezeichnete Universität von Straßburg wiedererrichtet werden sollte“. Die Stiftungsurkunde wurde vom Kaiser am 28. April 1872 unterzeichnet.

Die Universität unterstand direkt dem Reichskanzler. Die Professoren und Lehrkräfte fühlten sich mehrheitlich „im Einsatz für das Reich“, es sollte eine Art deutsche Modelluni entstehen. Ein großer Teil der Bildungselite verließ das Elsaß Richtung Frankreich. Im nahen Nancy entstand eine „Straßburger Universität im Exil“. Allerdings bestanden in Straßburg zunächst noch einige französische Akademien weiter.

Am 1. Mai 1872 wurde die neue Universität eröffnet. Die Eröffnungsrede hielt der erste Rektor, der evangelische Theologieprofessor Johann Friedrich Bruch, der aus Pirmasens stammte, aber bereits seit 1821 in Straßburg wirkte.

Zum Motto der neuen Universität wurde der Spruch: „Litteris et patriae“. Im Zentrum standen Freiheit und Unabhängigkeit von Lehre und Forschung.

Die Wiederbegründung der Universität Straßburg wurde nicht nur in Deutschland begeistert aufgenommen. Auch aus England und den USA kamen viele Buchspenden, die größte allerdings kam aus dem Preußischen Staatsarchiv Königsberg mit 70.000 Dubletten. Noch heute ist die „Bibliothèque nationale et universitaire de Strasbourg“ eine der größten und bestbestückten deutschsprachigen Bibliotheken.

70.000 Dubletten aus Königsberg

Die Universität sollte an die völkerverbindende Tradition der alten Universität anknüpfen. Zum Organisator der Universitätsgründung wurde der liberale badi-sche Politiker Franz von Roggenbach ernannt. Er erhielt weitreichende Vollmachten und ein üppiges Budget. Die



1879 bis 1884 erbaut: Wilhelminisches Hauptgebäude der Universität Straßburg am Universitätsplatz

Foto: Jonathan Martz

In den knapp fünf Jahrzehnten der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich hat die Universität mehr Nobelpreisträger hervorgebracht als in den seitdem vergangenen mehr als hundert Jahren

neue Einrichtung erhielt vier Fakultäten, eine protestantisch-theologische, eine rechtswissenschaftliche, eine medizinische und eine philosophische. Zu Letzterer gehörten auch Naturwissenschaften und Mathematik, die später ausgegliedert wurden. Roggenbach berief Geistesgrößen aus ganz Deutschland nach Straßburg. Neue Fächer wie Pharmazie, Ägyptologie, Musikwissenschaft, Kunstwissenschaft, Christliche Archäologie, Anglistik oder Geschichte und Staatsentwicklung der USA wurden erstmals mit Lehrstühlen ausgestattet.

Fast alle neu Berufenen waren protestantischer oder jüdischer Konfession, obwohl das Reichsland zu mehr als drei Vierteln katholisch war. Die Universität wurde damit zu einer protestantischen Enklave im überwiegend katholischen Reichsland,

und dies erschwerte ihre Akzeptanz. Als Nachteil erwies sich auch die räumliche Trennung der Fakultäten, die medizinische musste in der Nähe des Bürgerhospitals innerhalb der Altstadt angesiedelt werden, während die Natur- und die Geisteswissenschaften außerhalb der Altstadt auf den eingerissenen Festungsanlagen errichtet wurden.

Mit dem Ausbau der Universität ging eine gewaltige Stadterweiterung einher, welche die räumliche Besiedlungsfläche der alten Reichsstadt mehr als verdoppelte. Die Ausstrahlung der neuen deutschen Universität war so groß, dass immer mehr Elsässer begannen, dort zu studieren. Sogar der französische Bildungsminister Jules Ferry besuchte nicht nur die Universität, sondern schwärmte auch von ihr, besonders von der medizinischen Fakultät.

Die Universität blieb bis 1918 die einzige von den Deutschen ins Leben gerufene Anstalt, welcher die Elsässer ihre Anerkennung nicht versagten.

Selbst Jules Ferry schwärmte von ihr

Die katholische Kirche, ein Hort des Widerstandes gegen die vom protestantisch geprägten Reich wiedererrichtete Universität, lehnte die Gründung einer katholisch-theologischen Fakultät zunächst ab. Ab dem Wintersemester 1903/04 nahm indes trotzdem eine katholisch-theologische Fakultät ihren Betrieb auf. In Frankreich verlor die Kirche mit der Trennung von Kirche und Staat 1905 alle Bildungseinrichtungen. Heute ist Straßburg die einzige theologische Fakultät in Frankreich in staatlicher Trägerschaft.

1898 war Straßburg mit knapp über 1000 Studenten die vierzehntgrößte deutsche Universität. Gemessen an der Größe des Lehrkörpers lag sie sogar an achter Stelle. Am 2. Mai 1877 besuchte Kaiser Wilhelm I. erstmals die Universität und gewährte ihr das Recht, den Universitätsnamen in „Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg“ zu ändern.

Nachdem die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs durch den Waffenstillstand von Compiègne vom 11. November 1918 beendet worden waren, besetzte französisches Militär Ende November Straßburg. Anfang Dezember untersagten die französischen Besatzer die Fortführung des Universitätsbetriebes. Die 1872 deutschen Mitarbeiter und Professoren, darunter auch Albert Schweitzers jüdischer Schwiegervater, der Ordinarius für Mittelalterliche Geschichte Harry Bresslau, mussten die Universität und das Elsaß verlassen. Im Restreich wurde die Tradition der Universität Straßburg von der Universität Frankfurt am Main fortgeführt.

Das Deutsche als Hochsprache des Elsässers hat anders als zwischen 1621 und 1793 seit 1918 jeglichen Status als Unterrichtssprache an der französischen Universität verloren. Daran hat auch der 1963 zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland geschlossene Élysée-Vertrag nichts geändert.

GEORGIJ ROMANOW

Ein Hohenzoller auf dem Zarenthron?

Die Ansprüche des Deutsch-Russen sind nicht unumstritten

Der derzeitige Favorit auf den russischen Zarenthron ist Georgij Romanow. Der 41-Jährige ist ein Sohn von Franz Wilhelm Prinz von Preußen, der seinerseits ein Urenkel des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Wilhelm II., ist. Georgij Romanows Mutter ist die seit 1976 mit seinem Vater verheiratete Maria Romanowa, die ihrerseits eine Tochter des 1992 verstorbenen Wladimir Romanow ist. Letzterer war ein Urenkel des russischen Zaren Alexander II. und ein Großneffe Zar Alexanders III., und sein Anspruch auf den russischen Zarenthron wurde zu seinen Lebzeiten von kaum einem Monarchisten in Frage gestellt.

1992 starb Wladimir Romanow, und dessen Tochter Maria Romanowa wird seitdem von vielen in Russland als legitime Erbin der Zarenkrone angesehen. Ihr Sohn Georgij wird in manchen russischen politischen Kreisen als ihr zukünftiger Erbe betrachtet.

Georgij Romanow hat in Oxford studiert und einen Großteil seines Lebens

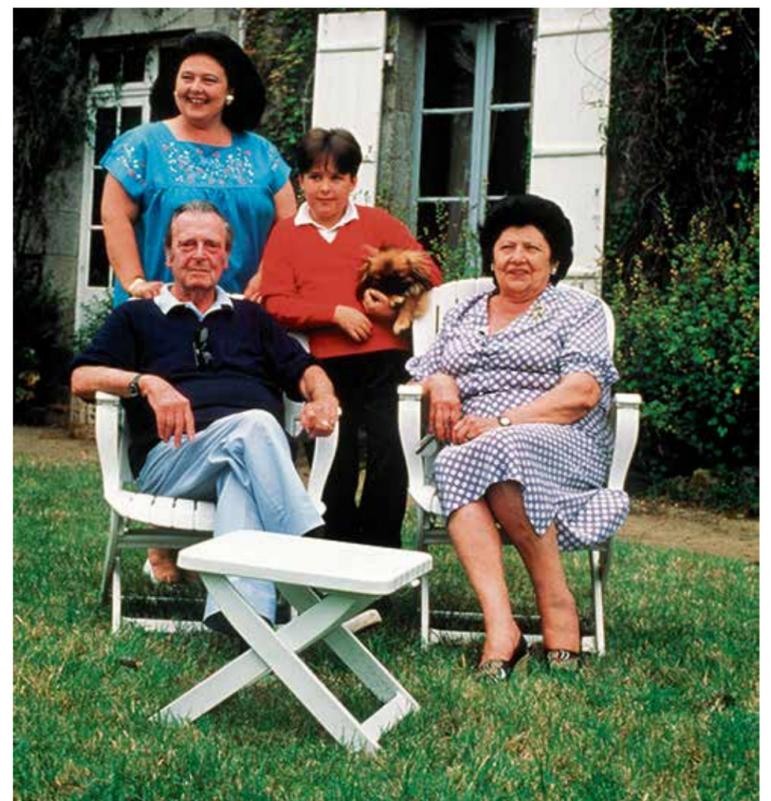
in Frankreich verbracht. Eine Zeitlang war er beim russischen Bergbaugiganten „Norilsk Nickel“ tätig. Außerdem hat er im Europäischen Parlament in Brüssel gearbeitet. Dort lernte er auch seine Frau kennen. Vorgangenes Jahr schlossen er und Rebecca Virginia Bettarini in der Isaakkathedrale in Sankt Petersburg den Bund der Ehe. Zu den Hochzeitsgästen gehörten neben Oligarchen auch Maria Sacharowa, seit 2015 Leiterin der Abteilung für Information und Presse des Außenministeriums der Russischen Föderation und Xavier Bettel, seit 2013 Premierminister des Großherzogtums Luxemburg und über seine russische Mutter mit den Rachmaninows verwandt. Das Ehepaar hat seinen Wohnsitz in der Nähe des Moskauer Kremls.

Allerdings erkennt ein Teil der Romanows Georgij Romanow nicht als Thronerben an, teilweise weil sein Vater ein Hohenzoller und kein Romanow ist, teilweise, weil der Anspruch seiner Mutter auf den Thron bestritten wird. Dafür, dass der

Anspruch seiner Mutter auf den Thron bestritten wird, gibt es auch wieder zwei Argumentationen.

Zum einen sind nach dem Hausgesetz der Romanows weibliche Familienangehörige von der Thronfolge ausgeschlossen, und Maria Romanowa ist zweifellos eine Frau. Allerdings sind nach diesem Hausgesetz auch alle Romanows ausgeschlossen, die nicht-ebenbürtige Ehen eingegangen sind oder aus solchen stammen. Und dies ist bei allen anderen lebenden männlichen Romanows der Fall.

Zum anderen sprechen einige Romanows auch Maria Romanowa ab, einer ebenbürtigen Ehe zu entstammen. Ihre Mutter aus dem Haus der Bagration sei nämlich keine ebenbürtige Ehepartnerin für einen Romanow gewesen. Fakt ist, dass Leonida Bagration-Muchrankskaja als Angehörige des vormaligen georgischen Königshauses keiner regierenden Dynastie entstammte, denn als sie 1914 in Tiflis zur Welt kam, war ihre Heimat bereits seit 112 Jahren von Russland annektiert. Bob



Im August 1991 in seinem Domizil in St. Briac in der Bretagne: Wladimir Romanow (l.) mit seiner Ehefrau Leonida, dahinter Tochter Maria und Enkelsohn Georgij

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der australische Ökonom Robert Springborg nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er von Ägypten spricht: Das Land „ist im Grunde genommen ein Bettlerstaat, der von Krediten lebt und der irgendwann unter seiner immensen Schuldenlast zusammenbrechen wird“. Und tatsächlich muss Ägypten inzwischen mehr als 30 Prozent seines Staatshaushalts zur Bedienung der aufgelaufenen Auslandsschulden verwenden. Gleichzeitig bietet es die höchsten Zinsen auf der Welt, um immer wieder an frisches Geld zu kommen. Das erinnert verdächtig an ein kriminelles Schneeballsystem.

Schuld an der Misere sind die Militärs, welche die eigentliche Macht im Lande haben und längst nicht mehr nur Truppen befehligen, sondern auch Wirtschaftsunternehmen. Sie drängen das zivile Unternehmertum Stück für Stück ins Aus, wobei vielfach mit unlauteren Mitteln gegen die Konkurrenz gekämpft wird. Das Ergebnis ist eine träge und zunehmend unproduktive Kommandowirtschaft.

Darüber hinaus giert das Militär ständig nach neuen, teuren Waffen. Allein im Januar dieses Jahres bestellte die Kairoer Regierung unter der Führung des Feldmarschalls a.D. Abd al-Fattah as-Sisi Kriegsgerät im Gesamtwert von vier Milliarden US-Dollar, darunter amerikanische Radarsysteme und südkoreanische Panzerhaubitzen.

Katastrophale Finanzdisziplin

Ansonsten verschleudert die ägyptische Führung jede Menge Geld für Prestigeprojekte, welche kaum ökonomischen Nutzen bringen. Dazu zählen die Erweiterung des Suez-Kanals um einen parallelen zweiten Strang und der Bau der „Neuen Verwaltungshauptstadt“ vor den Toren Kairo für 45 Milliarden Dollar, in der Ägypten 2036 als erster afrikanischer Staat Olympische Spiele ausrichten will.

Angesichts derartiger Ausgaben hilft es nur wenig, dass die Wirtschaft des Landes im letzten Quartal des Jahres 2021 um acht Prozent wuchs, wie die Ministerin für Planung und Wirtschaftliche Entwicklung, Hala Helmy El-Said, kürzlich stolz verkündete. Ebenso werden die freudig erwarteten Einnahmen aus den neu entdeckten Gasfeldern im Mittelmeer und dem Nildelta keineswegs ausreichen, um die katastrophale Finanzdisziplin Ägyptens zu kompensieren.

Aktuell leidet das Land zudem unter den Auswirkungen des Ukrainekrieges. Bislang bezog es rund 80 Prozent seines Getreides aus der Ukraine beziehungs-



Brotpreis könnte zum sozialen Sprengsatz werden: Einkauf auf einem Kairoer Markt Anfang des Monats

Foto: action press

ÄGYPTEN

Ein Pulverfass ohne Boden

Von korrupten Militärs ohnehin schon immer tiefer in die Krise gesteuert, drohen die Folgen des Ukrainekriegs das 100-Millionen-Land im Nahen Osten in die Katastrophe zu treiben

weise Russland. Nun steigen die Preise durch alternative Importe, was vor allem jenes Drittel der ägyptischen Bevölkerung trifft, das unterhalb der Armutsgrenze lebt. Dabei wird Brot bereits in erheblichem Maße subventioniert, damit es zu keinen Hungerunruhen kommt – bekanntlich resultierte der „Arabische Frühling“ auch aus der Teuerung bei Nahrungsmitteln. Jetzt steht die Regierung jedoch vor dem Problem, dass sie angesichts der Staatsverschuldung kaum noch in der Lage ist, die Subventionszahlungen in der bisherigen Höhe fortzuführen.

Angesichts all dessen droht Ägypten ein wirtschaftlicher und sozialer Kollaps, während regierungsnahen Ökonomen wie Ahmad Shams al-Din diesbezügliche Warnungen als völlig übertrieben hinstellen: Betrachte man das Verhältnis zwischen Schulden und Bruttoinlandsprodukt, ma-

che Ägypten eine bessere Figur als Marokko und die Türkei – zumal es ja auch zahlreiche Reformen gebe, deren Wirkung bald zu spüren sein werde.

Kollaps mit dramatischen Folgen

Allerdings dürfte der internationalen Gemeinschaft nicht damit gedient sein, dass Ägypten zusammenbricht und das gleiche Schicksal erleidet wie der Pleistestaat Libanon. Denn dann könnte ein weiterer Hort der Instabilität im östlichen Mittelmeerraum entstehen, in dem diesmal aber nicht sieben, sondern mehr als einhundert Millionen Menschen leben. Ganz abgesehen davon, dass Unruhen in der Region rund um den Suezkanal höchst fatale Folgen für die ohnehin schon schwer angeschlagene Weltwirtschaft hätten.

Deshalb gibt es nun allerlei Hilfsangebote. So sicherte Saudi-Arabien Anfang

April Finanzhilfen in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar zu, welche der Stabilisierung des Ägyptischen Pfundes dienen sollen, das zuletzt schwer unter Druck geriet, was die Nahrungsmittelimporte noch weiter verteuerte. Ebenso versprach das Emirat Katar fünf Milliarden Dollar – in diesem Fall in Form von Investitionen zugunsten der ägyptischen Wirtschaft. Die Vereinigten Arabischen Emirate signalisierten ihre Bereitschaft zu ähnlichen Schritten. Gleichzeitig wird Ägypten vom Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt. Der hat bereits Kredite in Höhe von 17 Milliarden Dollar gewährt, womit das nordafrikanische Land zum größten Schuldner des IWF nach Argentinien avancierte. Was Kairo aber nicht davon abhielt, jetzt um weitere Finanzspritzen zu bitten.

Nach Einschätzung von Experten wie Stephan Roll vom Deutschen Institut für

Internationale Politik und Sicherheit, das unter anderem die Bundesregierung berät, wird Ägypten diese wohl ebenso erhalten wie das frische Geld aus der arabischen Welt. Das Land am Nil sei einfach „too big to fail“, also ein Riese, der nicht fallen dürfe, weil das zu unabsehbaren Erschütterungen führen würde, die niemand riskieren wolle. „Deshalb pumpt man immer weiter Geld rein, in der Hoffnung, dass es irgendwie weitergeht“, so Roll.

Das Risiko hierbei liegt darin, dass es irgendwann doch nicht mehr funktioniert und der Kollaps später deutlich dramatischere Formen annimmt. Wobei der gescheiterte Staat dann zu allem Übel noch extrem hochgerüstet wäre, woran übrigens auch die Bundesregierung ihren Anteil hat. Denn diese genehmigte allein im Jahre 2021 Waffenlieferungen nach Ägypten im Wert von 4,34 Milliarden Euro.

SCHWARZER HUMOR

... wenn man trotzdem lacht

Galliger Witz ist in Kriegszeiten oft der einzige Ausweg für die gemarterte Seele

Humor war bereits in der Sowjetunion ein Mittel des Widerstands. Heute hilft er in der Ukraine, die Kriegskatastrophe auszuhalten und die Moral zu stärken. Der ukrainische Präsident Selenskyj war früher Kabarettist und wurde bekannt und beliebt, weil er sich über die Mächtigen seines Landes lustig gemacht hat.

Die besten Vorlagen für Witze bieten oft die, die überhaupt keinen Humor verstehen, die radikalisierten Fundamentalisten. Vor Tausenden von bewaffneten Soldaten, die sich auf einem Platz in der Hauptstadt Grosny versammelt hatten, verpflichtete sich der Präsident Tschetscheniens, Ramzan Kadyrow, am 25. Februar, die russischen Operationen in der Ukraine militärisch zu unterstützen. Es war eine nahezu perfekte Inszenierung, mit Ausnahme eines kleinen Details: Während seiner Rede trug Kadyrow deutlich erkennbar Lederstiefel von Prada, das

Modell „Monolith“ für 1250 Euro. Der tschetschenische Islamist wurde so zur idealen Vorlage für ein Foto, das viral ging mit der Bildunterschrift „Der Teufel trägt Prada“, als Anspielung auf den gleichnamigen Roman und Film.

„Don't worry, be happy“

Mehr denn je trifft im Krieg Tragik auf Komik. Humor hat im Krieg immer als Rettungsanker gedient. Man fühlt sich weniger allein, wenn man sieht, wie andere Menschen mit Sirenengeheul aufwachen, die gleichen Dinge erleben wie man selbst und darüber lachen, um das Ganze zu entdramatisieren. Viele Ukrainer erzählen jetzt in sozialen Netzwerken von ihrem Alltag und versuchen dabei, leicht und sogar lustig zu bleiben, wie das Opernorchester in Odessa, das vor einer Barrikade vor ihrem Opernhaus das Lied „Don't worry, be happy“ aufspielte. In Odessa

war und ist der 1. April als „Tag des Witzes“ ein offizieller Feiertag.

Auch Wortwitze bekommen jetzt eine wichtige Bedeutung. Die Ukrainer haben den Molotowcocktail in „Bandera smoothie“ umbenannt, um sich über Putin lustig zu machen, der sie als Banderiten bezeichnet, und damit Mitglieder rechtsradikaler und antisemitischer Organisationen meint.

Wenn man in der Lage ist zu lachen, dann ist man nicht in einem so schlimmen Zustand, dann kann man auch kämpfen. Humor ist auch ein Zeichen von Resilienz. Beispielsweise das Video einer Frau, die einen russischen Soldaten anspricht und ihm sagt: „Nehmen Sie diese Samen und stecken Sie sie in Ihre Taschen, dann wachsen wenigstens Sonnenblumen, wenn Sie hier einmal in der Erde liegen.“ Das ist der schwarze Humor des Krieges.

Seit Putin den Krieg in der Ukraine entfacht hat, verbreiten sich in Russland, um seine Opposition auszudrücken und die Zensur zu umgehen, viele aus der UdSSR bekannte satirische Kurzgeschichten wieder. Etwa: „Moskau hat Kiew angeboten, ein Treffen zwischen Putin und Selenskyj zu organisieren. Inoffiziellen Quellen zufolge haben die Arbeiten für den Bau des Tisches in Form eines ‚Z‘ bereits begonnen.“

Oder: „Putin ist in der Hölle, während eines Landurlaubs besucht er eine Bar in Moskau, bestellt einen Wodka und erkundigt sich, ob die Krim und die gesamte Ukraine noch ‚uns‘ gehören. Beruhigt durch die bejahenden Antworten des Barkeepers fragt er nach der Rechnung, ‚Fünf Euro‘, antwortet der Kellner.“

Selbst das legendäre Radio Eriwan, das seit der Unabhängigkeit Armeniens still geworden war, scheint in Putins Russ-

land eine Wiedergeburt zu erleben: „Frage an Radio Eriwan: Sollen wir dem Präsidenten Putin von der Lieferung von 5000 Helmen durch Deutschland an die Ukraine Mitteilung machen? Antwort: Nein, auf keinen Fall, er könnte sich totlachen.“ „Frage an Radio Eriwan: Stimmt es, dass das, was in der Ukraine passiert, ein Kampf um die Weltherrschaft zwischen Russland und der NATO ist, und wie ist der Stand in diesem Kampf?“ – „Russland hat 10.000 Soldaten, 100 Kampfflugzeuge und Hubschrauber, 500 Panzer, 1500 gepanzerte Fahrzeuge, drei Schiffe, 230 Geschütze und sechs Generäle verloren. Die NATO hat noch keinen Schuss abgegeben.“

Oder auch: „Frage an Radio Eriwan: Stimmt es, dass russische Medien und Influencer heute keinerlei staatlicher Zensur unterliegen?“ – „Im Prinzip, ja ...“
Bodo Bost



UKRAINEKRIEG

Litauen befürchtet russische Aggression

Moskau könnte ähnlich wie zur Krim eine Landverbindung zu Königsberg anstreben

VON BODO BOST

Litauen, Polen und Lettland haben gemeinsame Grenzen mit den beiden Staaten Weißrussland und Russland. Aber nur Litauen ist vertraglich verpflichtet, durch sein Gebiet den Transit zur russischen Exklave Königsberg zu gewährleisten. Gerade dieser Transit birgt jetzt das Risiko möglicher Provokationen von russischer Seite. Litauen werde seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen und den Personen- und Gütertransit mit der Bahn von Russland in das Königsberger Gebiet und umgekehrt reibungslos und ohne Unterbrechung gewährleisten, verlautetete es vom Innenministerium. Die Durchfuhr erfolgt im Einklang mit dem geltenden Abkommen zwischen der EU und Russland von 2002 und den darin festgelegten Verpflichtungen.

Allerdings wurde, um die Transitsicherheit zu erhöhen, nach Kriegsbeginn in der Ukraine beschlossen, die Häufigkeit der Luftbegleitung von Transitzügen zu steigern, die Zahl der Polizeikräfte auf der Transitstrecke zu erhöhen und das Überwachungssystem auf der Transitstrecke auszubauen. Unbefugtes Verlassen von Zügen, Zufahrten ohne Genehmigung und der Einsatz militärischer Formationen in Zügen sind streng verboten, das will Litauen kontrollieren. Derzeit fahren täglich durchschnittlich vier Züge und etwa 100 Fahrgäste durch Litauen ins Königsberger Gebiet. Vor der COVID-19-Pandemie lag diese Zahl bei 700 Passagieren pro Tag.

Die Bewegung der Transitzüge durch das litauische Hoheitsgebiet wird mit Hilfe von mobilen Objektüberwachungsgeräten kontrolliert. Bei der Einfahrt nach Litauen wird ein spezielles Gerät am Zug angebracht, das die Geschwindigkeit, die Haltestellen und andere Informationen aufzeichnet, die von den Beamten in Echtzeit eingesehen werden. Der militärische Schienentransit durch das litauische Hoheitsgebiet wird vom Bewegungszentrum der litauischen Streitkräfte beobachtet, dessen Offiziere die Passagiere



Litauen gewährleistet den Transit ins Königsberger Gebiet: Grenzübergang Eydtkuhnen/Kibarten Foto: imago images/ITAR-TASS

re bei der Einfahrt des Zuges in Litauen überprüfen und feststellen, ob sich unter ihnen Soldaten befinden. Bei einem außerplanmäßigen Zughalt im litauischen Hoheitsgebiet startet sofort ein Hubschrauber zum Ort des Geschehens.

Kein Gasimport aus Russland

Litauen wird zudem kein russisches Gas mehr importieren, um seinen Inlandsbedarf zu decken. Es ist damit der erste Staat in Europa, der seine Unabhängigkeit von russischen Lieferungen gesichert hat, obwohl das Land bis zum Jahr 2000 100 Prozent seines Gases aus Russland bezog. Das gesamte Erdgas für den litauischen Inlandsverbrauch werde nun über das Flüssig-erdgas-Importterminal im Hafen von Memel eingeführt, teilte das Ministerium mit. Litauen bricht „die Energiebeziehungen mit dem Aggressor“

ab. Nur der Gastransport durch Litauen ins Königsberger Gebiet läuft weiter. Wenn Russland Gasverträge mit der EU bricht, könnte Litauen mit einem Gasstopp nach Königsberg antworten.

Schon im Jahre 2014, als Deutschland gerade mit dem Bau der Nordstream-2-Gaspipeline begann, baute Litauen sein erstes LNG-Terminal in Memel, die damalige Präsidentin Dalia Grybauskaitė hatte Russlands „Aggression im Donbass“ als „existenzielle Bedrohung“ für das Land interpretiert, während deutsche Politiker keinen Handlungsbedarf sahen.

Viele Litauer fürchten, dass Russland auch ihr Land bald angreifen könnte, um über die „Suwalki-Lücke“ eine Landverbindung über Weißrussland ins Königsberger Gebiet herzustellen, wie es Putin jetzt in der Ukraine mit der Krim getan hat. Die „Suwalki-Lücke“ ist die nur 100

Kilometer lange polnisch-litauische Grenze. Sie liegt zwischen der hochgerüsteten russischen Exklave Königsberg und dem mit Russland verbündeten Weißrussland.

Tägliche Übungen für den Ernstfall

Für die Sicherheit im Suwalki-Korridor ist die Litauische Schützen-Union in Schaulen zuständig. Dieser paramilitärische Verband entstand 1919, als Polen die litauische Hauptstadt Wilna besetzte und dem polnischen Staat einverleibte. In der Sowjetzeit war der Verband verboten, und viele seiner Mitglieder landeten im Gulag. Nachdem Litauen seine Unabhängigkeit wiedergewonnen hatte, entstand die Schützen-Union von Neuem – als heute größte zivilgesellschaftliche Organisation Litauens. Die litauischen Schützen üben jetzt täglich für den Kriegsfall und den Kampf als Partisanen.

MELDUNGEN

Speditionen vor dem Aus

Königsberg – Das fünfte Sanktionspaket der EU gegenüber Russland trifft die Spediteure des Königsberger Gebiets besonders hart. Etwa hundert Unternehmen, die jeweils mindestens zwei bis drei Lkw betreiben, stehen vor dem Aus, weil ihnen schlichtweg die Aufträge fehlen. Der Großteil der Speditionen hatte bisher Fuhren vom Gebiet der EU ins Königsberger Gebiet transportiert. Das nördliche Ostpreußen ist besonders Import-abhängig. Ein Großteil der Produktion für die Russische Föderation wird aus importiertem Rohmaterial hergestellt. Ein Beispiel sind Konservendosen aus Lettland. Nur ein Drittel der Königsberger Spediteure unternahm bereits vor Verhängung der Sanktionen Fuhren in die Russische Föderation. Mit einem Appell an die Regierung fordern sie nun Ersatzaufträge und zinslose Kredite, um zu überleben. Aufträge wurden zwar schon vergeben, aber sie reichen nicht für alle aus. Wegen der Konkurrenz um Aufträge sind die Einnahmen um die Hälfte eingebrochen. MRK

Achterbahn und Camping

Angerapp – Am Rande des Kreises Angerapp soll ein neues Touristenzentrum für alle Jahreszeiten entstehen. Ein Investor hat bereits ein Grundstück mit alten Gebäuden gekauft. Dort möchte er Rollschuhbahnen, eine Achterbahn für Kinder sowie einen Campingplatz und ein Hotel bauen. Die Realisierung der Vorhaben hängt noch von der Unterstützung aus verschiedenen Programmen zur Tourismusförderung ab. Der Campingplatz soll jedoch schon im kommenden Jahr eröffnet werden. Zuvor war der Bau eines Skifahrerkomplexes in Karmitten geplant gewesen, doch das Vorhaben konnte nicht umgesetzt werden. MRK

KÖNIGSBERG

Umfangreiche Straßenmodernisierung in der Pregelmetropole

Bestehende Verkehrswege werden saniert und ausgebaut – Neue Zufahrtsstraßen in Neubaugebiete entstehen

Im Königsberger Gebiet hält sich derzeit das Frühlingswetter, sodass in der Pregelmetropole umfangreiche Reparaturarbeiten an den Straßen der Stadt in Angriff genommen wurden. In diesem Jahr sind umfangreiche Straßenreparaturen geplant, die sowohl Haupt- als auch Nebenstraßen sowie Gassen in den Außenbezirken der Stadt betreffen. Die großen Verkehrsachsen, über die täglich Tausende Autos in die Stadt rollen, sollen ebenfalls nicht vernachlässigt werden. Nicht nur Autofahrer, sondern auch Fußgänger müssen sich auf Behinderungen einstellen, da viele Asphaltierungsarbeiten anstehen.

Vom Zentrum bis zum Stadtrand

Arbeiten finden bereits in der Brahmsstraße in der Nähe des Schauspielhauses, in der Gromowa-Straße und in der Hufenallee [Prospekt Mira] statt. Die meisten Straßen im Stadtzentrum werden im

zweiten und dritten Quartal dieses Jahres instandgesetzt. Bis Ende 2022 soll die

Hauptzufahrtsstraße zum Stadtteil Kosmodemjanskij ausgebaut werden, da die



Hufenallee: Die Bauarbeiten schreiten voran

bisherige Straße den Verkehr aufgrund der rasanten Entwicklung des Wohnungsbaus in dem Stadtteil nicht mehr bewältigen kann.

Neue Radwege

Im Rahmen des Konzepts zur Verbesserung des Königsberger Zentrums wurden umfangreiche Reparaturarbeiten in der Luisenallee [Komsomolskaja-Straße] abgeschlossen. Eine Reihe weiterer Straßen soll bis 2023 im Rahmen desselben Konzepts umgestaltet werden. Geplant sind auch die Ausbesserung der Bürgersteige, der Bau einer eigenen Fahrradspur und die Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

Für die aktuellen Straßenreparaturen gibt es zwei Gründe: Erstens geht es um die geplante Erneuerung des Straßenbelags im Rahmen der Finanzierung des nationalen Projekts „Sichere und hochwertige Straßen“ und zum zweiten um den

Ausbau bestehender sowie den Bau neuer Straßen aufgrund der intensiven Entwicklung der Stadt.

In den kommenden Jahren plant die Stadtregierung, etwa drei Dutzend Straßen zu sanieren, zu reparieren oder von Grund auf neu zu bauen.

Im Königsberger Gebiet gibt es vielerorts eine rückständige Verkehrsinfrastruktur, und aufgrund einer aktiven Wohnungsbauentwicklung hat das Gebiet einen enormen Nachholbedarf. Dies gilt insbesondere, da neue Häuser nicht nur in Neubaugebieten entstehen, zu denen neue Straßen gebaut werden müssen, sondern auch im Stadtzentrum viele Bauprojekte in den Höfen bestehender Häuser durchgeführt werden. Infolgedessen belastet das stetig wachsende Verkehrsaufkommen die Verkehrsinfrastruktur. Die derzeitigen Straßen sind dem nicht mehr gewachsen. Jurij Tschernyschew

Foto: J.T.

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Rohde, Carla, geb. **Schween**, aus Wehlau, am 26. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schikorra, Willy, aus Schwalgen-dorf, Kreis Mohrungen, am 22. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bo-bern, Kreis Lyck, am 26. April

Fröhlich, Edith, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April

Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, von-Mackensen-Stra-ße 2, am 25. April

Montro, Hildegard, geb. **Slem-bek**, aus Magdalenz, Kreis Neiden-burg, am 26. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gorray, Johanna, geb. **Chmielew-ski**, aus Kutzburg, Kreis Ortels-burg, am 22. April

Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

Sondermann, Else, geb. **Lusga**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April

Weber, Hildegard, aus Talken, Kreis Lyck, am 24. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bleich, Hildegard, geb. **Kraffzik**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 25. April

Diestel, Inge, geb. **Wittke**, aus Wehlau, am 28. April

Fimpel, Hildegard, geb. **Drawert**, aus Eichhorst, Kreis Mohrungen, am 25. April

Friedrich, Anruth, aus Lyck, am 23. April

Pogoda, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 28. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. April

Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 24. April

Herrmann, Ruth, geb. **Metzdorf**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 26. April

Kammholz, Ursula, geb. **Preuß**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 24. April

Müller, Waltraud, geb. **Goetzie**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchnie-derung, am 27. April

Neumann, Gertrud, aus Langen-dorf, Kreis Wehlau, am 27. April

Nowotsch, Franz, aus Klausen, Kreis Lyck, am 25. April

Rogowski, Gerda, geb. **Bredlau**, aus Mohrungen, am 23. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baltruschat, Hanni, geb. **Bloch**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortels-burg, am 26. April

Bratsch, Ursula, geb. **Pauloweit**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April

Damrau, Erhardt, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 24. April

Dworak, Heinz, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 27. April

Gräper, Gertrud, geb. **Topeit**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 22. April

Kleinschmidt, Anneliese, geb. **Gritzuhn**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 28. April

Kupfer, Erna, geb. **Schwarzlos**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 27. April

Nemetz, Helmut, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 22. April

Obermüller, Eva, geb. **Wolff**, aus Wehlau, am 27. April

Puhmann, Ursula, geb. **Hollwitz**, aus Wehlau, am 26. April

Schulz, Franz, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 23. April

Volkman, Sieglinde, aus Treu-burg, am 27. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Benz, Edith, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. April

Garreis, Ilse, geb. **Müller**, aus Schnellwalde, Kreis Mohrungen, am 27. April

Hanke, Gerda, geb. **Mentowski**, aus Groß Gottswalde, Kreis Moh-rungen, am 25. April

Kellermann, Ruth, aus Lyck, am 23. April

Kesselhut, Ursula, geb. **Hoff-mann**, aus Pobethen, Kreis Fisch-hausen, am 23. April

Knihs, Gerhard, aus Siegenau, Kreis Johannisburg, am 24. April

Kröger, Charlotte, geb. **Dworak**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 28. April

Nicolai, Anni, geb. **Staschko**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 23. April

Scheu, Gertrud, geb. **Hoffmann**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Sczuplinski, Gertrud, aus Franke-nau, Kreis Neidenburg, am 28. April

Stauder, Christel, geb. **Haus-mann**, aus Gaffken, Kreis Fisch-hausen, am 22. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gers, Friedrich, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 22. April

Helwing, Rudi, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. April

Lagershausen, Eva, geb. **Nagait-schik**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 27. April

Narkus, Paul, aus Robkojen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April

Otto, Erich, aus Wehlau, am 28. April

Przygoda, Adelheid, geb. **Rilka**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Roth, Lilli, geb. **Grundmann**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. April

Schwagrzinna, Werner, aus Köl-mersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

Völler, Erika, geb. **Wolff**, aus Tut-schen, Kreis Ebenrode, am 25. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Adomeit, Gerhard, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 27. April

Breusch, Erwin, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 28. April

Eisold, Hannelore, geb. **Tesch-ner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 25. April

Fröhlich, Waltraud, geb. **Kromat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. April

Hantel, Elisabeth, geb. **Bahrdt**, aus Wehlau, am 22. April

Jahnert, Heinz, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 26. April

Keller, Inge, geb. **Dommasch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniede-rung, am 25. April

Märtens, Annemarie, geb. **Worm**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniede-rung, am 25. April

Pahlow, Edeltraut, geb. **Roma-nowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. April

Rothweiler, Irmgard, geb. **Ku-nick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. April

Thierfelder, Harald, aus Schlie-we, Kreis Mohrungen, am 27. April

Weichold, Elfe, geb. **Marzinow-ski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

Wylengowski, Emma, geb. **Wlod-zki**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 23. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartsch, Willi, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 25. April

Böhnke, Inge, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. April

Brandt, Margarete, geb. **Floeten-meyer**, aus Ebenrode, am 26. April

Flade, Inge, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 22. April

Heiser, Margot, geb. **Hermenau**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 24. April

Ilsinitz, Lieselotte, geb. **Kappus**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 27. April

Kluck, Gerda, geb. **Wellsand**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 25. April

Kostina, Elli, geb. **Ehlert**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. April

Kurzrock, Roseli, aus Hohen-walde, Kreis Heiligenbeil, am 25. April

Labodda, Helmut, aus Moithie-nen, Kreis Ortelsburg, am 22. April

Lewitzki, Horst, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. April

Maida, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. April

Müller, Klaus Herbert, aus Ku-ckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. April

Rieswick, Elly, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. April

Schiffers, Irmgard, geb. **Lawi-schus**, aus Trammen, Kreis Elch-niederung, am 25. April

Spalcke, Dr. Karl, aus Mohrun-gen, am 22. April

Tanski, Horst, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Vulp, Gisela, geb. **Ludorf**, aus Kö-nigsberg, am 23. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ahlswede, Renate, geb. **Sontow-ski**, aus Jeromin, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Barcik, Raymund, aus Finsterwal-de, Kreis Lyck, am 22. April

Brakemeier, Irmgard, geb. **Schmiegel**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. April

Brüllinger, Renate, geb. **Huntrie-ser**, aus Burgkampen, Kreis Eben-rode, am 22. April

Cott, Erika, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 25. April

Felsch, Eleonore, geb. **Stanke-witz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 25. April

Janssen, Eva, geb. **Gust**, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 25. April

Jarchow, Irmgard, geb. **Kowal-zik**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. April

Noetzel, Bruno, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 23. April

Pfeffer, Christa, geb. **Lüpke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 27. April

Schachtschneider, Gertrud, aus Gardienen, Kreis Heiligenbeil, am 24. April

Schäfer, Christel, geb. **Feuersen-ger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 26. April

Schmitz, Marie, geb. **Liss**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 24. April

Schulz, Otto, aus Tranaten-berg, Kreis Elchniederung, am 24. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alphenaar-Huget, Renate, geb. **Huget**, aus Wehlau, am 26. April

Bellmann, Elfriede, geb. **Wessel**, aus Wehlau, am 24. April

Bessel, Anita, geb. **Falk**, aus Zoh-pen, Kreis Wehlau, am 27. April

Bürgel, Waltraud, geb. **Przygoda**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Czinczel, Reinhard, aus Löff-kehof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April

Dempke, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 25. April

Dorowski, Edith, geb. **Friedrich**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. April

Gerlach, Horst-Werner, aus Lyck, am 26. April

Hösel, Gerda, geb. **Franz**, aus Jägersdorf, Kreis Wehlau, am 22. April

Kadgien, Fred, aus Neuhäuser, Kreis Fischhausen, am 23. April

Landau, Werner, Landsmann-schaft Kassel, am 28. April

Lange, Helene, geb. **Auringer**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 23. April

Minne, Vera, geb. **Krause**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. April

Oprotkowitz, Reinhold, aus Krup-pinnen, Kreis Treuburg, am 22. April

Palluck, Ulrich, aus Sieden, Kreis Lyck, am 27. April

Pentzek, Ingrid, geb. **Dannowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

Ponelis, Elly, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 27. April

ANZEIGE

Ostpreußentreffen
vom 10.6 bis 12.6.2022 in Wolfsburg!
3 Tage Busfahrt inkl. 2 Übernachtungen
und Halbpension. Ab: Wuppertal, Iserlohn,
Unna, Hamm, Gütersloh, Bielefeld, Her-
ford. Zum Ostpreußentreffen und Lüneburg
ins Ostpr. Landesmuseum.
Information: Tel. 0176 2220 1847
E-Mail: info@scheer-reisen.de

Rudat, Walter, aus Memel, Kreis Memel, am 25. April

Schmitz, Gertrud, geb. **Salewski**, aus Neidenburg, am 24. April

Selz, Rita, geb. **Anischewski**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 26. April

Synowzik, Gerhard, aus Wehlau, am 27. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Kodur, Ulrich, aus Mohrungen, am 22. April

Kött, Renate, geb. **Carl**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 23. April

Kraska, Brigitte, geb. **Kleebaum**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Krupke, Siegfried, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 28. April

Przygodna, Ingrid, geb. **Leimann**, aus Bärenbruch, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Schaefer, Rosemarie, geb. **Buci-lowski**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 27. April

Schwarz, Manfred, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 22. April

Ursinus, Erika, geb. **Karpa**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortels-burg, am 28. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Lange, Astrid, geb. **Neumann**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 25. April

Reinert, Wolf Dieter, aus Grün-fließ, Kreis Neidenburg, am 27. April

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 18/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 18/2022 (Erstverkaufstag 6. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 26. April**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt

23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)

1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Alexander von Humboldt

Stuttgart – Sonnabend, 7. Mai, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: Vortrag von Mario Kandil: „Alexander von Humboldt – einer der letzten Universalgelehrten“, erste Veranstaltung unserer diesjährigen Vortragsreihe. Wir wollen in diesem Jahr einen Neustart beginnen.

Mario Kandil aus Linnich ist freier Historiker und Publizist und beschäftigt sich nach einem Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaft in seinen Büchern und Aufsätzen vorwiegend mit dem Zeitalter der Glaubenskriege, der Ära der Französischen Revolution und Napoleons I., der Ära der Nationalstaaten, der Epoche der Weltkriege und der Zeit des Kalten Kriegs.

Preußen und die Wissenschaften – wie kann man in diesem Zusammenhang nicht an Alexander von Humboldt, einen der letzten Universalgelehrten, denken? Auch er blieb nicht vom linken Bildersturm verschont. Aus Anlass seines 250. Geburtstages im Jahr 2019 forderte eine „kritische Intervention“ die Umbenennung der Berliner Humboldt-Universität, weil ihr Namensgeber mittels seiner Forschungsreise durch Süd- und Mittelamerika doch nur die „weitere Ausbeutung der Kolonien“ legitimiert habe. Und „Spiegel online“ demontierte den Naturforscher: „Der gute Deutsche – wirklich?“ Der Referent stellt das großartige Lebenswerk Humboldts dagegen.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und

Bekanntesten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen

Nürnberg – Dienstag, 26. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1 (gegenüber Ende der U1): Treffen zum Thema „Bayern, Patenland der Ostpreußen“.



Hamburg
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Elchniederung

Hamburg – Dienstag, 10. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22549 Hamburg: Treffen der Gruppe mit Kaffeetafel, aktuellen Berichten und fröhlichem Begrüßen des langersehten Frühlings. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner unter Telefon (040) 5226122.



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Offenes Singen

Kassel – Donnerstag, 5. Mai, 15 Uhr: „Wie lieblich ist der Maien“, offenes Singen mit Dorothea Deyß.

Heimatchmittag

Wiesbaden – Sonnabend, 23. April, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Heimatchmittag „Erinnerungen an Zuhause“ mit Kaffee und Kuchen. Es gilt bei unseren Treffen die 2G-Regel (geimpft oder genesen) und eine Anmeldepflicht. Die Meldefrist ist bereits am 19. April verstrichen. Das nächste Treffen wird stattfinden, am Sonnabend, 21. Mai, 15 Uhr: Ein Nachmittag zur Maienzeit, Anmeldungen bis 17. Mai.



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Klopse-Essen

Braunschweig - Mittwoch, 22. April, 12 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a: Königsberger-Klopse-Essen.
 Wegen des nun schon zweimal ausgefallenen Gänsebraten-Essens im Dezember 2020 und 2021 laden wir Sie in diesem Monat zum Königsberger-Klopse-Essen ein. Wir bitten um Anmeldung.

Jahreshauptversammlung

Holzminden – Freitag, 29. April ist Jahreshauptversammlung mit anschließender Fortsetzung des Films „Alltag in Ostpreußen in den 1920er und 1930er Jahren.“



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Ankündigung

Oberhausen – Sonnabend, 7. Mai, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13: Delegiertentagung mit anstehender Neuwahl des Vorstandes. Als Vortragenden konnten wir wiederum den bekannten PAZ-Redakteur Hans Heckel gewinnen, er wird zur aktuellen politischen Lage referieren. *Jürgen Zauner*

Heimatchmittag

Bielefeld – Montag, 25. April, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“, Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Treffen der Ost- und Westpreußen.

Es wird uns allen sicher guttun, wieder einen gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde zu verbringen. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens. Es wird das Reiseprogramm für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 11. Juni in Wolfsburg vorgestellt. Zu erreichen ist das Restaurant mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“. Voranmeldung bitte bei Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026, oder Gertrud Riede, Telefon (05202) 5584.

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutschosteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Tele-

fon (0211) 1699134, Internet: www.g-h-h.de.

Donnerstag, 28. April, 19 Uhr: Nachholtermin „Die Deutschen in der Sowjetunion in der letzten Phase von deren Existenz 1985-1991“, Vortrag von Viktor Krieger.

Freitag, 29. April, 18 Uhr: Musikalische Lesung: „Die Revolution ist die Maske des Todes. Der Tod ist die Maske der Revolution.“ Dieses Zitat von Heiner Müller wirft Fragen auf, denen die Künstler, Alexandra Lachmann (Sopran), Elke Jahn (Gitarre) und Uli Hoch (Lesung), an diesem Abend nachgehen. Texte unter anderen von Heiner Müller, Gerulf Pannach, Günter Kotte, Musik von Hanns Eisler, Leo Brouwer, Wolf Biermann.

Sonnabend, 30. April, 16.30 Uhr: „Wir sind nicht Ahnenlos – 100 Jahre Familienforschung in der Region Düsseldorf“ Festakt und Jubiläumsausstellung.

Die Genealogie, allgemein Familien- oder auch Ahnenforschung genannt, liegt im Trend der Zeit und findet seit Jahren wachsendes Interesse und stetige Verbreitung. Dazu beigetragen haben auch die heute im Internet in großem Umfang zur Verfügung stehenden Quellen und Forschungsmöglichkeiten. Wer aber zu den Wurzeln seiner Familie vordringen will, kommt nicht um eigene Forschungen in historischen Amtsbüchern, Akten und Urkunden in den jeweiligen Archiven herum. Vielfältige

Hilfen und wertvolle Ratschläge dazu erhalten interessierte Bürgerinnen und Bürger beim Düsseldorfer Verein für Familienkunde und der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde. Erfahrene Familienforscherinnen und -forscher helfen ehrenamtlich dabei, die Familienvergangenheit methodisch zu erforschen, und das bereits seit mehr als 100 Jahren. Die für das Jubiläumsjahr 2021 geplanten Feierlichkeiten mussten pandemiebedingt auf dieses Jahr verschoben werden. Im Anschluss an den Festakt wird die Jubiläumsausstellung der Familienforscher, die bis zum 27. Mai zu sehen sein wird, eröffnet, in der zahlreiche Exponate die Geschichte von Familien und ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Vergangenheit im Raum Düsseldorf veranschaulichen.

Dienstag, 3. Mai, 19 Uhr: Königsberg erinnern. Versuch einer philosophischen Ortsbestimmung, Vortrag von Hans-Ulrich Baumgarten.

Über Königsberg sagt Immanuel Kant: „eine solche Stadt ... kann schon für einen schicklichen Platz zur Erweiterung sowohl der Menschenkenntnis als auch der Weltkenntnis genommen werden, wo diese, auch ohne zu reisen, gewonnen werden kann.“ Königsberg ist Kants Geburtsstadt, die er nie

Fortsetzung auf Seite 17



Kants gewinnt hier Menschen- und Weltkenntnis: Königsberg auf einer Aufnahme um 1897 *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
 Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BIELEFELDER REISE

Hauptziel war das Kulturzentrum Ostpreußen

Die Gruppe der Ost- und Westpreußen waren im herbstlichen Altmühltal und Ellingen

Unsere Reise mit Scheer-Reisen aus Wuppertal begann in Bielefeld bei sonnigem Wetter und 20 Reise-lustigen.

Der erste Halt war kurz hinter Nürnberg in Hilpoltstein in Mittelfranken. Die Stadtmauer und die alles überragende Burg aus der Staufer Zeit prägen das Stadtbild. Plätze und Straßen mit einer überwiegend mittelalterlichen Bebauung in Fachwerk und Stein, das Rathaus und die Kirche wirken wie aus einer anderen Zeit. Viele Städte dieser Gegend haben das Glück, in den Kriegsjahren von Zerstörung verschont geblieben zu sein.

Der Bus hatte ein kleine Extratour zum Service, so fuhren wir Passagiere an diesem Tag mit einem örtlichen Reisebus in die ehemalige Römer- und freie Reichsstadt Weißenburg. In Weißenburg gibt es eine Fülle an Museen und historischen Gebäuden und Plätzen, wie zum Beispiel die Römischen Thermen, den Limes und ein Römermuseum. Zeitgleich fanden die Weißenburger Kunsttage, eine Veranstaltung mit Ausstellungen und musikalischen Darbietungen, statt. Bei schönstem Sonnenschein konnte jeder seine Freizeit verbringen. Die Region Altmühl/Fränkische Alp ist weltbekannt für die vielen Steinbrüche mit Fossilien-funden im Juraschiefer, deshalb wird es auch Franken Jura genannt.

Eine Bus-Tagesfahrt bei schönstem Sonnenschein nach Eichstätt, die „Barocke Stadt“ an

der Altmühl, vorbei an vielen Steinbrüchen, führte auf einer kurvenreichen Straße in das tief in die Landschaft eingegrabene Altmühltal. Sehr schön war der Fußweg an der Altmühl entlang in die Altstadt. An der Touristeninformation trafen wir unseren Fremdenführer, der viel Interessantes über diese beeindruckende Stadt und ihre Bewohner erzählen konnte. Eichstätt beherbergt die einzige katholische Universität im deutschsprachigen Raum. Leider war der imposante Dom wegen Renovierung geschlossen. Anschließend fuhren wir durch die schöne Landschaft des Altmühltals nach Pappenheim.

Die liebevoll erhaltene Altstadt beherbergt Schlösser, ein Kloster, mehrere Kirchen, eine Vielzahl an historischen Gebäuden. Mitten in der Stadt auf einem Berg steht die imposante Burg Pappenheim. Bekannt wurde sie durch die Redewendung in Schillers Drama „Wallensteins Tod“: „Daran erkenn' ich meine Pappenheimer“, womit die Verlässlichkeit des Regimentes gemeint war. Die Gallus Kirche aus dem 9. Jahrhundert ist das älteste Gebäude und eine der ältesten Kirchen in Mittelfranken.

So schön das Altmühltal auch ist, unser Hauptreiseziel war das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, im Deutschordensschloss. Ausnahmsweise konnten wir an diesem Montag als einzige Gäste das Museum besuchen. Leider war



Immer wieder einen Besuch wert: Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen

der Direktor Wolfgang Freyberg verhindert, sodass die angekündigte Führung ausbleiben drohte, doch unser Fahrer Gerhard Scheer verfügt über große Kenntnisse von Ostpreußen und übernahm dann selbst die Führung. Er konnte viele Erklärungen und hilfreiche Informationen geben.

Die heimatlichen Ausstellungsstücke wie Bilder, Gegenstände aus Küche und Wohnzimmer, Bücher, Dokumente sowie schriftliche Berichte zu verschiedenen Themen sind sehr umfangreich und gut be-

schriftet. Beim Rundgang erzählten sich einige der Gäste zu entdeckten Dingen, wie etwa einem Spinnrad und gestickten Decken, von Erlebnissen aus der Heimat. Ja, da wurde die Erinnerung an das Vergangene sehr wach.

Die naturgetreue Nachbildung des Ermländischen Dorfes Wolfsdorf brachte einige Betrachter zum Schwärmen, ähnelt es doch dem eigenen Dorf. Die Nachbildungen des Rominter Jagd-Schlusses, der Hubertuskapelle und das Modell der Marienburg und viele weitere

Ausstellungsstücke erzählen dem Besucher von vergangenen Zeiten und dem kulturellen Erbe, das zu erhalten ist. Großes Interesse fand die Ausstellung „Essen in Ostpreußen“.

Ein echter Hingucker ist der lebensgroße ausgestopfte Elch, der vielen als Fotomotiv diente. Und auch die Ausstellung „Der Elch. Wildtier-Heimatsymbol-Werbekrone“ machte viel Freude.

Was viele Besucher überrascht, ist die Archivnutzung zur Recherche über Heimat und Fami-

liengeschichte auch für Privatpersonen.

Passend zur Ausstellung „Willkommen im Bernsteinland“ fand eine Glasvitrine im Eingangsbereich mit verkäuflichem Bernsteinschmuck bei einigen Damen großen Gefallen. Auch Bücher und Zeitschriften fanden viel Zuspruch. Bei dieser Gelegenheit, herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen um Brigitte Baur-Freund.

Im Anschluss fuhren wir zum Großen Brombachsee. Auf dem großen Stausee starteten wir zu einer großen Schiffs-Rundfahrt, und zwar mit dem imposanten Trimaran, der bis 1000 Personen befördern kann.

Die Heimreise verlief zügig. In Kassel machten wir eine größere Pause. Wir besichtigten den Herkules und die Wasserspiele im Bergpark Wilhelmshöhe, eine einzigartige Wasser-Spiel-Anlage hoch über dem Schlosspark Wilhelmshöhe. Von dort oben bietet sich dem Besucher eine atemberaubende Aussicht über die ganze Stadt. Nachdem die Reiseteilnehmer sich mit heißen Bockwürstchen und Kaffee aus der Bus-Bordküche gestärkt hatten, fuhren wir zum Endpunkt dieser schönen und erlebnisreichen Busreise nach Bielefeld.

Sehr erfreulich ist, dass auch Personen ohne Bezug zu Ostpreußen an dieser fünftägigen Reise teilgenommen haben.

Gerhard Scheer

Rätsel

Landwirt	familiär, heimisch	Farblosigkeit	falsch	Schwermetall	Abendland	echt; ehrlich	Platzmangel, Raumnot	streiten; schimpfen	Sparte, Sektion	sauber, unbeschmutzt	Stadt am Rhein, in NRW	student. Organisation (Abk.)	Untergestell (Gesetzlich)
ein Südamerikaner					Siegerpreis; Brautschmuck		Nutz- und Zielpflanzenanlage		Krämel, Bröckchen, Brosame		Nebenfluss der Aller	ohne Maß und ohne Ende	
			schmaler Spalt										
Maßeinteilung an Messgeräten		vorhanden sein, bestehen							Sport: das Passieren der Ziellinie				
			Auszeichnung		Auslese der Besten	schändlich, niederträchtig	Bruder Abels				Betreuer von Studenten	Verdichtung	
Höflichkeitsbeziehung		Nachkomme			chem. Element, giftiges Gas				ein Europäer	Hochland in Zentralasien			
König von Belgien				Gaststätte		Pampasstrauch				schlechte Angelegenheit			
		ganz nahe				Musik: schnell, lebhaft	französischer Strom	statt, als Ersatz für					
Frage- und Antwortspiel		gesetzlich			schwarzes Pferd	Roman v. H. Mann: „Professor ...“					Ein-siedler, Klausner		schleunigst, unverzüglich
deutsches Mittelgebirge				Diskussionsplattform		Lehrsatz; Lehrmeinung		erzählende Versdichtung	Fisch-, Vogel-fanggerät				
						Vorraum, Flur			asiatischer Affe				hügel-frei, flach
					von dort nach hier	israelischer Prophet	Stellvertreter eines Abtes		Gerät zur Ziel-führung (Kzw.)	Fluss zum Frischen Haff			
					ergreifen; tüchtig arbeiten				Einheit des elektr. Widerstands			schwankend, unsicher	
							griechische Vorsilbe; lebens-	an einem Tau herunterlassen					
					Post-sendung	weibliches Bühnen-fach	Knöte- rich-gewächs	artig, ge-hör-sam		Ausruf des Miss-fallens	Markt-bude		
					Bundes-staat der USA			dritter Fall, Wemfall		Befehl; Auftrag	die Sonne betref-fend	rö-mischer Grenz-wall	Gedicht-zeile
								vorweltlich, versteinert					
					Sinnbild des Islams	Kfz-Z. Land-kreis Rostock	Berg-weide	himmel-blaue Farbe		ein Farbton			
								verehrtes Vorbild				Abk. für meines Erach-tens	
					Fülle, große Auswahl	Schalt-modul			holländischer Käse				
					deutscher Dichter (Theodor)			eine Zahl		schwarzer Kohlen-stoff			

Schüttelrätsel

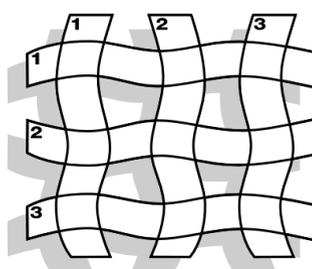
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EILST	AGRU	ABEKN	AEGMN	ABES	BEER	ENOR
			ABER			
EEGNN		AABB EG				
ABBEE LNSU						
ERSU			ENOR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für eine Bienezucht.

1	GRUSEL					WEIN
2	STEUER					BLOCK
3	HUMMER					BAR
4	HOLZ					DORF
5	GOLD					RAD
6	AUTO					BREMSE
7	BLAU					PILZ



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Münze verschiedener Länder
- 2 fugenloser Fußboden
- 3 Gewürz-, Gemüsepflanze

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

verlassen hat. Ohne sich von diesem Ort jemals fortbewegt zu haben, wird sein Denken durch Menschenkenntnis und Weltkenntnis bestimmt. Bis heute besitzt es Weltgeltung. Ostpreußen mit seinem Zentrum Königsberg ist für einige von uns Herkunftsland ihrer Vorfahren, für manche verlorene Heimat. Was bedeutet es, seine Heimat zu verlieren? Inwiefern gehört Heimat zur Identität eines Menschen? Und wie lässt sich im Kontext dieser Fragen und ihrer möglichen Antworten Erinnerungskultur orientierungsgebend gestalten?

Der Vortrag möchte sich mit diesen Fragen aus einer philosophischen Perspektive beschäftigen, wobei Kant nicht zufällig den Fluchtpunkt der Betrachtung bildet.

Donnerstag, 5. Mai, 18 Uhr, Westpreußisches Landesmuseum Warendorf, Franziskanerkloster, Klosterstraße 21, 48231 Warendorf: „Die Kunst soll mithelfen, erzieherisch auf das Volk einzuwirken!“ Kunstverständnis und Kunstpolitik bei Kaiser Wilhelm II. (1859-1914), Vortrag von Winfrid Halder.

Berlin, seit 1871 Reichshauptstadt, entwickelte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht nur zu einem der wichtigsten Hightech-Standorte im damaligen Deutschen Reich, allen voran mit einer auf dem Weltmarkt führenden Elektroindustrie, sondern es wurde auch zu einer Hochburg der modernen Kunst. So wurde

hier etwa unter Mitwirkung von Max Liebermann (1847-1935), Lovis Corinth (1858-1925), Käthe Kollwitz (1867-1945) und anderen 1898 die Künstlervereinigung „Berliner Secession“ gegründet, in der sich die fortschrittlichen Kräfte sammelten. Auch Arnold Schönberg (1874-1951) lebte zeitweilig in Berlin und suchte nach neuen musikalischen Ausdrucksformen. Dem durchaus kunstinteressierten Kaiser Wilhelm II. (1859-1914) waren derartige Bestrebungen freilich ein Dorn im Auge, er sprach gar einmal von „Rinnsteinkunst“.

Seit seiner Thronbesteigung 1888 hielt der redefreudige Monarch nicht nur bei einer Vielzahl von Gelegenheiten nicht damit hinter dem Berg, was er für „wahre Kunst“ hielt, sondern er scheute auch keine Kosten, um gerade „seiner Berliner“ dies ganz unmittelbar vor Augen zu führen.

So verschönerte er für die Spaziergänger der Reichshauptstadt den Tiergarten mit der 1895 in Auftrag gegebenen und 1901 nach eingehenden Anweisungen des Kaisers fertiggestellten Siegesallee. Mit den 32 Standbildern und doppelt so vielen Nebenfiguren sah Wilhelm II. gleich zwei Zwecke erfüllt: Einerseits die Verherrlichung seiner Vorfahren aus dem Haus Hohenzollern, die hier dargestellt wurden, andererseits die Verwirklichung dessen, was er für zeitgemäße Bildhauerei hielt.

Nicht alle „seiner Berliner“ indes teilten die kaiserliche Begeisterung. Der Vortrag zeigt die ästhetischen und kunstgeschichtlichen

Prägungen Wilhelms. II. und die sich daraus ableitenden kunstpolitischen Folgerungen auf.

Er gehört zum Rahmenprogramm der neuen Sonderausstellung „Cadinen. Des Kaisers Kunst und Kitsch“ im Westpreußischen Landesmuseum in Warendorf, 11. März bis 5. Juni, Internet: www.westpreussisches-landmuseum.de.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Monatstreffen

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 10. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Manfred Lietzow aus Pansdorf hält am letzten Treffen vor der Sommerpause bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ einen Dia-Vortrag über Litauen - Lettland - Estland. Gäste sind herzlich willkommen.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 5. Mai unter Telefon (04371) 2242 oder (04371) 2969.

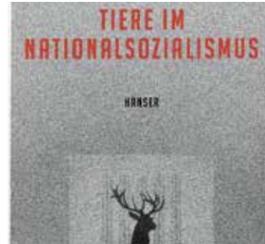
Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Donnerstag, 5. Mai, 11.30 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Spargelesen. Anmeldung bitte acht Tage vorher bei Herrn Legies oder Frau Kunde. Die vor-

Ostpreußisches Landesmuseum

Friedrichstein – das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen, Vortrag von Kilian Heck, Donnerstag, 28. April, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro, Anmeldung erforderlich per E-Mail info@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950.

Schloss Friedrichstein, unweit von Königsberg gelegen, gehörte zu den bedeutendsten Repräsen-



tationsbauten des Barock in Ostpreußen. Es wurde 1709-14 als Stammsitz der Grafen von Dönhoff errichtet und war eines der drei Königsschlösser, die die

preußischen Könige bei ihren Reisen durch die Provinz zur Übernachtung nutzten. 1909 wurde in Friedrichstein Marion Gräfin Dönhoff geboren.

Sie gehörte der letzten in Ostpreußen ansässigen Generation an. In ihrem Buch „Namen die keiner mehr nennt“ schreibt sie: „Ende Januar 1945 ging Friedrichstein mit allen Sammlungen, Bildern, Teppichen und dem Archiv in Flammen auf“. Heute erinnert an jenem Ort nichts mehr an die einstige Pracht der großen Adelsresidenz.

Kilian Heck schildert in seinem Vortrag die Geschichte des Schlosses Friedrichstein und seiner prächtigen Ausstattung und erzählt von Gegenständen, die noch vor 1945 gerettet werden konnten. Er zeigt seltene Aufnahmen des Schlosses, die die vollständig mit Skulpturen, Mobiliar

und Gemälden ausgestatteten Räume zeigen.

Heck (geboren 1968) ist ein deutscher Kunsthistoriker. Er ist ordentlicher Professor für Kunstgeschichte am Caspar-David-Friedrich-Institut der Universität Greifswald. Zusammen mit Christian Thielemann hat Heck das vielbeachtete Buch „Friedrichstein. Das Schloss der Grafen von Dönhoff in Ostpreußen“ herausgegeben.

Mit dem 5. April 2022 entfallen alle Zugangsbeschränkungen, es muss lediglich eine FFP2-Maske in den Ausstellungsräumen getragen werden. Bei Veranstaltungen darf die Maske im Sitzen abgenommen werden. Mit erkennbaren Erkältungssymptomen bleibt der Zutritt untersagt.

OL, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

gesehene Fahrt nach Nordstrand mit Sandschollenessen entfällt ersatzlos.

Bericht – Der Himmel erbarmte sich und ließ während des Empfanges des Vorsitzenden Hans Legies am 8. April im nahe dem ehemaligen Marinestützpunkt gelegenen Restaurant Oase immer wieder mal die Sonne scheinen. So lohnte sich ab und an ein Blick aus dem Saal mit den festlich geschmückten Tischen auf die Flensburger Förde.

In seiner ausführlichen Begrüßungsrede schlug der Jubilar einen Bogen von seiner frühesten Kindheit in Ragen, Kreis Darkehmen/Angerapp, über die Flucht nach Dithmarschen und seine berufliche Laufbahn als Soldat, die ihn – abgesehen von einer Verwendung in Stettin – in Schleswig-Holstein beließ; bis zum Eintritt in den Ruhestand in Flensburg.

Dieser Ruhestand war allerdings kein solcher, da Legies sich über Jahrzehnte als zunächst ehrenamtlicher, dann Berufsbetreuer engagierte und zeitweise weit über 30 Personen parallel betreute.

Nach einigen weiteren kürzeren Ansprachen nahestehender Gäste war es genug der Worte, und es folgte ein hervorragendes Es-

sen, welches die Gäste fraglos sehr zufrieden stellte.

Die Zeit verging durch lebhaftere Unterhaltungen und dank verschiedener Beiträge und kurzen Aufführungen aus dem Freundeskreis des Geburtstagskindes, auch in ostpreußischem Platt, wie im Fluge. Nach Kaffee und Gebäck nahte allmählich der Aufbruch und die 33 Gäste verließen gut gelaunt mit zahlreichen Worten des Dankes eine gelungene Veranstaltung.

Michael Weber



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Gst. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Memeler Tanz in den Mai

Memel – Sonnabend, 30. April, 19.30 Uhr, Restaurant Troba, Debreceno Straße 61: Der „Deutsche Kultur Verein Memel“ lädt alle

Mitglieder und Freunde zum „Tanz in den Mai“ ein. Wir bitten um Anmeldung bei Stefan Elbert unter Telefon (0037) 069486161.

Treffen der Memelländer

Düsseldorf – Freitag, 13. Mai, ab 10.30 Uhr: Feier zum 70-jährigen Bestehen der Memellandgruppe Düsseldorf verbunden mit einem Bezirkstreffen, Gerhart-Hauptmann-Haus, Eichendorff-Saal, Bismarckstraße 90, Düsseldorf. Einlass 10.30 Uhr. Beginn der Feierstunde um 11 Uhr durch die Vorsitzende Karin Gogolka.

Es folgt ein Vortrag des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties. Musikalische Begleitung durch Waldemar Dantschenko.

Wegen der Vorbestellung des Essens, der Unkostenbeitrag beträgt 10 Euro, bitte ich um telefonische Anmeldung unter Telefon (02452) 62492. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich den Termin freihalten und zu uns kommen.

Wegen der ständigen Änderungen der Einschränkungen in der Corona-Pandemie, die möglicherweise auch zu einer Absage der Veranstaltung führen kann, fragen Sie bitte nach dem aktuellen Stand bei mir nach. Karin Gogolka

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneeinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

FAHRENHEIT / FAHRENHEID

Eine bedeutende ostpreußische Familie

Vom Thermometer-Erfinder bis zum Pyramidenerbauer – Die Söhne zeichneten sich durch vielfältige Talente aus

VON WOLFGANG KAUFMANN

Manchmal liest man in Berichten über die beeindruckende Felsenwelt des Monument Valley im Südwesten der USA, dass dort eine Hitze von über 95 Grad herrsche. Hierbei handelt es sich allerdings nicht um Grad Celsius, sondern um Grad Fahrenheit, was 35 Grad Celsius entspricht. Der Erfinder dieser in Europa inzwischen weitgehend ungebrauchlichen, aber in den Vereinigten Staaten noch relativ oft verwendeten Temperaturskala war der Deutsche Daniel Gabriel Fahrenheit, der einer prominenten ostpreußischen Familie entstammte.

Wissenschaftliche Experimente

Diese kam ursprünglich aus Westfalen. Dort wurde sie 1481 erstmals urkundlich erwähnt. Dann wanderte ein Kaufmann namens Hans Fahrenheit aus Bielefeld 1512 über Rostock nach Königsberg aus, wo er das Bürgerrecht auf dem Kneiphof erwarb und vorteilhaft in die dortige Gesellschaft einheiratete. Einer seiner Söhne, nämlich Reinhold Fahrenheit, verzog dann 1650 nach Danzig. Dessen Enkel wiederum war Daniel Gabriel Fahrenheit, der nach dem frühen Tod seiner Eltern – verursacht wohl durch den Verzehr giftiger Pilze – in die Niederlande wechselte und sich dort als Glasbläser und wissenschaftlicher Instrumentenbauer niederließ. Er experimentierte unter anderem mit Quecksilberthermometern, wobei ihm schließlich 1714 noch vor dem französischen Naturforscher René-Antoine Ferchault de Réaumur und dem schwedischen Astronomen Anders Celsius die Idee kam, diese mit einer speziell geeichten Skala zu versehen. Als deren Nullpunkt diente die tiefste Temperatur, welche Fahrenheit selbst erzeugen konnte. Dadurch wollte er Werte mit negativem Vorzeichen vermeiden.



Um 1811 errichtet: Das Mausoleum der ostpreußischen Adelsfamilie von Fahrenheit in der Luschnitz in der Nähe von Angerapp

Ein weiterer Nachkomme von Hans Fahrenheit war der kaufmännisch sehr gewitzte Reinhold Friedrich Fahrenheit, der als Inhaber des Königsberger Salzmonopols zwischen 1749 und 1758 jährlich bis zu 4000 Tonnen Salz in das Großfürstentum Litauen lieferte und den Russen dann später große Mengen an Getreide und Mehl verkaufte. Teile des so erworbenen Reichtums verwendete er zur Errichtung beziehungsweise zum Unterhalt eines Armenhauses sowie zum Erwerb des Gutes Angerapp für seinen noch unmündigen Sohn Johann Friedrich Wilhelm.

Dieser wiederum wollte weder Landwirt noch Kaufmann werden, sondern

beim Militär Karriere machen. Also schrieb sich der abenteuerlustige junge Mann bei den Schwarzen Husaren ein, einem 1741 von Friedrich dem Großen gestifteten Kavallerieverband des preußischen Heeres.

Erhebung in den Adelsstand

Das erboste seinen Vater derart, dass er mit Enterbung drohte. Deshalb gab Johann Friedrich Wilhelm Fahrenheit schließlich nach und studierte Rechts- und Verwaltungswissenschaften. Dem folgte ab 1770 eine Laufbahn als Kriegsrat bei den Domänenkammern in Gumbinnen und Königsberg, wonach er sich 1789

den landwirtschaftlichen Besitzungen der Familie zuwandte. Drei Jahre zuvor hatte ihn der König in den erblichen Adelsstand erhoben. Bis zu seinem Tode im Jahre 1834 avancierte Fahrenheit zu einem Pionier unter den privaten ostpreußischen Züchtern von Vollblutpferden, was vor allem aus dem Ankauf von zwei hervorragenden englischen Zuchthengsten resultierte, die auch dem berühmten Königlich Preussischen Hauptgestüt von Trakehnen zur Verfügung standen.

Sein Sohn Friedrich Heinrich Johann studierte ab 1799 in Königsberg bei Immanuel Kant und Johann Gottlieb Fichte. Dem folgte eine ausgedehnte Kavaliertour durch Europa und die USA, wo Fahrenheit sogar auf Präsident Thomas Jefferson traf. Im Anschluss an die Rückkehr nach Ostpreußen stieg er ebenfalls zum Kriegsrat auf und machte sich zudem wie sein Vater einen Namen als Landwirt beziehungsweise Pferdezüchter, dem schließlich das zweitgrößte Privatgestüt Europas unterstand.

tour durch Europa und die USA, wo Fahrenheit sogar auf Präsident Thomas Jefferson traf. Im Anschluss an die Rückkehr nach Ostpreußen stieg er ebenfalls zum Kriegsrat auf und machte sich zudem wie sein Vater einen Namen als Landwirt beziehungsweise Pferdezüchter, dem schließlich das zweitgrößte Privatgestüt Europas unterstand.

Initiator des Mausoleumbaus

Friedrich Heinrich Johann von Fahrenheit gilt auch als Initiator des Baus des wahrscheinlich um 1811 errichteten Mausoleums in der Luschnitz am nordöstlichen Rande des Skallischen Forstes, zu dem unter anderem eine 15 Meter hohe Pyramide gehört. Deren Errichtung erfolgte, weil sich Fahrenheit sehr für Ägyptologie interessierte. Der Pyramide werden übernatürliche Kräfte nachgesagt, was nicht zuletzt aus der Mumifizierung der Bestatteten in dem Mausoleum resultiert. In beiden Weltkriegen verwüsteten russische beziehungsweise sowjetische Soldaten die Grabstätte. Nach 1990 stellten die polnischen Behörden diese schließlich unter Denkmalschutz und veranlassten eine Sanierung. Zwischenzeitlich lagen die Toten für jedermann sichtbar in ihren offenen Särgen.

Mit Fritz von Fahrenheit brach diese Linie der Familie Fahrenheit beziehungsweise Fahrenheit ab. Der homosexuelle und kinderlose Sohn von Friedrich Heinrich Johann von Fahrenheit studierte ab 1836 Klassische Philologie und bereiste später die antiken Stätten rund ums Mittelmeer. Aufgrund des geerbten Vermögens konnte er auf dem Schloss von Klein Beynahren eine beachtliche Kunstsammlung zusammentragen und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Das Mitglied des Preussischen Herrenhauses und der Akademie der Künste in Berlin starb am 8. Juni 1888. Sein Museum wurde 1945 von der Roten Armee geplündert und dann gesprengt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Verbunden im Guten wie im Bösen“

Gemeinsam richten die deutsche und polnische Hälfte der Neißestadt die Görlitzer Kulturerbetage aus

Zwei historische Gebäude – die Ruhmeshalle in Ost-Görlitz [Dom Kultury, Zgorzelec] und die alte Mälzerei, der sogenannte Tivoli-Komplex auf deutscher Seite der Zwillingsstadt Görlitz, sind Schauplatz der zweiten Auflage der deutsch-polnischen Kulturerbetage an der Neisse vom 22. bis zum 24. April.

Die Idee für die Kulturerbetage hatte der polnische Bürgermeister Rafał Gronicz. „Einst hat uns die Neisse getrennt, heute ist es unser gemeinsamer Fluss, der uns vereint. Es gibt vieles, was unsere Bewohner zusammen unternehmen, es gibt Bekanntschaften und Freundschaften auf beiden Uferseiten. Wir sind verbunden im Guten wie im Bösen“, sagte er.

Ein Fluss, der verbindet

Nachdem sich die erste Auflage der Kulturerbetage im September vergangenen Jahres mit der fast tausendjährigen Geschichte der Stadt auseinandersetzte und nach Schlüsselmomenten, die Görlitz formten, suchte, will man sich im zweiten Teil nun der Gegenwart nähern. In Vorträgen, Geländespielen, Ausstellungen und geführten Rundgängen wollen die Projektpartner – die polnische Stadtverwaltung von (Ost-)Görlitz, die

Freie evangelische Gemeinde (West-)Görlitz und ebenfalls auf deutscher Seite der Kulturservice Görlitz – diesmal die Geschichte der Oberlausitzer Gedenkhalle (Dom Kultury) in den Vordergrund rücken.

Ein klares Bild der Geschichte

Die Gedenk- oder auch Ruhmeshalle wurde im sogenannten Dreikaiserjahr 1888 zu Ehren von Vater und Großvater Wilhelms II., Wilhelm I. und Friedrich III. (I.), erbaut. Der Bau ist mit seiner 42 Meter hohen Kuppel, der vergoldeten Kaiserkrone darauf, aber auch durch die Hauptfront mit Säulen und Skulpturen, quasi dem Berliner Reichstag nachempfunden. In diesem monumentalen Bau war das Kaiser-Friedrich-Museum Görlitz untergebracht.

Sein Leitmotiv „ein klares Bild der Geschichte, kulturgeschichtlicher und kunstgewerblicher Entwicklung (...) zu geben und damit Heimatkenntnis und Heimatliebe (zu) fördern“ (Ludwig Feyerabend, 1912), scheint den Kulturerbetagen 2022 gemein zu sein. „Die Intention ist, dass wir uns kennenlernen wollen und herausfinden, was die Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind,



Erinnert bewusst an den Berliner Reichstag: die Ruhmeshalle in Görlitz

um zu begreifen, warum wir so oder anders reagieren. Wir wollen der Frage nachgehen, was das Schöne an dem anderen ist und wo wir Toleranz benötigen, um den anderen zu verstehen“, erklärt Gerd Weise vom Kulturservice Görlitz.

Seit 1948 dient die Ruhmeshalle als polnisches Kulturhaus. 1950 wurde hier das Görlitzer Abkommen über den Verlauf der Grenze zwischen der Volksrepublik Polen und der damaligen DDR unterzeichnet. Seit 1998 werden in dem Monument symbolische Sitzungen der

Stadtträte beider Teile der Europastadt abgehalten.

Drei Tage Austausch

Drei Tage lang werden sich in diesem Kulturhaus polnische und deutsche Görlitzer austauschen und die „Mythen, Legenden und Lieder der Region“, wie es Urszula Zubrzycka im letzten Jahr ausdrückte, kennenlernen. Denn nicht nur Görlitzer Neubürger kennen das Erbe kaum, auch die junge Generation hat noch vieles nachzuholen, meint Eugen Böhler, Pfarrer der Freien evangelische Gemeinde Görlitz: „Wichtig für uns als Freie Evangelische Gemeinde ist, dass wir die Zukunft mit guten Partnern gestalten und in dieser Stadt etwas bewegen“.

Vorerst werden sich die Besucher der Kulturerbetage bewegen – zum Beispiel, indem sie sich auf eine Zeitreise in die Görlitzer Belle Époque begeben, also die Entstehungszeit der Ruhmeshalle. „Bei einem Spiel im Freien treffen sie unter anderem auf Hugo Behr, den Stadtarchitekten, Entwurfsautor und Hauptbaumeister der Oberlausitzer Gedenkhalle“, verspricht Gerd Weise.

Das Programm ist auf www.denkmal-pomysl.com zu finden. *Chris W. Wagner*

IM NATIONALPARK WOLLIN

Der sagenumwobene Jordansee

Nicht nur Theodor Fontane und Carl Ludwig Schleich schwärmten von diesem herrlichen Fleckchen Erde

VON ERWIN ROSENTHAL

Früher war für Gäste des Ostseebades Misdroy der Besuch des nahen Jordansees, der auch in der Literatur erwähnt wird, ein Muss. Theodor Fontane beschreibt in seinem Buch „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ den in der Märkischen Schweiz gelegenen kleinen Tornowsee: „Das Wasser ist schwarz, dunkle Baumgruppen schließen es ein, breite Teichrosenblätter bilden einen Uferkranz und die Oberfläche bleibt spiegelglatt, auch wenn der Wind durch die Bäume zieht.“ Und er fügt hinzu, dass der Jordansee auf der Insel Wollin der vielleicht schönste derartige See im nördlichen Deutschland ist.

Ein weiteres literarisches Denkmal hat der bekannte pommerische Chirurg Carl Ludwig Schleich, der auf der Insel Wollin seine Wurzeln hatte, in seinem Buch „Es läuten die Glocken“ diesem stillen und geheimnisvollen Wolliner See gesetzt.

Seerosen sprießen aus dem bis zu 6,5 Meter tiefen, dunklen Wasser des Sees empor, der 17 Meter über dem Meeresspiegel liegt. Schlanke Erlen, knorrige Kiefern und weit ausladende Buchen, deren lange Äste das Wasser zu berühren scheinen, spiegeln sich im See, den man auf einem schmalen Pfad umrunden kann. Und da er insgesamt sieben Buchten hat, ist er von keiner Stelle aus vollständig zu überblicken.

Einst beliebtes Ausflugsziel

Fast ein Jahrhundert lang war das Naturidyll für viele Menschen das schönste und lauschigste Plätzchen auf der Insel Wollin. Die Attraktivität des nahe an der Ostsee liegenden Naturwunders mit seiner kleinen, über eine Brücke erreichbaren Insel, einer Gaststätte und dem nahen Forsthaus verfehlte ihre Wirkung nicht. Von Misdroy aus gab es Bootsfahrten mit der „Adria“ hierher.

Um den See rankt sich eine Vielzahl an Sagen von Elfen, Göttern, Seeräubern und

Naturwundern. Schon Thomas Kanzow berichtet in seiner um 1538 erschienenen „Chronik von Pommern“ über Gespenster am Jordansee. Auf der kleinen Insel soll sich einst das Heiligtum der Göttin Hertha befunden haben. „Heidnische“ Priester mussten der Göttin einmal im Jahr nach deren Umzug und dem sich anschließenden Bade im See ein durch das Los ausgewähltes zwölfjähriges Mädchen

störten. Die Göttin rächte sich zwar an den Übeltätern, verließ jedoch den See und wandte sich dem Herthasee auf Rügen zu, wo sie ihr Heiligtum errichtete.

Später verbarg sich angeblich Störtebeker mit seinen Gesellen hier. Geschart hatten sich die Piraten um Stina, eine junge Frau, die wilder und tapferer war als die Männer. Man sagt, dass sie der Sohn des Gutsherrn, bei dem sie als Magd dien-

de verriet, wurden alle Räuber getötet. Stina selbst ertränkte sich im See, wo auch die Schätze versenkt wurden.

Sie soll heute noch darauf hoffen, dass sie von einem jungen, am Johannistag geborenen Mädchen erlöst wird. Jenen Punkt auf der Steilküste, von dem aus Stina den Seeräubern mit einer roten Flagge signalisiert hatte, dass keine Gefahr drohe, nannte man später Stinas Utkiek.

sich der Name Gertasee (auch Gerdasee oder Jörmssee) durch. Die volkstümlichen Namen Hertha, Gerda und Jörms stehen ganz offensichtlich für Nerthus (die Mutter Erde). In Tacitus' „Germania“ ist Nerthus die Fruchtbarkeitsgöttin. Die Bezeichnung Jordansee ist hingegen christlichen Ursprungs und wurde erstmals auf der Karte der schwedischen Landesaufnahme von Vorpommern aus dem Jahre 1692 verwendet. Mit dem neuen Namen distanzierte man sich von den „heidnischen“ Germanen, deren Gottheiten sogar Menschenopfer forderten.

Das Gebiet um den See war aber nicht nur Idylle, sondern auch Wirtschaftsstandort. In den 1820er Jahren ließ der verdienstvolle Oberpräsident Pommerns, Johann August Sack, nördlich des Sees eine Heringspackerei errichten. Später wurde hier eine Zementfabrik in Betrieb genommen, die ihr Wasser aus dem Jordansee bezog. 1877 stellte man die Zementproduktion ein. Die Villa des früheren Fabrikbesitzers nutzte man fortan als Forsthaus.

Besucher bleiben Zaungast

Eben dieses Forsthaus gibt es noch heute. Es wurde nach dem Krieg Teil eines exklusiven, mit einem hohen Zaun versehenen Ferien- und Schulungsobjektes, bestehend aus Villen mit Ferienwohnungen, Bungalows, Finnhütten, einer Gaststätte und anderen Gebäuden, das mehr als 100 Menschen beherbergen konnte. Das Objekt, das den Jordansee komplett einschließt, war zunächst der polnischen Politprominenz vorbehalten. Erst nach der politischen Wende konnte sich hier jedermann erholen. Noch im Jahre 2005 standen für die Gäste Ruderboote bereit, mit denen sie den See erkunden konnten.

Leider sind die Tore der gastlichen Stätte heute geschlossen, der Besucher bleibt Zaungast. Eine Entscheidung über die Nutzung des sensiblen Naturidylls, das heute zum Nationalpark Wollin gehört, steht offensichtlich noch aus.



Der Jordansee: Noch 2005 waren Bootsfahrten möglich. Heute, zum Nationalpark Wollin gehörend, ist das Gelände aktuell nicht mehr zugänglich

Foto: Rosenthal

als Opfer zuführen. Auf dem nahen Gosanberg soll jedoch ein sehr böser und ungläubiger Mensch gelebt haben. Ihm schickte der Teufel angeblich sieben böse Geister, die das Heiligtum der Göttin zer-

te, verführt und dann verstoßen hatte. Daraufhin schwor sie allen Männern, insbesondere aber den vornehmen unter ihnen, Rache. Als schließlich zwei entflohen Gefangene den Schlupfwinkel der Ban-

Der Name des Sees hat sich im Laufe der Zeit mehrfach geändert. Im Jahre 1186 wird in einer Urkunde des Herzogs Bogislaw I. für das Areal die Bezeichnung „lacum Gardino“ verwendet. Später setzte

ZUM GEDENKEN

Sinnlose Opfer noch kurz vor Ende des Krieges 1945

Kriegsende bescherte pommerischen Gemeinden zahlreiche Tragödien

Der Zweite Weltkrieg sollte nur noch wenige Tage währen. Und doch forderte er vor allem auch in Vorpommern noch viele Opfer, nicht nur unter den Soldaten, sondern auch unter der Zivilbevölkerung. Es gibt kaum eine Stadt oder Gemeinde, die damals keine Toten zu beklagen hatte.

Da ist die ehemalige Kreisstadt Demmin zu nennen, die am 30. April 1945 von der Roten Armee eingenommen wurde. Die Soldaten zogen danach einige Tage vergewaltigend, plündernd und brandschatzend durch die Kleinstadt, sodass sich über tausend Einwohner und Flüchtlinge in ihrer Not das Leben nahmen.

Menschen suchten Freitod

Von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung getrieben, suchten Frauen mit ihren Kindern den Tod in Peene, Trebel und Tollense, drei Flüsse, die die Stadt von Süd über West nach Nord umschließen. Andere öffneten sich die Pulsadern. Erst nach der Wiedervereinigung fand das grauenhafte Kriegsende-Schicksal Demmins mediale Aufmerksamkeit. Ein Obelisk markiert auf dem Friedhof etwa die Mitte des Massengräberfelds. Außerdem weist seit einigen Jahren ein nur dürrig geratener Gra-

nitblock auf die unfassbaren Ereignisse hin. Immerhin aber informiert ein knapper Text über das Martyrium.

Zudem erinnert ein Kreuz an einer anderen Stelle des Friedhofs an die über 400 Kinder, die in jener Zeit an Hunger und Seuchen starben. Doch gibt es, was die Opferzahl betrifft, auch kleinere Katastrophen, die die ganze Grausamkeit der letzten Kriegstage ebenso deutlich machen. Wer zum Beispiel den Friedhof in Kirchdorf, wenige Kilometer nördlich von Greifswald besucht, wird auf die schlichten Kreuze einer Gräberreihe und einer Gedenktafel aufmerksam. Hier sind am 28. April 1945 23 Jugendliche zumeist aus Greifswald in einem Massengrab beigesetzt worden. Sie waren zwei Tage zuvor durch eine explodierende Panzerfaust ums Leben gekommen. Die jungen Burschen hatten an einer militärischen Ausbildung im benachbarten Wald von Jeeseer teilgenommen, um danach bei der Verteidigung von Greifswald gegen die vorrückende Rote Armee eingesetzt zu werden.

Warum die Panzerfaust explodierte, blieb ungeklärt, auch weil der Ausbilder, ein erst 19-jähriger Kriegsverwehrt, ebenfalls den Tod fand. Greifswald wurde



Am 16. April 1945 warf ein britischer Bomber (nicht wie auf dem Gedenkstein verewig, ein amerikanisches Flugzeug) eine Tallboy-Bombe auf das 300-Einwohner-Dorf Genzkow: Es starben 32 völlig ahnungslose Personen, darunter auf der Straße spielende Kinder Foto: K.H. Engel

am 30. April von Stadtkommandant Oberst Petershagen und einigen anderen namhaften Persönlichkeiten, wie dem Rektor der Universität, Professor Engel, kampfflos übergeben. Der Hansestadt blieb die Zerstörung, das Schicksal anderer Städte Pommerns, deshalb erspart.

Lange tabu

Auf dem Kirchhof in Alt Teterin, einem Dorf bei Anklam, erinnert eine Grabplatte an den Tod von 32 Einheimischen und Flüchtlingen, zumeist Frauen und Mädchen, die wiederholt von marodierenden Rotarmisten vergewaltigt und gequält wurden, bis sie in auswegloser Lage den Freitod wählten. Zu DDR-Zeiten war das Ereignis tabu. Die Opfer ruhen namenlos unter dem Rasen des Kirchhofs. Seit 2009 weist eine schlichte Gedenkplatte mit ebenfalls nur kurzem Text auf das unfassbare Geschehen hin.

In Golchen, einem vorpommerschen Dorf auf einem Plateau über dem Tollensetal, fanden am 29. April 1945 Flüchtlingsfamilien den Tod. Sie hatten sich zum Schutz vor russischem Beschuss in einem Schuppen versteckt. Genau der war dann Ziel einer Granate. Es starben

13 Personen, zumeist Frauen, Kinder und ältere Männer.

Auch das soll Erwähnung finden, obwohl die Stätte des Unglücks einige Kilometer jenseits der pommerischen Grenze im Mecklenburgischen liegt. Genzkow heißt das Dorf, auf das am 16. April 1945 von einem britischen Bomber eine fast fünf Tonnen schwere, wegen ihrer verheerenden Zerstörungskraft gefürchtete Tallboy-Bombe geworfen wurde. Sie traf mitten ins Dorf und tötete 32 völlig ahnungslose Menschen, darunter auf der Straße spielende Kinder. Auf einem schon zu DDR-Zeiten gesetzten Stein ist zwar von einer „amerikanischen Bombe“ und von 30 Toten die Rede. Doch seit einigen Jahren weiß man, dass es sich um einen britischen Bomber handelte, der einem Geschwader angehörte, dessen Angriffsziel das in der Kaiserfahrt südlich von Swinemünde liegende Panzerschiff „Lützow“ war. Die Maschine drehte bei, nachdem sie beschädigt worden war. Der Pilot bekam den Befehl, die Bombe über bebautem Gebiet abzuwerfen. Es traf Genzkow. Neben den 30 Personen, die sofort tot waren, erlagen zwei weitere später ihren Verletzungen. K.-H. Engel

„Jetzt kommen die Kriegserinnerungen hoch“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wie Sie mir doch aus der Seele sprechen, Herr Heckel! Wirklich ein toller Artikel!“

Chester Dick, Speyer
zum Wochenrückblick:
Zeitenwende (Nr. 14)



Ausgabe Nr. 14

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

HUNDE, DIE BELLEN, BEISSEN

ZU: WENN DAS GRAUEN ZURÜCKKEHRT (NR. 14)

Als am 22. Februar jemand zu mir sagte, Putin wird doch wohl nicht so blöd sein und mit dem Krieg anfangen, erwiderte ich zuversichtlich: Hunde, die bellen, beißen nicht. Leider mussten wir erfahren, dass Hunde, die bellen, doch beißen.

Seit dieser Zeit geht es mir gesundheitlich nicht sehr gut, weil jetzt die ganzen Kriegserinnerungen hochgekommen sind und meine geliebte Mutti brutalst von russischen Soldaten vergewaltigt worden ist. Mutti hatte vor, sich am Baum zu erhängen. Worauf Oma und Opa Nakat sie mit Gewalt davon abgehalten haben. Sie schimpften: Du hast eine kleine Tochter, die dich braucht. Mutti nahm mich an die Hand und ging mit mir weg. Ich sagte zu ihr: Wenn ich ein Gewehr hätte, würde ich jeden Russen erschießen. Mutti erwiderte nur: Scht, Scht.

Später änderten sich die Zeiten und wir durften mit Erlaubnis der Russen in Seckenburg leben, mit eigener Versorgung. Mutti arbeitete auf Kolchosen und Sowchosen und auch in Litauen und kam nur alle paar Wochen mal nach Hause. Oma und Opa Nakat und ich lebten in Seckenburg, gegenüber von dem großen Tomatenfeld, das von Russen bewacht wurde. In der Nachbarschaft lebte eine Frau mit einem Jungen, mit dem ich viel Zeit verbrachte und viel Blödsinn machte. Gibt es diese Leute noch? Bitte melden.

Renate Preuß, Wurster Nordseeküste

UNGARNS APPEASEMENT

ZU: UNGARISCHE IMPRESSIONEN (NR. 14)

Meinen Sie, Europa könne von Ungarn auch lernen, nicht nur keine Waffen an die Ukraine zu liefern, sondern auch keinen Transfer von Waffen – etwa von Waffen aus den USA – in die Ukraine zu erlauben? Sollte Europa von Ungarn lernen, sich damit das Wohlwollen von Putin zu erhalten und die von ihm ausgehende Gefahr zu

mindern? Hat nicht Orbán gerade mit dieser „Sicherheitspolitik“ Wahlkampf gemacht? Putin hat das offensichtlich so verstanden. *Friedrich Gastell, Isernhagen*

EIN ZU VORSCHNELLES URTEIL?

ZU: DAS GRAUEN VON BUTSCHA UND DIE FRAGE NACH DEN KONSEQUENZEN (NR. 14)

Der Autor urteilt hinsichtlich der Vorgänge meines Erachtens vorschnell und leichtfertig, wenn er allein Russland die Verantwortung für die Toten von Butscha zuweist. Nach dem britischen Politiker Lord Arthur Ponsonby ist bekanntlich das erste Opfer im Krieg immer die Wahrheit. Was sollte es für einen Sinn machen, wenn Russland nach Ankündigung seines Rückzuges aus Butscha noch schnell ein Massaker anrichtet?

Gerade wir Deutsche sollten uns im Übrigen mit Urteilen zurückhalten, war es doch der deutsche Oberst Klein, der 2009 in dem völlig sinn- und erfolglosen Bundeswehreinmarsch in Afghanistan den Befehl zu Bombenabwürfen in Kundus gab, die 140 Zivilisten töteten. Mir ist nicht erinnerlich, dass damals Russland Sanktionen gegen Deutschland oder Waffenlieferungen an die Taliban gefordert hätte. *Lars Rosinsky, Kassel*

KEIN VERNICHTUNGSKRIEG?

ZU: DAS GRAUEN VON BUTSCHA UND DIE FRAGE NACH DEN KONSEQUENZEN (NR. 14)

Ihre Zeitung kommt hier zu dem Schluss, dass es sich bei den Bildern aus Butscha um ein „groß angelegtes russisches Kriegsverbrechen handelt – um Szenen eines Vernichtungskrieges“, ohne die genaueren Untersuchungen abzuwarten.

Der geschichtliche Rückblick lehrt uns, dass solche Meldungen meistens gezielte Kriegspropaganda sind. Ich erinnere daran, dass die deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg von den Westmächten beschuldigt wurden, kleinen Kindern in

Belgien die Hände abzuhacken, den irakischen Soldaten wurde unterstellt, sie hätten in kuweitischen Kinderkrankenhäusern Massaker verübt, den Serben wurde im Kosovokonflikt unterstellt, sie hätten Völkermord begangen. Im Nachhinein erwiesen sich alle diese Meldungen als komplette Propaganda-Lügen.

Von dem Krieg Russlands gegen die Ukraine von einem Vernichtungskrieg zu sprechen, ist nicht angemessen. Vernichtungskriege dienen der Ausrottung eines ganzen Volkes, etwa der Krieg von Lord Custer mit seiner US-Kavallerie gegen diverse Indianerstämme. Der Ukrainekrieg hat bislang vergleichsweise sehr wenige zivile Opfer gefordert.

Hartmut Issmer, Erlensee

FREIHANDELSZONE ALS LÖSUNG

ZU: LÖST DIE BREMSE! (NR. 11)

Der Kommentar informiert gut verständlich und richtig über die Ausbeutung unseres Landes durch die EU. Das Ergebnis der Betrachtung teile ich jedoch nicht. Es gibt nicht den „einzigen Ausweg“, Schulden zu machen wie etliche andere EU-Länder, um der Ausbeutung zu entgehen, sondern eine bessere Lösung. Diese besteht im Ausscheiden der Bundesrepublik aus der Europäischen Union und der Befreiung vom Euro.

Als Ersatz für Europa sollte eine Freihandelszone gewählt werden. Diese hätte für die Mitgliedsländer neben der Zollfreiheit untereinander den Vorteil, dass kein Land aus Brüssel oder vom Europäischen Gerichtshof herkommandiert werden könnte. Jedes Land hätte die Möglichkeit, seine Angelegenheiten im Innern selbstständig zu regeln und eine eigene Währung zu haben sowie eine eigene Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Für Deutschland könnte eine neue Deutsche Mark mit Golddeckung gewählt werden, um der Inflation Herr zu werden. Die Deutsche Bundesbank, die von Weisungen der Europäischen Zentralbank (EZB) befreit wäre, könnte wieder eine ordentliche Währungspolitik für Deutsch-

land betreiben, um insbesondere die zerstörerische Null-Zins-Politik der EZB sofort zu beenden und die übrige Währungspolitik bevorzugt an deutschen Interessen auszurichten.

Die Freihandelszone bietet für alle Länder die Sicherheit, nicht direkt oder indirekt für die Schulden anderer Länder haften zu müssen. Das TARGET-System wäre überflüssig. Aufgrund dieses Systems und der Feigheit der deutschen Politiker, die erforderliche Korrektur des Systems zu verlangen, hat unser Land viele Milliarden an Forderungen gegenüber anderen EU-Ländern. Es sind „faule“ Forderungen, die in jeder ordentlichen Handelsbilanz längst abgeschrieben wären. Die positiven TARGET-Salden unseres Landes (die Forderungen) stellen „stille Verluste“ zulasten unserer Zukunft dar.

Zusammenfassung: Die Freihandelszone bietet für die Länder Europas mehr Vorteile als die EU. Die Politiker müssen sie umgehend einrichten!

Benno Koch, Harsefeld

TEURER „STOSSDÄMPFER“

ZU: BLAUÄUGIG NEBEN DEM PULVERFASS (NR. 14)

Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner verkünden einen wirtschaftspolitischen Stoßdämpfer, mit dem Härten abgefedert und Strukturbrüche verhindert werden sollen. Der „Stoßdämpfer“ hält fünf Milliarden Euro für direkte Zuschüsse bereit, der Rest sind Kredite, Bürgschaften und Liquiditätsbeihilfen, die nochmals über 100 Milliarden Euro ausmachen. Das alles gibt es aber nicht umsonst. Es ist ein weiterer großer Schluck aus der Pulle, die die Ampelkoalition vom Start weg geöffnet hat: 60 Milliarden für einen Klimafonds, 100 Milliarden für ein „Sondervermögen Bundeswehr“, 30 Milliarden für ein Energie- und Entlastungspaket sowie weitere Milliarden für Flüchtlingshilfen. Dadurch steigt die Staatsverschuldung in dem – noch – reichen Deutschland rasant.

Jürgen Frick, Dessau-Rosslau

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Tragbares Notstromaggregat zur Stromversorgung bei Stromausfällen



Hyundai-Stromgenerator HY2000Si D
Best.-Nr. 133 284 • 599,- €

Ihre besonderen Vorteile: • sehr effiziente Stromerzeugung • nur 20 kg leicht und sehr mobil • kompaktes und robustes Gehäuse • leise • einfach in der Bedienung • sparsam durch ECO-Modus • geschützt gegen Überlastung • geschützt gegen Öl-Niedrigstand

Der *Hyundai-Stromgenerator HY2000Si D* ist ausgestattet mit einer fortschrittlichen Hyundai-Inverter-Technologie. Der hochwertige Strom ohne Spannungs- und Frequenzschwankungen kann ohne Bedenken zum Betreiben von sensibler Elektronik wie TV, HiFi oder Notebook eingesetzt werden. Auch elektrische Geräte wie Leuchten, Mikrowelle, Kühlschrank oder Kochherd können problemlos damit betrieben werden.

Dank der leichten Bauweise wiegt der Generator trotz großer Leistung nur 20 Kilogramm. Durch seine kompakte Bauweise kann er sehr einfach transportiert werden. Der Motor des Hyundai-Inverters hat ein schallisoliertes Gehäuse. Er ist deutlich lauffruhiger und leiser als vergleichbare offene Generatoren.

Der *Hyundai-Stromgenerator* ist sehr einfach in der Bedienung. Der kraftvolle, luftgekühlte Motor lässt sich sehr leicht starten. Das Notstromaggregat ist mit zwei 230-Volt-Steckdosen und einem 12-Volt-Ausgang zum Laden von Autobatterien ausgestattet. Der digitale Überlastschutz sowie die Niedrig-Öl-

Abschaltung schützen den Hyundai-Inverter-Generator vor Fehlbedienung und Beschädigung.

Das sparsame Hyundai-Aggregat ist mit einem ECO-Modus ausgestattet. Die erzeugte Leistung passt sich der Leistung des Verbrauchers an, wodurch der Generator noch sparsamer und leiser wird.

Auch in der Krisenvorsorge hat sich dieses Notstromaggregat bereits hervorragend bewährt. In der Praxis hat sich gezeigt, dass es auch bei einem höheren Stromverbrauch oft sinnvoller ist, mit mehreren dieser kleinen und flexiblen Aggregate zu arbeiten, als mit einem großen.

Mit dem *Hyundai-Stromgenerator HY2000Si D* haben Sie einen zuverlässigen Begleiter, der Ihnen günstigen Strom genau dorthin liefert, wo Sie ihn gerade brauchen.

Das Gerät ist für den Dauerbetrieb geeignet.

Um das Einatmen von Abgasen zu vermeiden, darf das Gerät nur draußen verwendet werden.

Technische Daten: Max. Leistung (10 Sekunden): 2,0 kW Nennleistung: 1,6 kW AC-Ausgang: 2 x 230 V, 50 Hz DC-Ausgang: 1 x 12 V/5 A (zum Aufladen von Fahrzeugbatterien) Betriebsdauer: 5–8 Std. mit einer Tankfüllung	Schalldruckpegel LpA: 54–59 dB/7m Schalleistungspegel LWA: 90 dB Tankinhalt: 3,8 l (bleifreies Benzin 95-Oktan) Ölfüllmenge: 0,41 l (Motoröl SAE 15W40 oder 10W40) Maße: 510 x 286 x 450 mm Gewicht: 20 kg
---	---

Dieser Artikel darf nur nach Deutschland, Österreich und in die Schweiz versendet werden.

KOPP VERLAG
 Telefon (0 74 72) 98 06 10
 Telefax (0 74 72) 98 06 11
 info@kopp-verlag.de
 www.kopp-verlag.de

AGRARPRODUKT

Wo der Spargel wächst

In Brandenburg gilt Beelitz als „Spargelstadt“ – Gerade hat dort die Ernte des Edelgemüses begonnen

VON HELGA SCHNEHAGEN

Selten wird ein Ackerbürger auf Podest gehoben. Doch in Beelitz ehrt ein Denkmal an der Ecke Berliner/Clara-Zetkin-Straße keinen Fürsten, Kriegshelden, Künstler oder Gelehrten, sondern den Glasermeister Carl Friedrich Wilhelm Herrmann, der mit unternehmerischem Spürsinn 1861 als Erster in Beelitz Spargel anbaute. Zu jener Zeit fand man das Edelgemüse nur auf dem Tisch der feinen Gesellschaft. Beim Volk war es nahezu unbekannt.

Doch das sollte sich ändern. Carl Hermanns Gemüse fand solch einen großen Absatz, dass schon 1870 der erste Spargel auf dem Markt der Stadt verkauft wurde. Von da an war sein Siegeszug nicht mehr aufzuhalten. Auch andere Bauern fingen an, das weiße Stangengemüse anzubauen, sodass bereits kurz nach der Jahrhundertwende 250 Hektar in und um Beelitz mit Spargel bepflanzt waren, 1927 waren es 450 Hektar.

Im Dritten Reich brach der Spargelanbau wegen des zu geringen Nährwerts ein. Zu DDR-Zeiten verlagerte er sich ins Private. Mit der deutschen Einheit erlebte er eine Renaissance. 1991 wurde wieder ein Markt in Beelitz abgehalten, 1993 folgte der erste Auftritt auf der Grünen Woche. Die ganze Geschichte erzählt das Spargelmuseum in der Beelitzer Altstadt. Neben vielen Exponaten und Infotafeln besitzt es sogar eine liebevoll eingerichtete Gründerzeitküche, in der auch gegessen werden kann.

Spargel ist mit Blick auf den Flächenanteil die bedeutendste Gemüsekultur im Land Brandenburg. Bundesweit ist es mit seinen Anbauflächen in Beelitz, im Spreewald oder in Kremmen (Landkreis Oberhavel) hinter Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Spargelland Nummer drei in Deutschland. Laut Statistischem Landesamt in Brandenburg wurde der Spargel 2021 auf fast 3900 Hektar gestochen. Die Ertragsfläche war zwar um 100 Hektar kleiner als 2020, doch die Erntemenge auf rund 21.500 Tonnen gestiegen. Das waren 1500 Tonnen beziehungsweise rund acht Prozent mehr als 2020.



Frisch vom Feld: Beelitzer Spargelfrauen präsentieren mit Spargelkönigin Joelina (M.) den ersten Spargel der Saison Foto: pa

Das Hauptanbaugelände befindet sich um Beelitz im Landkreis Potsdam-Mittelmark und ist mit 1700 Hektar Mitteldeutschlands größte geschlossene Anbauregion. Seit März 2018 genießt Spargel aus Beelitz sogar besonderen Schutz der EU. Nur weißer und grüner Spargel, der rund um die Stadt angebaut wird, darf das EU-Siegel „geschützte geografische Angaben (g.g.A.)“ tragen.

Auf die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte sind die 12.800 Einwohner von Beelitz zu Recht stolz. Ganz offiziell steht seit dem 28. Mai 2013 der Zusatz „Spargelstadt“ vor dem Ortsnamen. Doch damit der Aufmerksamkeit nicht genug. Seit fünf Jahren prägen Schilder „Beelitzer Spargelstraße“ von Trebbin bis zum Kloster Lehnin die Region. Nicht ausschließlich linear angelegt, führen mehrere Abzweigungen bewusst außer zu Spargelhöfen auch durch reizvolle Naturräume.

Spitzenreiter ist der Spargel- und Erlebnis Hof Klaistow. Mit 800 Hektar allein für den Spargelanbau hat sich das 1990 gegründete Familienunternehmen zum größten Betrieb der Beelitzer Region entwickelt und ist mit zahlreichen Verkaufsständen in Brandenburg und Berlin vertreten. Neben Hofladen, Hofrestaurant, Hofbäckerei, Obst- und Gemüseverkauf bedienen ein Riesen-Spielplatz, Streichelgehege und Kletterwald die Wünsche der Kleinen. Zu Saisonbeginn kostet das Kilo Spargel hier erntefrisch vom Feld 11,97 Euro. Mit Fortschreiten der Saison fallen die Preise in der Regel.

Spargelfest im Juni

Nicht nur weil sie optisch stören, sondern auch aus Umweltschutzgründen sind die Folientunnel auf den Feldern ein andauerndes Streitthema. Die Abdeckung erhöht bei Sonneneinstrahlung die Tempe-

ratur im Spargeldamm und beschleunigt dadurch das Wachstum. Außerdem verhindert sie, dass die weißen Spargelspitzen ans Tageslicht wachsen, sich verfärben und verholzen.

Um Klarheit zu schaffen, wurde vom Versuchs- und Kontrollring für den Integrierten Anbau von Obst und Gemüse im Land Brandenburg e.V. eine wissenschaftliche Studie initiiert. Diese widerlegt angeblich negative Einflüsse. Eine Forschungsreihe des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) in Brandenburg hat gezeigt, dass die Entwicklung von Bodentieren wie Milben und Springschwänzen sowie Mikroorganismen, zum Beispiel Pilze und Bakterien, in zeitweise abgedeckten Spargeldämmen nicht unterdrückt, sondern sogar überwiegend gefördert wird.

Auch eine Reihe weiterer positiver Umwelteffekte wird benannt. So vermin-

dert der Folieneinsatz in der Erntezeit den Bodenabtrag durch Wind auf den sandigen Flächen. Dadurch wird der Verlust von fruchtbarem und aktivem Oberboden verhindert, der die Bodenfruchtbarkeit nachhaltig sichert. Daneben unterdrücken die Folien den Unkrautwuchs auf den Dämmen, was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln deutlich reduziert.

Nicht zuletzt haben auch die Erntehelfer etwas davon. Da die Erde unter der Folie lockerer bleibt und der Spargel schneller nachwächst, ist die Arbeit der Spargelstecher einfacher und effektiver, was letztendlich auch die Kosten für den Endverbraucher senkt.

Immer am ersten Wochenende im Juni, wenn die Spargelsaison ihren Höhepunkt erreicht hat, wird in Beelitz gefeiert – in diesem Jahr erstmals über vier Tage. Dann wird die historische Altstadt zur Party- und Genussmeile mit großem Marktreiben, offenen Altstadthöfen und Musik auf mehreren Bühnen. Mit über 30.000 Besuchern gehört das Spargelfest nach Meinung der Beelitzer zu den größten und beliebtesten, aber auch schönsten Volksfesten Brandenburgs. Zum ersten Mal fand es vor rund 80 Jahren statt, damals noch als Dankeschön für die Saisonarbeiter, die schon während der ersten großen Blütezeit des Beelitzer Spargels in den 1920er Jahren im Einsatz waren.

Ein Höhepunkt ist der große Festumzug am Sonntagnachmittag: Über 50 bunt geschmückte Festwagen und Gruppen der Beelitzer Vereine, Unternehmen, Kitas und Schulen, begleitet von mehreren Spielmannszügen, bilden einen kunterbunten Korso durch die Altstadt. Vorweg fährt die Spargelpyramide, die Spargelkönigin begleitet den Zug in der Kutsche. In diesem Jahr hat Beelitz noch mehr Unterhaltung zu bieten: Seit dem 14. April ist die Stadt bis zum 31. Oktober Standort der Landesgartenschau.

● **Spargelmuseum** Mauerstraße 12, 14547 Beelitz, April bis September, geöffnet Dienstag und Donnerstag von 11 bis 16 Uhr, Eintritt: 3 Euro, Kinder bis 12 Jahre frei. Tourist-Info: Beelitz, Poststraße 15, Telefon (033204) 39155, www.beelitz.de

KULTURLAND BRANDENBURG

Prussiens und Katzenzungen

Gartenkünstler Fürst Pückler-Muskau als Gourmet – Freiluft-Ausstellung in Branitz

Unter der eingetragenen Marke „Kulturland Brandenburg“ widmen sich in dem östlichen Bundesland vom 20. Mai an zahlreiche Veranstaltungen dem Themenjahr „Lebenskunst“. Praktisch als Appetithäppchen auf diese Festivalreihe findet seit dem 14. April bereits im Park Branitz des Fürsten Pückler bei Cottbus die Freiluft-Ausstellung „Genussreich“ statt, die den kulinarischen Vorlieben des „Grünen Fürsten“ nachspürt.

Dabei geht es um Fragen wie: Wie funktionierte in diesen nördlichen Breiten die berühmte Ananaszucht? Wer war der prominenteste Abnehmer von Branitzer Fasaneneiern? Wie oft stand das noch heute so bekannte Pückler-Eis tatsächlich auf der fürstlichen Tafel? Und wie ging das ohne einen Gefrierschrank? Die bis zum 31. Oktober laufende Ausstellung erzählt an fünf eigens ausgewählten Orten im Park von Hermann von Pückler-Muskau „sehr ausgebildetem Köchengefühl“. Sie berichtet von seinem Interesse für Diäten, welche Weine er mochte und bei

welchen Speisen er schon einmal selbst mit am Herd stand.

Im sogenannten Pleasureobstgarten, dem Naschgarten des Fürsten am Kava-

lierhaus, hat die Stiftung Fürst-Pückler-Museum nach historischen Vorbildern ein Hochbeet angelegt. Es ähnelt den „Erdbeerhügeln“ des ehemaligen Schloss- und

Parkbesitzers. Der Fürst erntete die Beeren und schrieb: „Ich melierte, an diesem Abend Erdbeer-Creme mit ausgekerntem Kirschkompotte, eine nicht nur für den Gaumen, sondern, wenn sie mit Kunst behandelt wird, auch für das Auge wahrhaft lukullische Speise.“ Das Rezept für diese Süßspeise lautete: „Um einen Ring von Hohlhippenmasse, welcher 5 cm hoch und 16 cm im Durchmesser ist, befestige man kleine Prussiens und Katzenzungen und in den Zwischenräumen runde Makronen. Lege dann in den Ring einen Mürbeteigboden, fülle diesen mit frischen Erdbeeren und Schlagrahm und streiche letzteren pyramidenartig aufwärts und belege ihn mit ganzen Erdbeeren.“

In Kooperation mit den Fröbel-Kindertagesstätten pflanzen dort inzwischen Kita-Kinder Ananaserdbeeren und pflegen sie, bis sie von den reifen Früchten naschen können.

H. Tews

● **Pückler-Park und Schloss Branitz** Eintritt frei, www.pueckler-museum.de



Lädt zur „Genussreich“-Ausstellung ein: Fürst-Pückler-Park in Branitz

NATUR

Wieder mehr Feldhasen

Feldhasen vermehren sich seit einigen Jahren wie die Karnickel. Laut dem Deutschen Jagdverband leben auf Deutschlands Feldern und Wiesen durchschnittlich 16 Feldhasen pro Quadratkilometer. Damit ist der Wert einer der besten seit Beginn der bundesweiten Zählungen vor 20 Jahren. Seit 2017 steigen die Hasenzahlen nach einem zwischenzeitlichen Tiefstand kontinuierlich an. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler, die für das Wildtier-Informationssystem der Länder Deutschlands Daten ausgewertet haben. Jäger haben zuvor in bundesweit 460 Referenzgebieten gezählt. Demnach gab es die meisten Feldhasen im Nordwestdeutschen Tiefland: 25 Tiere pro Quadratkilometer. Im Nordostdeutschen Tiefland lebten sechs Feldhasen pro Quadratkilometer – der geringste Wert für Deutschland. Die Vermehrung hat auch etwas Gutes: Es gibt wieder mehr Hasenbraten auf den Tisch. tws

● FÜR SIE GELESEN

Der Mensch ist schlecht

„Nur wer zwischen allen Stühlen sitzt hat festen Boden unter dem Hintern.“ Ob Herbert Gruhl bei dieser Formulierung an seinen eigenen Weg dachte? Er kämpfte für Umweltschutz und ökologisches Bewusstsein, als dies politisch noch kaum Themen waren. Zeitlebens hat er sich mit den Parteien überworfen, in denen er engagiert war, nicht nur mit der CDU, auch mit den Grünen und der ÖDP. „Passen“ wollte er mit seinem Weltbild nirgendwo ganz. So sehr ihm die natürlichen Ressourcen am Herzen lagen, so wenig war er ein Linker.

Der 1993 verstorbene Gruhl, der im letzten Herbst seinen 100. Geburtstag begangen hätte (die PAZ berichtete), publizierte umfassend. Er zitierte nicht nur gern Aphorismen, sondern verfasste selbst welche. Bis vor Kurzem nur in Form eines nachgelassenen Zettelkastens existent, liegen sie nun in Form eines kleinen Bandes vor. Der Journalist Konrad Adam betont im Vorwort, die Aphorismen seien zu einer Zeit geschrieben, die noch „an ständige Innovationen, ewiges Wachstum und den immerwährenden Fortschritt glaubte“.

Gruhl widersprach dieser Sicht, an Selbstbewusstsein mangelte es ihm nicht: „Nietzsche war der Zertrümmerer aller Wertetafeln. Ich bin der Zertrümmerer aller Hoffnungen.“ Ein arg schlechtes Bild von den Menschen hatte er, seiner Meinung nach zerstörten sie ihre Lebensgrundlagen und damit auch sich selbst. Die Unterscheidung von Optimist und Pessimist hielt er einfach für „dumm“, richtig seien stattdessen die Begriffe Utopist und Realist. Und Gruhl betrachtete sich als Realist. So kreidete er etwa den Menschen an, dass sie annehmen, „hinter der ganzen Welt müsse doch eine Absicht verborgen liegen, die zu erkunden sei“. Oder er fragte, woher die „absurde Vorstellung“ käme, dass es „eine endgültig eingerichtete Welt geben könne“. Die „Weltverbesserer“ besorgten den Untergang der Welt. Die Natur habe „unzählige Versuche mit Arten unternommen, die sich als Sackgasse erwiesen“. Der bei Weitem „größartigste Versuch“ sei „die Sackgasse Mensch“. Der Mensch nehme „Unrecht gern hin“, sofern er Nutzen davon habe. Nur wenn es ihm schade, schreie er nach Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit war für Gruhl „eine schöne Erfindung des Menschen“, die die Natur nicht kenne. Und Freiheit sei „nur für außergewöhnliche Menschen ein erstrebenswertes Ziel“. Hingegen brauche wohl jeder Mensch eine Heimat, doch heute fühle er sich überall fremd, „und nun kommen die Fremden auch noch in sein Haus – das hält er nie aus“. Die modernste Form „des deutschen Rassenhasses“ sei „der Hass gegen das eigene Volk“. An der Bewältigung ihrer Vergangenheit würden die Deutschen noch arbeiten, „wenn die Zukunft schon vorüber ist“.

Die wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen: Gruhls Aphorismen geben bei Weitem nicht nur Einblick in sein eigenes, mitunter sehr düsteres Denken. Mit einer großen Anzahl seiner vor Jahrzehnten zu Papier gebrachten Gedanken erscheint er erstaunlich aktuell.

Erik Lommatzsch



Herbert Gruhl: „Aphorismen. Menschliches, Ökologie und Politik“, Gerhard-Hess-Verlag, Bad Schussenried 2021, broschiert, 73 Seiten, 12,90 Euro

BLUMENPRACHT

Nachhaltiges für die Vase

Regionale und saisonale Schnittblumen aus dem eigenen Garten

FOTO: SHUTTERSTOCK



Landschaftsarchitektin Chantal Remmert gründete 2016 einen Online-Saatguthandel aus eigenem nachhaltigem Anbau. Ihre Erfahrungen und Anleitungen für Blumenarrangements passend zu den vier Jahreszeiten hat sie in dem Ratgeber „Slowflowers“ zusammengetra-

gen. Wie plant man das Feld, düngt es, beschneidet es, welche Blumen blühen wann und wann kann man sie wie arrangieren, welche Materialien sind kompostierbar und wiederverwendbar? Die wunderschönen Fotografien stammen von Grit Hartung.

CRS



Chantal Remmert/Grit Hartung: „Slowflowers. Wilde Gärten & ungezähmte Bouquets“, Haupt Verlag, Bern 2022, gebunden, 224 Seiten, 34 Euro

AUTOBIOGRAPHIE

Vom Lügner zum Schauspieler

Charakterdarsteller Edgar Selge nutzte den Corona-Lockdown, um sein Leben als Sohn ostpreußischer Eltern im Nachkriegsdeutschland aufzuschreiben

VON ANGELA SELKE

Der bekannte Schauspieler Edgar Selge hat die Zeit während des Corona-Lockdowns genutzt, um seine Biographie zu schreiben.

Seine Rückblende beginnt mit ihm im Alter von zehn Jahren. Er schildert das Familienleben und seine Rolle als Sohn ostpreußischer Eltern. Selge hatte noch vier Brüder, wobei einer bereits als Kind verstarb, da er eine Granate gefunden hatte und diese explodierte. Die Eltern, besonders die Mutter, waren zutiefst erschüttert.

Der Vater war Gefängnisdirektor und hatte ein großes Talent als Pianist. Seinen Söhnen verlangte er viel ab, doch Edgar passte nicht in das gewünschte Schema. Er log und stahl Geld, damit er ins Kino gehen konnte – denn Kino und Bücher waren das Einzige, was ihn interessierte. Der Vater verprügelte den Sohn häufig, wenn er wieder mal nicht gehorchen wollte oder schlechte Noten nach Hause brachte. Das führte dazu, dass der junge Selge noch mehr log, in der Hoffnung, der Strafe entgehen zu können. Die Mutter ließ das alles zu.

Selge versuchte, die Welt zu verstehen. Oft fragte er seinen älteren Bruder Martin um Rat, der ihn ernst nahm und ihm Rückhalt gab. Die Brüder befassten sich mit dem Thema der Judenverfolgung und fragten sich, wie ihre Eltern dazu standen oder immer noch stehen. Waren sie immer noch Nationalsozialisten?

Glaubten sie wirklich, dass das NS-Regime richtig gehandelt habe? Als Erwachsener unternahm Selge wiederholt Versuche, seine Mutter zu diesem Thema zu befragen, aber sie schwieg. Die Eltern des Schauspielers waren am Ende des Zweiten Weltkrieges aus Königsberg nach Westfalen geflohen, wo er 1948 geboren wurde.

Selge fand seine Bestimmung schließlich in der Schauspielerei, was sich bei ihm schon in Kindertagen abzeichnete, da er beim Spielen in viele Rollen schlüpfte und dabei sehr viel Phantasie bewies. Leider war das nicht das Berufsfeld, welches sein Vater für ihn vorgesehen hatte.

Der Schauspieler Selge ist durch seine Rolle als düsterer Kommissar Tauber in der Serie „Polizeiruf 110“ bekannt geworden. Er gehört mittlerweile zu den bedeutendsten Charakterdarstellern Deutschlands. Sein Erstlingswerk „Hast Du uns endlich gefunden“, den er nun im Alter von 73 Jahren schrieb, wurde 2022 mit dem Fuldaer Literaturpreis ausgezeichnet.

Mit seinen vielen Selbstzweifeln ist dieses Buch sehr lesenswert und aufwühlend und ruft beim Leser die gleichen Fragen und Kindheitserinnerungen auf.



Edgar Selge: „Hast Du uns endlich gefunden“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 24 Euro

RAF

Der Schleyer-Mord und die Stasi

Georg Bönisch und Sven Röbel verfolgen die Spur eines verschwundenen Fernschreibens, mit dem das Verbrechen hätte verhindert werden können

VON FRIEDRICH-W. SCHLOMANN

Im Sommer 1967 bildete sich in Westdeutschland die „Rote Armee Fraktion“, deren Ziel die Umwälzung des „kapitalistischen Staates“ und des „US-Imperialismus“ war. Ihre bewaffnete Gruppe erhielt eine Ausbildung in der jordanischen Wüste. Beim Rückflug ließen Stasi-Kontrolleure deren Waffen unbeantwortet, und prahlten sogar mit ihrem Wissen über Palästinenserlager. Vor einer nur intern geplanten Razzia gegen die RAF im Raum Köln war zuvor dem „Deutsche Freiheitssender“ aus der DDR eine Warnung für DDR-Spione gemeldet worden.

1976 nahmen RAF-Terroristen den deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer ins Visier, dem ihre Ausbilder Betriebsgeheimnisse entlocken wollten. Schleyer wurde irgendwo in Nordfrankreich exekutiert.

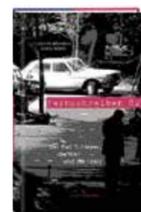
Ab dem 2. September 1977 war Schleyer von der RAF observiert worden, und drei Tage später entführte sie ihn im Kofferraum eines Mercedes. „Die ersten so wichtigen Stunden verstrichen ungenutzt im Chaos verschiedener Ämter“, beklagen die Autoren: Erst nach 17 Minuten wurde das BKA informiert, dessen Beamte nach zwei Stunden eintrafen. Die Einsatzleitung erfolgte erst nach Mitternacht.

Am 9. September erging vom Kreishaus in Hürth das Fernschreiben 827 mit Plänen für schlagartige Untersuchungen, doch seine Spur zum Koordinierungsstab verlор sich. Anderenfalls hätte Schleyer vielleicht gerettet werden können. Indes wurde das

Ermittlungsverfahren „mit bedenklicher Nachlässigkeit“ geführt, bald wurde es eingestellt. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR fürchtete bei den Fahndungsmaßnahmen eine Enttarnung seiner Spione. Das Verschwinden des Fernschreibens bedeutete einen Schutz für sie.

In Köln dachte man als Ursache an alles Mögliche, nur nicht an Stasi-Spionage. Tatsache ist jedoch: Inge Schneider, eine bewährte DDR-Agentin, war 14 Jahre lang Fernschreiberin im NRW-Landeskriminalamt. In dieser Position konnte sie Fahndungen nach Ost-Spionen frühzeitig erkennen und so manche Festnahme verhindern. „Unter ständig persönlich gefährdetem Einsatz“, wie es lobend in ihrer MfS-Beurteilung hieß. Ost-Berlin bedachte sie mit höchsten Auszeichnungen. Außerdem honorierte man sie mit über insgesamt 800.000 Mark.

Zehn RAF-Terroristen flohen in die DDR, wo man sie für den Aufbau einer Stadt-Guerilla im Westen ausbildete. Bereits 1980 informierte der Bundesnachrichtendienst das Bonner Kanzleramt, doch wollte man dies „nicht hören“. Wer wo Schleyer ermordete, ist bis heute unklar. Die Mordwaffe wurde nie gefunden.



Georg Bönisch/Sven Röbel: „Fernschreiben 827“, Greven Verlag, Köln 2021, Taschenbuch, 208 Seiten, 18 Euro

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

40 Jahre im Deutschordensschloss Ellingen

Landschaften, Bernstein und Geschichte von Kunst und Kultur – entstanden ist eine repräsentative Darstellung Ostpreußens

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Schon das Gebäude verzaubert! Seit 1981 hat das Kulturzentrum Ostpreußen seinen Sitz im Westflügel des imposanten barocken Deutschordensschlosses in Ellingen/Bayern.

Bevor aber in Ellingen das Kulturzentrum Ostpreußen seine Türen öffnen konnte, vergingen drei Jahre der Vorbereitung. Am 16. September 1978 übernahm der Freistaat Bayern die Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen. Hintergrund war, dass Bayern nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges rund zwei Millionen Flüchtlinge aufgenommen hatte, wobei neben den Sudetendeutschen auch Ostpreußen eine große Gruppe bildeten.

Drei Jahre Vorbereitungszeit

In der Patenschaftsurkunde hieß es: „Die Übernahme dieser Patenschaft will ein Zeichen der Verbundenheit mit den ostpreußischen Landsleuten, des Dankes für Einsatz und Leistung und der rückhaltlosen Gemeinschaft in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg sein.“

Namhafte Ehrengäste der Politik, der Wissenschaft und der Landsmannschaft Ostpreußen waren bei der Eröffnung des Kulturzentrums am 25. August 1981 in der prächtigen Schlosskirche anwesend. Sechs Räume standen damals zur Verfügung, in denen ein Archiv, eine Bibliothek und eine Ausstellungsabteilung eingerichtet wurden. Primär war die Einrichtung zuerst eine Auffang- und Sammelstelle für die weit verstreuten ostpreußischen Kulturgüter. Doch der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Otfried Henning, ließ bei der Eröffnung anklagen, dass ein weiterer Ausbau im Schloss unerlässlich sei, um eine wirklich repräsentative Darstellung Ostpreußens und seiner Bedeutung in Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbindung zu Osteuropa geben zu können.

Aufgaben und Aktivitäten

An dieser Grundkonzeption wird seit 40 Jahren festgehalten, die Erweiterung konnte jedoch erst Anfang der 1990er Jahre erfolgen, nachdem der Freistaat Bayern die Räume umfassend hatte ausbauen und renovieren lassen. Seit Sommer 1993 stehen mehr als 1500 Quadratmeter Nutzfläche auf drei Etagen zur Verfügung.

In der nun erschienenen 50-seitigen Jubiläumsschrift „40 Jahre 1981–2021. Kulturzentrum Ostpreußen“ wird nach der Beschreibung der Bauphasen auf die verschiedenen Aufgaben und Aktivitäten eingegangen.

So befinden sich in den Sammlungs- und Archivbeständen Schriftquellen jeglicher Art, von privaten Aufzeichnungen über Zeitschriften und Zeitungen bis hin zu umfangreichem Verwaltungsschriftgut. In den Sammlungen sind materielle Zeugnisse in beachtlicher Menge vorhanden, kunsthandwerkliche Arbeiten wie Keramik oder Wandteppiche, Gebrauchsgüter wie Spielzeug, Trachten, Gläser und Geschirr sowie Jagdwaffen und vieles mehr.

Zum Anspruch eines kulturellen Zentrums gehören ferner Gemälde, Skulpturen und Graphiken ostpreußischer Künstler, aber auch Gold- und Silberschmiedearbeiten sowie die größte Bernsteinsammlung des süddeutschen Raumes. Ergänzt wird das Archiv durch Bildmaterial, Diapositive, Filme, Ansichts- und Landkarten sowie Tonträger aller Art.

Öffentlichkeitswirksam zeigt sich das Kulturzentrum in Ellingen neben einer Dauerausstellung mit seinen geschichtlich geprägten Sonderschauen, ergänzt durch



In den Räumen des Kulturzentrums: Direktor Wolfgang Freyberg (l.) führt Besucher durch die Ausstellung

Foto: mef



Die Jubiläumsbroschüre (l.). Direktor Freyberg (r.) mit dem „Deutschordensbier“, das extra für die Ausstellung zu den Brauereien in Ostpreußen von der Schlossbrauerei Ellingen gebraut wurde



Fotos: mef

regions- oder personenbezogene Kabinettausstellungen im eigenen Gebäude, aber auch in der gesamten Republik Polen und vorwiegend in der Region zwischen Weichsel und Memel. Um den Inhalt dieser Sonderschauen einem breiten Publikum präsentieren zu können, wurden rund 30 dieser Ausstellungen in Buchform beschrieben, die über das Kulturzentrum erhältlich sind.

Die Sonderschauen umfassen ein weites Spektrum, das seinen Ausgang in der über 700-jährigen Geschichte Ostpreußens nimmt. „Entlang der Weichsel und Memel“ – die historischen Landkarten und Stadtansichten wurden an 17 Orten in Polen gezeigt, und auch in der Dauerausstellung im Barockschloss sind ausgewählte Exponate zu sehen.

Die Beschreibung der Natur – des „Landes der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ nahm mit Fotoausstellungen wie „Das Ermland – ein Vogelparadies“ mit Bildern von Andrzej Waszczuk oder „Die vier Jahreszeiten in Ermland

und Masuren“ von Mieczyslaw Wieliczko in all den Jahren breiten Raum ein.

Städtebeschreibungen von Saalfeld, Lyck, Königsberg, Cranz, Goldap, Lötzen, Rastenburg, Johannsburg und Tilsit, meist zweisprachig in Deutsch und Polnisch oder Deutsch und Russisch wurden so gestaltet, dass sie in diesen Städten an exponierter Stelle als Dauerausstellung den heutigen Einwohnern einen Einblick in die Geschichte geben.

Dauerausstellung Bernstein

Bernstein – das „Gold der Ostsee“ – seine Herstellung, seine Verarbeitung und besondere Exponate sind in einer Dauerausstellung in Ellingen zu sehen. Ergänzt wurde das Thema in Zusammenarbeit mit dem Bernsteinmuseum in Königsberg in gegenseitigen Sonderschauen. Die Wirtschaft des Landes wurde mit Keramik aus Cadinen und der Bierherstellung in zahlreichen Brauereien beleuchtet, wobei die Brauereigeschichte bis in die heutige Zeit dargestellt ist.

Kurt Frick, Johann Gottfried Herder, Immanuel Kant, Nikolaus Copernicus. E. T. A. Hoffmann und Arno Holz sind Beispiele für die geistigen und künstlerischen Impulse, die aus Ostpreußen kamen.

Ein besonderes Kapitel ist die 800-jährige Geschichte des Deutschen Ordens, die in einem besonderen Zusammenhang mit dem Deutschordensschloss steht, in dem das Kulturzentrum in Ellingen untergebracht ist. Die architektonischen Leistungen beim Bau der Burgen und Schlösser werden durch zahlreiche vorhandene Gemälde dokumentiert, wurde die Leistung des Kulturzentrums auch durch mehrmalige Besuche der Hochmeister gewürdigt.

Weitere wichtige Personen und Schlüsselereignisse fanden mit Dokumentationen in „Krönungen in Preußen“, „Königin Luise, Napoleon und der Frieden von Tilsit 1807“, „August 14“ und „Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen“, „Die Wolfsschanze“ und dem Luftangriff auf Ellingen Eingang in Ausstellungen, bei denen wertvolle Originalexpona-

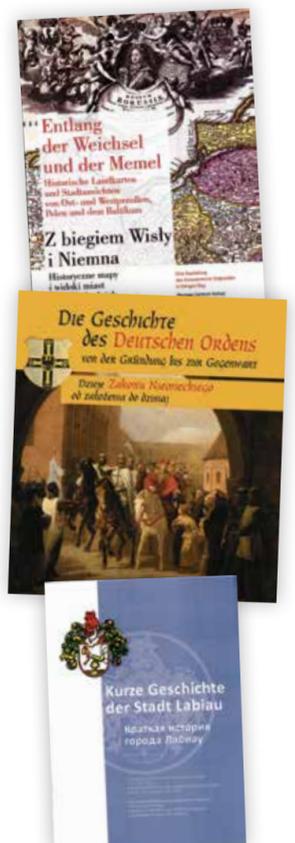
te und internationale Leihgaben gezeigt wurden.

In den letzten Jahren wurden zudem zweisprachige Zeitzugenprojekte durchgeführt, um originale Stimmen über die Jugendjahre in Allenstein, auf ostpreußischen Gütern oder in Königsberg zu erhalten, aber auch, um Erfahrungen der „Neubürger“ im Westen festzuhalten.

Geschichten aus der Künstlerkolonie Nidden mit Carl Knaut, Georg Gelbke, Richard Birnstengel, Alfred Teichmann, Ernst von Glasow wechseln sich mit Spezialthemen wie der Pferdezucht in Ostpreußen, besonders mit der Geschichte in Trakehnen ab. Diese Themen gehen auch in den Bildungsauftrag ein, den das Kulturzentrum Ostpreußen neben den Ausstellungen mit einem „Frühlingserwachen“ und einem Herbstmarkt, bei dem auch ostpreußische Handwerkskunst wie das „Doppelstricken“ gezeigt und gelehrt wird, ausführt. Dazu kommen Ferienaktionen für Schüler, Besuche von Kindergartengruppen und die Durchführung von Kindergeburtstagen in der nicht alltäglichen Umgebung eines Museums.

Das farbige Jubiläumsheft des Kulturzentrums Ostpreußen erläutert ausführlich all diese Themen, zählt die bis Ende 2021 durchgeführten insgesamt 144 Ausstellungen in polnischen, russischen und litauischen Kultureinrichtungen auf und bietet ein Verzeichnis aller lieferbaren Publikationen aus den vergangenen Jahren.

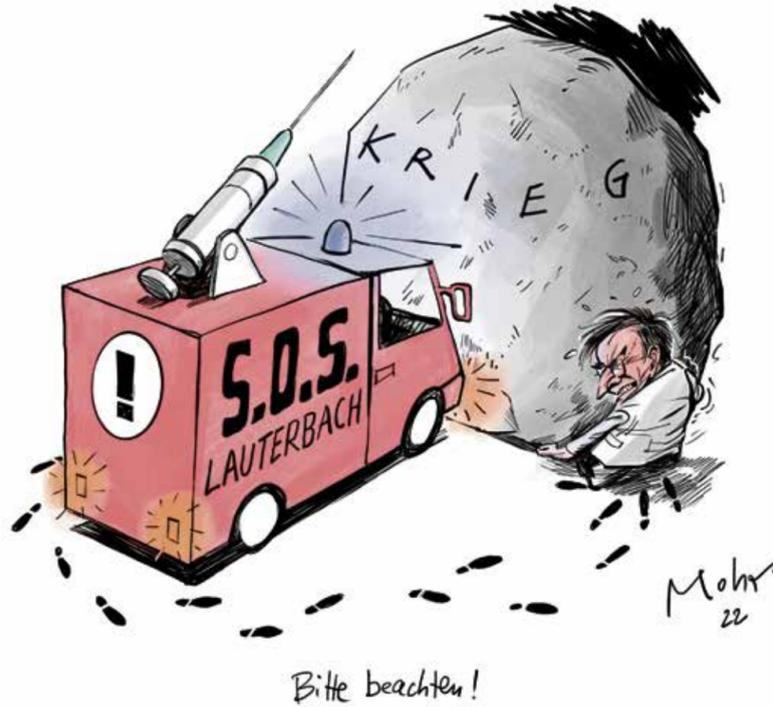
● **Bezugsquelle** Das unter Mitwirkung des Fördervereins Kulturzentrum Ostpreußen entstandene Heft kann vom Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Tel. 09141/86440, Fax: 09141/864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 5 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen unter <http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de>



Grenzen überschreiten: Mit zahlreichen Ausstellungen hält das Ellinger Kulturzentrum diesseits und jenseits von Oder und Neiße das Wissen über Ostpreußen lebendig

● AUFGESCHNAPPT

Das bedingungslose Grundeinkommen wird seit Längerem diskutiert, mehrere Modellprojekte laufen. Im kommenden Jahr wird in der kalifornischen Stadt Palm Springs ein weiteres hinzukommen. Ganz bedingungslos ist der Bezug dort allerdings nicht. Arbeitslosigkeit oder ein geringes Einkommen sind Voraussetzung. Vor allem aber werden die bis zu 900 Dollar pro Kopf ausschließlich an Menschen gezahlt, die sich als transgender oder nichtbinär verstehen. Die „Welt“ weist darauf hin, dass es sich um eine ungewöhnlich hohe Summe handelt, zudem sei es den Empfängern überlassen, wofür sie das Geld ausgeben, anders als „im Fall der sogenannten Food Stamps, der Essensmarken, die mittellose Amerikaner normalerweise bekommen“. Seitens des Stadtrates heißt es, Transgender und Nichtbinäre seien „in Palm Springs besonders häufig von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Diskriminierung betroffen“, die Zahlung solle ihnen helfen, „sich zu entwickeln“. 35 Millionen Dollar stehen dafür zunächst bereit. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

SPD-Urgestein Klaus von Dohnanyi äußert sich im Portal „Telepolis“ (17. April) kritisch zur westlichen, US-dominierten Politik im Ukraine-Konflikt:

„Politik muss, wie jede andere praktische Tätigkeit, eben auch am Ergebnis beurteilt werden. Und wenn man diesen Maßstab an die Führungsmacht des Westens, die USA, anlegt, dann haben diese doch weitgehend versagt: Sie haben im Nahen Osten und in Afghanistan nur Chaos hinterlassen, weder den Frieden mit Russland sichern noch die Ukraine schützen können. Und sie laufen heute mit China, wie Henry Kissinger befürchtet, in die Gefahren eines 3. Weltkrieges. Da sind doch nicht immer nur die anderen schuld!“

„Focus“-Chefredakteur Robert Schneider kritisiert in seinem Magazin (16. April) die eklatante Führungsschwäche von Kanzler Olaf Scholz (SPD):

„Man gewinnt den Eindruck, dass Olaf Scholz ... sich als Konfliktcoach der Ampel versteht. Das mag taktisch schlau sein, aber ist es auch klug? Nur einmal blitzte so etwas wie Führungsanspruch auf – in der Zeitenwende-Rede drei Tage nach dem Überfall auf die Ukraine. Seither erleben wir wieder viel vom altbekannten Olaf Scholz, dem Weltmeister der Absicherung und der Taktik.“

Der Schweizer Rechtsprofessor Nils Melzer, bis März 2022 UN-Sonderberichterstatter über Folter, erhebt in der „Welt“ (18. April) schwere Vorwürfe gegen Polizei und Politik wegen ungerechtfertigter Polizeigewalt gegen „Querdenken“-Demonstranten in Berlin:

„Die Hinweise, die ich bekommen habe, zeigten einen besorgniserregenden Trend. Zahlreiche Szenen zeigten Polizisten, die eindeutig exzessive Gewalt einsetzten, während die umstehenden Beamten einfach zuschauten oder sogar mithalfen ... Die Polizei scheint der Irrmeinung zu sein, dass jede ihrer Maßnahmen um jeden Preis durchgesetzt und sogar rein verbale Widerrede sofort mit Gewalt gebrochen werden muss.“

Hans-Richard Schmeweiß, Chef der Edeka-Handelsgesellschaft Hessenring, beschreibt im „Spiegel“ (9. April), wie allein das Verbraucherverhalten Güter knapp macht, an denen es eigentlich gar nicht mangelt:

„Wir haben kein Versorgungs-, sondern ein Angstproblem. Das Einkaufsverhalten ist irrational. Bei Weizenmehl etwa wird nicht ein Korn aus der Ukraine verarbeitet, nichts würde knapp, würde es nicht wie irre gekauft.“

● WORT DER WOCHE

„Angela Merkel hätte in den 16 Jahren ihrer Amtszeit erkennen können, was da passierte. Böse Zungen behaupten, dass Angela Merkel die Rache von Erich Honecker sei.“

Ulrich Bettermann wirft Ex-Kanzlerin Merkel in „The European“ (15. April) vor, Deutschland leichtfertig in die Abhängigkeit von Russland geführt zu haben – oder gar mit Absicht?

DER WOCHENRÜCKBLICK

Olafs leere Trickkiste

Warum plötzlich nicht mehr funktioniert, was immer ging, und wie ernst die Corona-Lage wirklich ist

VON HANS HECKEL

Das war schon erstaunlich, welcher großer Raum den Ostermärschen in der Medienberichterstattung eingeräumt wurde. Also zumindest, wenn man die freundliche Aufmerksamkeit für diese Mini-Demos mit dem stählernen Schweigen vergleicht, mit dem dieselben Medienmacher über die „Spaziergänge“ der Corona-Maßnahmen-Kritiker seit unzähligen Monaten hinweggehen.

Es kommt eben doch sehr darauf an, ob Demonstrationen von den Tonangebern in Funk und Presse gemocht werden oder nicht. Ein „realistisches Bild der Wirklichkeit“ verbreiten manche „Qualitätsmedien“ erst dann, wenn sie sich die ihnen genehme „Realität“ selbst gebacken haben, um uns dann ein Bild von ihrem Meisterwerk zu überbringen. Mit der Wirklichkeit im Lande hat das zwar wenig zu tun. Dafür aber stimmt die „Haltung“, und nur die zählt.

Viele zeitgenössische Journalisten folgen ohnehin am liebsten der Regierungslinie. Dass die Ostermärsche wie immer so liebevoll behandelt wurden, liegt allerdings in diesem Jahr eher daran, dass es sich bei diesen Marschierern um traditionelle Hätschelkinder von Grünlinks handelt. Denn was die Haltung zur Regierungslinie angeht, ist dieses Jahr nämlich einiges ins Rutschen geraten. Seit sogar Anton Hofreiter das Kriegerross bestiegen hat und schwere Waffen für die Ukraine fordert, hängt der Haussegen schief zwischen Leuten wie ihm und den Friedensbewegten.

Für regierungsfremde Journalisten liegt die Sache noch tiefer im Argen. Sie würden ja so gern der Linie der Ampel folgen, so wie sie seit Jahren hinter Angela Merkel hergewatschelt waren. Nur lässt der Bundeskanzler leider überhaupt keine Linie durchblicken. Olaf Scholz verlässt sich stattdessen auf seine alten Kniffe, die ihm diesmal nur leider fürchterlich um die Ohren fliegen.

Dabei haben sie ihm früher so einen Spaß gemacht, seine Tricks. Wir sehen ihn noch vor uns, den Scholz, kurz nach seiner Amtsübernahme als Kanzler: Genüsslich grinsend ließ er jede Frage an sich abprallen, antwortete mit keinem Wort, sondern setzte seine Phrasendrescherei ungerührt fort. „Mir kann keiner“ und „Fragt doch, was ihr wollt“ sagten seine sarkastischen Blicke, als man ihn nach Cum Ex oder Wirecard zu löchern ver-

suchte. Und wenn die Journaille trotz aller Erschöpfung nicht aufgeben wollte und ihn weiter löcherte, erinnern wir uns an Scholz'sche Schlussätze wie: „Ich denke, dazu sind alle Fragen beantwortet.“ In Wahrheit hatte er gar nichts beantwortet. Wenn es wirklich mal eng zu werden drohte, konnte er sich eben an nichts mehr erinnern. Fragen?

Eigentlich sollte das vier Jahre so weitergehen. Durchschlängeln, an jedem heiklen Punkt vorbeimogeln und am Ende für nichts die Verantwortung tragen. Das war der Traum, den der frühere Hamburger Bürgermeister von seiner Kanzlerschaft entworfen hatte. Der Ukrainekrieg hat ihm das alles zu nichts gemacht.

Jetzt müsste er Farbe bekennen, die Linie aufzeigen, der seine Politik folgt. Entweder will Scholz das nicht – oder er kann es gar nicht. Einmal hatte er es noch versucht mit seinem pathetischen Getöse von der „Zeitenwende“ am 27. Februar. Alle sollten beeindruckt sein und ihn anschließend wieder in Ruhe lassen, so hatte der Kanzler sich das gedacht. Ganz am Anfang waren die Leute auch beeindruckt, sogar das Ausland.

Zu schwach oder „Viertes Reich“

Dann passierte aber irgendwie nicht viel. So klopft die ganze Welt erwartungsvoll, aber zunehmend genervt mit den Fingern auf der Tischplatte herum und fragt sich: Was hat er denn nun wirklich vor? Wann tut sich etwas? Ob man dafür oder dagegen ist, kann man ja dann sehen. Nur möchte man halt gern wissen, wofür oder wogegen. Für das verbündete Ausland ist unser Kanzler derzeit auch nicht leicht zu erraten.

Dort, etwa in Polen, aber auch in Frankreich und anderswo, hat man noch ein anderes Problem, wenn es um Deutschland geht – nämlich mit sich selbst und seiner Haltung zum deutschen Nachbarn. Im Augenblick schallt es von überallher, Deutschland solle seine Verantwortung übernehmen und „führen“. Mit anderen Worten: Die deutsche Regierung sei zu schwach, zu unentschlossen.

Wehe aber, Berlin spannt die Muskeln und beginnt tatsächlich, nach einer Führungsrolle zu greifen, und sei es auch nur zum Schein, also vor allem mit großen Worten. Dann können wir sofort die Stoppuhr anschmeißen und warten, wann wir in den Gazetten unserer freundlichen Nachbarstaaten das erste Mal das Wort „Viertes Reich“ lesen. Lange müssten wir uns gewiss nicht gedulden.

Scholz' Plan für vier Jahre: Vorbeimogeln, für nichts die Verantwortung tragen. Dann hat ihm der Krieg alles zunichte gemacht



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de